

Historische Studien

unter Mitwirkung der Herren Universitäts-Professoren: W. Andreas, O. Becker, G. Beckmann †, G. v. Below †, A. Brackmann, A. Cartellieri, F. Delitzsch †, W. Goetz, F. Hartung, A. Hasenclever, R. Holtzmann, P. Joachimsen †, H. Lietzmann, E. Marcks, F. Meinecke, G. Mentz, W. Mommsen, H. Oncken, F. Philippi, A. Wahl, A. Weber, G. Wolff, J. Ziekursch u. a. herausgegeben von Dr. Emil Ebering.

===== Heft 243 =====

(Nr. 3 der Schriftenreihe: **Forschungen zur Geschichte des Ancien régime und der großen Revolution**, hrsg. von Prof. Dr. Otto Becker)

Die Staatsanschauung des Grafen d'Antraigues in seiner Denkschrift über die Generalstände

Von

Dr. Siegfried Riemer

=====

Verlag Dr. Emil Ebering
Berlin 1934

Nachdruck mit Genehmigung vom
Matthiesen Verlag, Lübeck

KRAUS REPRINT LTD.
Vaduz
1965

Historische Studien

Die Staatsanbahnung des Grafen
d'Antraigues in seiner Denkschrift
über die Generalstände

Die Staatsanbahnung des Grafen
d'Antraigues in seiner Denkschrift
über die Generalstände

Die Staatsanbahnung des Grafen
d'Antraigues in seiner Denkschrift
über die Generalstände

Reprinted from a copy in the collections of
The New York Public Library

Dr. August Reuss

Verlag Dr. Emil Fehling

Verlag Dr. Emil Fehling
Bielefeld 1901


Verlag Dr. Emil Fehling
Bielefeld 1901

Verlag Dr. Emil Fehling
Bielefeld 1901

Printed in the United States of America

Inhalt.

	Seite
Einleitung. Das Leben des Grafen d'Antraigues: Problemstellung.	5
 I. Analyse der Denkschrift.	
a) Stellung des Mémoire zum Königtum.	30
b) D'Antraigues Auffassung vom Rechtsstaat.	44
c) Generalstände und Provinzialstände.	52
d) D'Antraigues Stellung zum Adel und zum dritten Stand. Sein Freiheitsideal.	62
 II. D'Antraigues' Stellung in der Ideenbewegung seiner Zeit.	
a) Einflüsse Rousseaus auf die politischen Ansichten des Grafen d'Antraigues.	72
b) D'Antraigues und Montesquieu.	78
c) D'Antraigues und Sieyès.	85
d) D'Antraigues und Vertreter des Ständischen Liberalismus.	89
 III. Der Frontwechsel.	
a) D'Antraigues' Politik von der Abfassung seiner Denkschrift über die Generalstände bis zum Verlassen Frankreichs im Frühjahr 1790.	100
b) Vergleich seiner Reden und Schriften nach Zusammentritt der Generalstände mit seinen früheren Lehren.	112
c) Erklärung der Wandlung d'Antraigues'.	120
Literatur.	127



Digitized by the Internet Archive
in 2024

Einleitung¹.

Das Leben des Grafen d'Antraigues; Problemstellung.

Als Nachkomme eines alten, seit Jahrhunderten in Vivarais ansässigen, aber nicht dem Hochadel angehörenden Adelsgeschlechtes erblickte d'Antraigues am ersten Weihnachtstage des Jahres 1753 das Licht der Welt. Nach dem frühen Tode seines Vaters übernahmen die weitere Erziehung des noch nicht dreizehnjährigen Knaben die Großeltern und der Abbé Maydieu. Mit vierzehn Jahren trat er in das Heer ein, doch konnte er sich mit dem Zwang des militärischen Lebens nicht befreunden. Schon nach einigen Jahren gab er die militärische Laufbahn auf. Den Anlaß dazu gab wohl eine Duellforderung, die er nicht annehmen wollte. Er widmete sich nun in Paris dem Studium der alten Sprachen. Von den antiken Schriftstellern fesselten ihn vor allem Plutarch und Cicero. Nicht minder beeinflussten die freiheitlichen Ideenströmungen seiner Zeit die Entwicklung seiner Gedankenwelt. Er unterhielt Beziehungen zu Voltaire und schätzte ihn sehr hoch. Noch größere Bewunderung und Verehrung brachte er Rousseau entgegen. Große Reisen führten ihn durch fast ganz Europa bis nach Ägypten. Auf seiner Rückreise durch Polen empörte sich sein Freiheitsgefühl über die Teilung von 1772. Er kehrte 1779 durch Österreich und Bayern nach Frankreich zurück.

Die Eindrücke, die er auf seinen Reisen gesammelt hatte, legte er nieder in seinen „Voyages dans l'Orient“. In ihnen brachte er zum erstenmale seine Opposition gegen das Regierungssystem seines Landes zum Ausdruck; er glaubte die Auswirkungen politischer Tyrannei, wie er sie in der Türkei gefunden hatte, in seinem Lande wieder zu erkennen. In den nun

1. Der einleitende Überblick über das Leben des Grafen d'Antraigues stützt sich, soweit nichts anderes vermerkt ist, auf die Lebensbeschreibungen von Vaschalde und Pingaud.

folgenden Jahren lenkte er durch kleine Schriften politischen Inhaltes, deren freie, rücksichtslose Sprache eine schnelle Verbreitung begünstigte, die Aufmerksamkeit auf sich. Mit Verachtung und Geringschätzung sah er auf den Hofadel herab. Sein Haß gegen alles Servile verschmähte das Leben in der Hauptstadt. Er lebte auf seinem Schlosse Bastide wissenschaftlichen Studien aller Art. Mit regem Interesse und Unterstützung aus eigenen Mitteln förderte er die Bestrebungen der Gebrüder Montgolfier und versuchte sogar von Calonne staatliche Subventionen für ihre weiteren Pläne zu erhalten.

Als 1788 die Berufung der Generalstände in Aussicht gestellt wurde, griff d'Antraigues in die öffentliche Diskussion ein. In den Sommermonaten des Jahres 1788 schrieb er seine Denkschrift über die Generalstände, die einen beispiellosen Widerhall in allen Kreisen der Opposition gegen den Absolutismus fand. Eprémesnil, der energische Kämpfer für die Vorherrschaft der Stände äußerte sich nach der Lektüre der Schrift dahin, daß ihm seit dem *contrat social* keine Schrift mehr eine solche Freude bereitet habe². Die vierzehn weiteren Ausgaben³, die im Laufe der Zeit folgten, beweisen die günstige Aufnahme seines Werkes, das ihm zusammen mit einer Schrift über die Provinzialstände im Languedoc die Wahl zu den Generalständen sicherte.

Diese Auswirkung der Denkschrift und der Widerhall, den sie fand, werden nur verständlich durch eine Vergegenwärtigung der Zeit ihrer Entstehung.

„Die erste Notabelnversammlung stellt die schwerste Niederlage des Königtums dar; mit ihr und nicht erst mit den Reichsständen beginnt die Revolution⁴“. D'Antraigues verfaßte sein *Mémoire* im Sommer 1788 und veröffentlichte es im Oktober. Es entstand also in einer Zeit, in der die revolutionäre Bewegung der Stände und vor allem der Parlamente ihren Höhepunkt erreichte. Die Zeit von der ersten Notabelnversammlung bis zur Ankündigung der Generalstände durch den niedergeworfenen Absolutismus ist gekennzeichnet durch den

2. Lemarié p. 143.

3. Pingaud p. 53.

4. Struck, p. 68.

erbitterten Kampf des mit Reformen nach seiner Vollendung strebenden absolutistischen Prinzips gegen das sich dagegen erhebende ständische Prinzip. An diesem Kampfe nahm die ganze Nation mit einer Leidenschaft Anteil, die gewiß nicht geringer war als die, die die Revolution des dritten Standes charakterisiert.

Das Nachwirken der moralischen Niederlage der Regierung während der ersten Notabelnversammlung, der unglückliche Kampf gegen die Parlamente, das ständige Wachsen der revolutionären Bewegung, die tumultuarische Gewalttätigkeiten und eine ständig wachsende Flut von Hetzbrochüren gegen die Regierung zeitigte und auch schon anfang, auf die Armee überzugreifen, die völlige Unmöglichkeit, der finanziellen Schwierigkeiten Herr zu werden, die illegale Haltung, die auch der erste Stand, die Geistlichkeit, in kritischen Augenblicken gegen die Regierung einnahm, und nicht zuletzt der außenpolitische Niedergang, die Unmöglichkeit, Frankreichs Prestige in so schwieriger Lage zu wahren, alle diese Momente vereinigten sich, den König und den leitenden Staatsmann Brienne von der Notwendigkeit eines Systemwechsels zu überzeugen. Eine moralisch und finanziell bankrotte Regierung kann eben nicht auf die Dauer einen Machtkampf führen gegen die, von deren Kredit sie lebt, geschweige denn gegen die ganze Nation. Zugleich mit dem Gedanken, sich in eine dauernde Beschränkung des Absolutismus durch die Generalstände zu fügen, erwog Brienne auch den Plan einer Verfassung für die Generalstände, die eine Gewähr gäbe für die Möglichkeit, bei der Durchsetzung der notwendigen Reformen den dritten Stand gegen die ersten Stände auszuspielen. Hierauf deutete Briennes merkwürdiger Erlaß vom 5. Juli 1788 hin⁵. In ihm forderte die Regierung die Öffentlichkeit auf, bezüglich der Berufung und der Zusammensetzung der Generalstände Nachforschungen anzustellen, da über die Form der Wahlen, über die Zahl der Wähler und die Art der Zusammensetzung der Generalstände nicht genügend Klarheit herrsche. Aber auch diese gegen die Privilegierten gerichtete Warnung konnte nichts mehr retten. Am 8. August

5. vgl. Wahl. Vorgesch. II, 249 und Glagau: Reformversuche p. 323.

sah sich Brienne zur Veröffentlichung eines Staatsratsbeschlusses genötigt, der die Generalstände für den 1. Mai 1789 berief.

Wir müssen annehmen, daß d'Antraigues der öffentlichen Aufforderung der Regierung vom 5. Juli durch Abfassung seiner Denkschrift entsprach. Der Titel der Schrift: „Mémoire sur les états généraux, leurs droits et la manière de les convoquer“ stimmt inhaltlich fast völlig überein mit der von der Regierung gestellten Aufgabe. Auch hebt er die **unzureichende** Kenntnis, besonders bei der Berufungsfrage mehrfach hervor⁶.

Diese Denkschrift, in der ersten Ausgabe anonym erschienen, ist nicht die einzige, wohl aber umfassendste Quelle für den Versuch, über die damaligen politischen Ansichten des Grafen d'Antraigues einen systematischen Überblick zu geben. Das Buch läßt eine klare Gliederung des Stoffes vermissen und ist von fast wörtlichen Wiederholungen nicht frei. Erst mit dem historischen Überblick über die „assemblées nationales“ und die späteren Ständeversammlungen zeigt es eine einheitlichere Linie, um dann mit einer ausführlichen Antwort auf die Frage nach der Art der Berufung der kommenden Generalstände zu schließen. D'Antraigues' leidenschaftlicher Drang, die Übelstände des herrschenden Regierungssystems zu geißeln, gestattet ihm keine systematische Bearbeitung seines Themas. Immer und immer wieder bricht die ungeschminkte Polemik hervor gegen die Mißbrauchung der königlichen Gewalt durch die Minister. Als Ziel und Zweck seines Werkes bezeichnet er den Versuch, alle Vorteile einer freien und nationalen Verfassung darzulegen. Er schildert den traurigen Zustand seines Landes, der eine völlige Veränderung der Verhältnisse notwendig macht: „Gefallen in die tiefste Erniedrigung, erdrückt von untragbaren Steuern, bedroht von einer noch jammervolleren Zukunft müssen wir am Grabe unserer Väter die Hoffnung einer nationalen Wiedererweckung suchen“⁷. Er legt nach sorgfältigem Studium mittelalterlicher Historiker und der Protokolle früherer Ständeversammlungen die Grundlagen der alten französischen Verfassung dar; er weist den Ursprung königlicher Herrschaft auf, beschreibt ausführlich die historische Entwicklung der natio-

6. Mém. p. 16; 245; 262.

7. Mém. p. 7.

nen Vertretung und zeigt dann schließlich die Voraussetzungen, auf Grund deren der Despotismus in einem freien Staate zur Herrschaft gelangen konnte. Daß es dazu kommen konnte, ist zum Teil die Schuld der Nation selber; aber der Despotismus hat freilich auch seine positive, von ihm allerdings nicht gewollte Auswirkung: „Oft wird zu Erneuerung eines Volkes die Geißel angewandt“⁸. Er behandelt alle Probleme des staatlichen Lebens; er erblickt in der Nation d. h. der in den Ständen vertretenen Nation den Träger der höchsten staatlichen Gewalt mit dem Verfügungsrecht über Gesetze und Steuern. Er begrüßt die Entstehung des Ritterstandes, dessen Heldenmut vor seinem Verfall einen Lichtblick in der sonst düsteren Geschichte seines Landes darstellt⁹. Er sieht in den Religionskriegen ein geeignetes Angriffsmittel zum Sturze des Absolutismus, denn alle Unruhe, sie mag noch so viele Opfer erfordern, ist heilsam, wenn sie sich gegen den Despotismus wendet¹⁰. Nach eingehender Behandlung der Berufsfrage nennt er die seiner Ansicht nach der Erledigung durch die Generalstände harrenden Aufgaben; er entwirft ein Bild von Ludwig XVI., wie es ein treuer Untertan des Königs nicht besser hätte zeichnen können und schließt seine Darstellung ab mit dem klangvollen Zitat: „*Malum periculosam libertatem quam quietum servitium*“.

Die Schrift ist dem viel bekannter gewordenen Werk von Sieyès an die Seite gestellt worden¹¹. Wenn man später Autor und Flugschrift bald vergessen hat, so lag der Grund dafür in dem Gesinnungsumschwung des Verfassers; der *zélé défenseur du peuple* nahm wenige Monate nach Zusammentritt der Generalstände die Rolle eines *agent de la contrerévolution* an. Welch' geringe Bedeutung man später der Arbeit des Grafen d'Antraigues beigemessen hat, zeigt die Tatsache, daß sich im Moni-

8. Mém. p. 12.

9. Mém. p. 89.

10. Mém. p. 170.

11. *Histoire de la révolution par deux amis* geht erst auf die Schrift von d'Antraigues ein und gibt unmittelbar im Anschluß daran einige Auszüge aus dem Werk: Was ist der dritte Stand? (*Histoire* I p. 85.) Bei Mignet (p. 21) heißt es: „Unter der Zahl der dem Volke günstigen Werke war das berühmte Schriftchen von Sieyès über den dritten Stand und das von d'Antraigues über die Reichsstände.“

teur¹² wohl eine ausführliche Besprechung der Schrift von Sieyès findet, das *Mémoire* aber gar nicht erwähnt und ein anderes Werk¹³ von ihm nur kurz erläutert wird. Aber das ungeheure Aufsehen, das das Werk über die Generalstände unmittelbar nach seinem Erscheinen erregt hat, ist mehrfach bezeugt¹⁴.

So offensichtlich er bei seinem Eintritt in die Generalstände die öffentliche Meinung hinter sich hatte, so schnell verlor er sie, als er durch sein hartnäckiges Festhalten an der Abstimmung *par ordre* die Erwartungen seiner Bewunderer enttäuschte. Mehrere in der *assemblée nationale* gehaltene Reden vermochten sein stark erschüttertes Ansehen nicht wiederherzustellen. Aller Geldmittel beraubt, isoliert, verfehmt, bezahlte er sein leidenschaftliches Streben nach Wiedererweckung der alten Freiheit mit dem Verlust seines Eigentums und, was ihn am meisten schmerzte, seines Ansehens. Im Frühjahr 1790 verließ er Frankreich und suchte sich nach kurzem Aufenthalt in der Schweiz ein neues Feld der Betätigung, die ihn in den Augen der Nachwelt fast berühmter machen sollte als seine revolutionäre Schrift.

War bisher sein Kampf gegen den absolutistischen Staat gerichtet, so jetzt gegen die neuen Machthaber Frankreichs. Die Mittel wechselten, aber nie mehr das Ziel. Er mochte in spanischen, österreichischen oder russischen Diensten stehen, er mochte sich in unmittelbarer Umgebung Ludwigs XVIII. als dessen Premierminister fühlen: stets blieb er die Seele des Widerstandes gegen das neue Frankreich.

Zunächst arbeitete er im Interesse Ludwigs XVI. und stellte eine Verbindung her zwischen ihm und dem König von Spanien¹⁵. 1793 wurde er in Venedig Sondergesandter in russischen Diensten und wirkte in dieser Eigenschaft als Mittler zwischen den Emigranten und den Regierungen der europäischen

12. *Moniteur*: *Intr. hist.* p. 590. *Champion a. a. O.* p. 7. Die *Intr. hist.* wurde 1850 verfaßt. Réimpress. Avertiss.

13. Es handelt sich um sein *mémoire* über die Provinzialstände im Languedoc.

14. Weber I 262.

15. *Mémoire de D'Antraigues*: *Ann. rév.* Bd. 14 1922 p. 509.

Mächte¹⁶. In Rußland sah er den wichtigsten Förderer seiner gegenrevolutionären Pläne. Die österreichische Politik hielt er für unentschlossen und egoistisch¹⁷. Die Abneigung beruhte auf Gegenseitigkeit. Vivenot, der die Briefe Thuguts zur Rechtfertigung der österreichischen Politik während der Revolutionskriege herausgegeben hat, nennt ihn einen politischen Störenfried, einen Emigranten der schlimmsten Sorte, und schiebt ihm einen großen Teil Schuld an dem russisch-österreichischen Zerwürfnis von 1799 zu. Interessant ist, daß d'Antraigues noch 1794 an die Wiederherstellung der alten Ständeherrschaft glaubte; er bat sogar, im Languedoc nichts voreilig zu beschließen, damit nicht die Rechte des Adels verletzt würden. 1795 nahm Ludwig XVIII. ihn in seine nächste Umgebung auf. Mit seinem Souverän war er sich völlig einig darin, daß das „ancien régime moins les abus“ die einzig mögliche Verfassung Frankreichs sei. Aber in dieser Umgebung war seine Position nicht völlig gesichert; gerade im Kreise der Royalisten und Emigranten hatte er viele Feinde. Keineswegs waren alle Emigranten mit seinem fanatischen Haß gegen das neue Frankreich und mit seinen zum Teil unüberlegten Handlungen zur angeblichen Rettung der Monarchie in Frankreich zufrieden¹⁸; es ist charakteristisch für die Mentalität der gemäßigten Emigranten, wenn Lally Tollendal in d'Antraigues eines der Hindernisse für eine Verständigung mit den neuen Herrschern Frankreichs sah. Es spricht jedoch für seine diplomatische Geschicklichkeit, daß der Plan seiner Verbannung nach Madrid nicht Wirklichkeit wurde.

Diese Tätigkeit dauerte nur ein Jahr; 1796 verließ Ludwig XVIII. Verona und ging nach Deutschland. Noch blieb d'Antraigues in seinen Diensten und suchte den Papst zum Eintritt in eine Koalition gegen Frankreich und zur Entfesselung eines Religionskrieges zu bewegen. Aber sein Plan scheiterte an dem Vertrage, den der Hof von Neapel im Oktober 1796 mit der französischen Regierung einging.

16. Daudet: I 19.

17. Vivenot: I 390.

18. Vivenot: I 157.

Neue Hoffnungen glaubte man in royalistischen Kreisen auf Bonaparte setzen zu können; aber die Erwartungen wurden bald enttäuscht. Auf die Frage, ob er die Bourbonen zurückrufen werde, antwortete er: non jamais. Zu gleicher Zeit fanden in Frankreich die Wahlen zum Rat der 500 statt, für die man besonders in Vivarais die Kandidatur des ehemaligen Abgeordneten des Adels wünschte und erwartete. D'Antraigues wandte sich in seiner Unentschlossenheit über den einzuschlagenden Weg an seine Mutter, die zwar selbst wieder nach Frankreich zurückkehrte, ihn jedoch dringend davor warnte, sich in die Umgebung der Intriganten zu begeben. Er zögerte, gab dann aber nach und führte den Kampf gegen die Republik auch fernerhin außerhalb jeglicher Gefährzonen weiter.

In Venedig lernte er den Grafen Montgaillard kennen, dessen Bekanntschaft für ihn später verhängnisvoll wurde. Montgaillard war nämlich über alle Einzelheiten der von Pichegru geplanten Verschwörung unterrichtet und glaubte, d'Antraigues einen großen Dienst zu erweisen, mit der Mitteilung von dem bevorstehenden Staatsstreiche. In der Tat griff d'Antraigues diese Eröffnungen begierig auf, aber er beging die Unvorsichtigkeit, seine Unterhaltung mit Montgaillard schriftlich zu fixieren. War es Absicht, war es Zufall, daß unter den Schriftstücken, die die Franzosen bei der Gefangennahme d'Antraigues im Mai 1797 fanden, auch eins von seiner Hand geschrieben war mit dem Titel: „Eine Unterhaltung mit dem Grafen von Montgaillard“? Jedenfalls genügte Napoleon dieses Schriftstück zur Beseitigung seines Rivalen. Am 18. Fructidor konnte man in Paris von der „grande trahison de Pichegru“ lesen¹⁹.

D'Antraigues hat Bonaparte gegenüber die Autorschaft ~~dieses~~ Schriftstückes ganz energisch bestritten, so daß man ernsthaft die Frage gestellt hat, ob das heute in den Archives nationales liegende Dokument echt ist²⁰. Weder der Biograph d'Antraigues' noch der Herausgeber der Souvenirs du comte

19. Montgaillard souvenirs p. 41.

20. Souvenirs p. 42 und Pingaud p. 164.

Montgaillard haben eindeutig klären können, ob d'Antraigues mit Recht oder Unrecht die Autentizität geleugnet hat²¹.

Nach dem Aufstieg Napoleons schien es aussichtslos, den Kampf weiter zu führen. Das wurde D'Antraigues klar durch eine Unterredung, die Napoleon bald nach der Gefangennahme d'Antraigues' mit ihm führte. Offen und bestimmt erklärte ihm Bonaparte, daß er für eine verlorene Sache arbeite: „La révolution est faite en Europe, il faut qu'elle ait son cours.“ Er könnte ihn ja vor einen Kriegsrat bringen und für seine Bestrafung sorgen; aber er wollte ihm lieber Gelegenheit geben, sich in Frankreich eine neue Existenz zu schaffen. D'Antraigues lehnte das Anerbieten ab. Er muß auf Napoleon jedoch mehr den Eindruck eines friedlichen als gefährlichen Revolutionärs gemacht haben, denn seine Überwachung wurde nicht übermäßig streng gehandhabt. Allerdings schreckte d'Antraigues bisweilen nicht davor zurück, seiner Meinung in schärfsten Worten Ausdruck zu geben. In einer Adresse an, den Präsidenten des Rates der Fünfhundert protestierte er heftig gegen die Ungerechtigkeit der neuen Machthaber, fragte, ob denn die lettres de cachet eigentlich abgeschafft seien; seit Nero wüßte er keinen Menschen, der die Liebe hätte erzwingen wollen. Napoleon wollte in seiner ersten Wut über das Schriftstück den unvorsichtigen Kritiker erschießen lassen; er ließ sich jedoch durch das Eingreifen der Gräfin d'Antraigues, einer früheren Opernsängerin, beruhigen. Er befahl aber eine wesentlich strengere Kontrolle über die Korrespondenz seines Gefangenen.

D'Antraigues benützte diese Zeit zur Abfassung eines Tagebuches, das uns einen wertvollen Einblick in sein Denken gestattet. Eigenartig ist es, wie richtig er die Pläne und Ziele

21. Daudet (I. 92) hält es für sicher, daß d'Antraigues für Bonaparte un mémoire compromettant pour les émigrés zusammenstellte, in welchem das Direktorium eine Rechtfertigung des 18. Fructidor fand. Ebenso schreibt Montgaillard in seiner Histoire de France V 47: à ce prix (um den der Abfassung eines belastenden Schriftstückes) d'Antraigues obtient de Bonaparte un passeport pour se rendre en Allemagne. Nous garantissons l'authenticité des faits ci-dessus rapportes, d'après des documents irrécusables.

Napoleons durchschaute und beurteilte: Er will Frankreich beherrschen und durch Frankreich Europa.

Mehr und mehr drängten die Verhältnisse zur Entscheidung. Ludwig XVIII. glaubte sich beim Wiener Kabinett für seinen diplomatischen Agenten verwenden zu müssen, er konnte aber die Haltung der österreichischen Staatsmänner nicht wesentlich beeinflussen. Thugut schätzte die Dienste des royalistischen Grafen nicht sonderlich; er nannte ihn wiederholt einen geriebenen Schuft²². Außerdem lag die Entscheidung über das Schicksal des agent secret vielmehr in Paris als in Wien. Napoleon selbst schien kein großes Interesse an einem Prozeß zu haben; er ließ d'Antraigues im Gegenteil wissen, daß man einer eventuellen Flucht nicht hindernd entgegenreten würde. Tatsächlich konnte sich d'Antraigues wieder freier bewegen, er wurde wieder besser über die Entwicklung der politischen Lage orientiert und hörte auf diese Weise vom bevorstehenden Staatsstreich. Diesen Augenblick benutzte er dazu, die Stätte seines unfreiwilligen Aufenthaltes zu verlassen; in wenigen Tagen gelangte er von Mailand nach Innsbruck.

Entzweit mit Ludwig XVIII., verurteilt von seinen royalistischen Freunden kam er nach Wien, in der Hoffnung, sich dort einen neuen Wirkungskreis schaffen zu können. Das Einvernehmen mit Ludwig XVIII. wurde notdürftig wieder hergestellt. Aber die Royalisten und Emigranten waren unversöhnlich; er galt von nun an nicht mehr als zuverlässiger Diener des Königs.

D'Antraigues selbst beurteilte seine Lage durchaus nicht pessimistisch. Er stand ja nicht nur in den Diensten Ludwigs XVIII. und des Wiener Kabinetts, sondern er war ja zugleich auch Beamter des Zaren. Indessen auch Thugut verzichtete nicht auf seine Mitarbeit, er setzte ihn vielmehr ein als Agenten zum Schutz und zur Rettung der Monarchie in Europa. In dieser Eigenschaft besorgte d'Antraigues vornehmlich die Geschäfte des Wiener Kabinetts; seine Verbindungen gingen jedoch weit darüber hinaus. Nach kurzer Zeit reichten seine Beziehungen wieder bis Petersburg, London und Neapel. Es war ihm dabei sehr von Nutzen, daß er den Regierungen

22. Vivenot: I. 390.

vor allem in Wien und Petersburg Material aus absolut sicherer Quelle besorgen konnte. Erstaunlich war seine Fähigkeit und Geschicklichkeit, immer wieder, selbst in Frankreich, seine Gewährsmänner zu finden. Hier führten seine Verbindungsfäden bis in die höchsten politischen Kreise durch Vermittlung eines früheren überzeugten Monarchisten, Vannelet, der beim Sturz des ancien régime die Schwenkung mitgemacht und sich bald den Ruf eines äußerst fähigen und tüchtigen Verwaltungsbeamten erworben hatte. Schon früher hatte d'Antraigues sich die Dienste dieses Mannes zunutze gemacht, indem er ihm während seiner Gefangenschaft in Venedig die Fürsorge für seine Mutter und Schwester anvertraut hatte. Jetzt konnte ihm derselbe Mann von den Schwierigkeiten berichten, denen sich das Direktorium gegenübergestellt sah. Eine ihm übertragene Inspektionsreise durch das Land gab Vannelet einen Einblick in den Zustand und die Stimmung der Provinzen. Einige Tage später orientierte er über die vorgefundenen Zustände d'Antraigues.

In Wien war inzwischen ein Wechsel in der russischen Botschaft vor sich gegangen. Der neue russische Gesandte ließ d'Antraigues bedeutend selbständiger arbeiten als sein Vorgänger. So kam es, daß d'Antraigues durch den russisch-österreichischen Gegensatz infolge des zweiten Koalitionskrieges wieder ganz in das russische Fahrwasser geriet. Man hat ihm später nachgerühmt, daß niemals jemand dem Zaren so eifrig gedient habe wie er. Das schützte ihn jedoch nicht davor, beim Zaren noch kurz vor dessen Tode in Ungnade zu fallen. Aber er verstand es, die Kräfte des Schicksals zu seinem Vorteil spielen zu lassen. Dem Nachfolger des Zaren schrieb er der Wahrheit widersprechend, ihm sei von der russischen Regierung eine hohe Summe für die Fortführung der Korrespondenz angeboten worden, er habe jedoch das Geld zurückgewiesen. Da die Kreise am russischen Hofe für d'Antraigues eintraten, war er bald wieder in sein Amt eingesetzt.

Die Zahl der Persönlichkeiten, mit denen der Graf im Laufe der Zeit durch seine Stellung in mehr oder minder enge Beziehungen trat, war nicht gering. Unter anderem verband ihn eine aufrichtige Freundschaft mit dem deutschen Professor

Johannes von Müller. Wenn es auch zumeist nur das gemeinsame Interesse an Literatur und Kunst war, das diese Männer zusammenführte, so war dem agent secret diese Bekanntschaft doch auch in anderer Hinsicht nützlich: Johannes v. Müller konnte ihm nämlich über die Ansichten und Pläne der österreichischen Politiker Auskunft geben. Andererseits ist es bezeichnend, daß v. Müller im Auftrage seiner Regierung den ernsthaften Versuch machen sollte, durch d'Antraigues, soweit das möglich war, England und Rußland zu gewinnen²³. Wie sehr d'Antraigues sich in seiner neuen Heimat eingelebt hatte, wie hartnäckig er sich weigerte, dem neuen Frankreich Konzessionen zu machen, zeigt die Unterredung mit einem seiner Jugendfreunde, der nach Wien gekommen war. Diese Unterhaltung bezog sich auf das neue Frankreich. Da Art und Inhalt der Unterredung für die Mentalität d'Antraigues' bezeichnend sind, mögen einige Gedanken aus diesem Gespräch wiedergegeben werden.

Der Jugendfreund suchte d'Antraigues zu überzeugen, daß die Lage in Frankreich wohl eine Rückkehr in die Heimat gestatte. Natürlich müsse man den energischen Willen zur Macht in der Person Bonapartes anerkennen und respektieren. Er werde eine Monarchie begründen, aber nicht eine Erbmonarchie seiner Familie; die Gefahr sei vorüber und die Ordnung wiederhergestellt. Auch seine Brüder würden ihm nicht auf dem Throne nachfolgen. Die Frage d'Antraigues', ob nach Napoleons Tode etwa Ludwig XVIII den Thron besteigen solle, beantwortete sein Jugendfreund mit einem entschiedenen Nein. Aber d'Antraigues blieb weiterhin sehr mißtrauisch: „Haben Sie irgend ein Verlangen, die Emigranten wieder nach Frankreich zurückkehren zu lassen?“

„Man wird sie eintreten lassen, aber man mißtraut ihnen.“

„Glauben Sie also noch, daß wir uns in Frankreich wiedersehen werden?“ lautete die letzte Frage d'Antraigues', die über seine Stellung zu Frankreich jeden Zweifel ausschloß. Er hatte sich bereits mit der Tatsache abgefunden, seiner Heimat für immer entsagen zu müssen.

23. Haug. p. 270.

Das Jahr 1802 brachte eine entscheidende Wendung. Er wurde von der Petersburger Regierung beauftragt, sich nach Dresden zu begeben und dort weiter im Interesse Rußlands tätig zu sein. Der Wechsel des Wohnsitzes war für die Art seiner Arbeit nicht nachteilig. Dresden war beinahe der Mittelpunkt europäischer politischer Verbindungen. Auf halbem Wege zwischen Wien und Berlin, Paris und Petersburg beherbergte es diplomatische Vertreter der verschiedenen europäischen Mächte, die beobachtende und auch aktiv mitwirkende Kräfte in der europäischen Politik waren. D'Antraigues fand hier ein großes und Erfolg versprechendes Arbeitsgebiet. Die Diplomaten sahen in ihm bald eine Persönlichkeit, mit der sie rechnen mußten; freilich sahen sie in ihm weniger den russischen Beamten, als den Feind des ersten Konsuls. Für seinen neuen Wirkungskreis knüpfte d'Antraigues ganz nach seinem Belieben neue Verbindungen an. Er hatte seine Gewährsmänner in Hannover, die ihm Material über die Okkupationsarmee lieferten; auf der französischen Gesandtschaft in Dresden standen ihm Verbindungsleute zur Seite; Johannes v. Müller verschaffte ihm Kenntnis von Vorgängen und Absichten der französischen Gesandtschaft in Wien. Ein Regierungswechsel in Wien — an die Stelle Thuguts war Kobenzl getreten — gab ihm die Möglichkeit, zwischen Rußland und Österreich eine Annäherung herbeizuführen, die ihren sichtbaren Ausdruck in einer geheimen Konvention des Jahres 1804 zwischen Österreich und Rußland fand. Aber auch in Paris gab es genug Helfershelfer, die ihm für seine Arbeit wertvolle Dienste leisteten. Besonders zwei Menschen, von ihm l'ami und l'amie genannt, müssen es jahrelang als ihre Aufgabe betrachtet haben, dem Gegner des Korsen alles mitzuteilen, was irgendwie von Interesse für ihn sein konnte. Es ist geradezu erstaunlich, wie sie die Geschäfte des Auslandes besorgten. So gelangten z. B. Mitteilungen über die französische Armee zusammen mit einer Denkschrift Talleyrands, die ausdrücklich geheim gehalten werden sollte, in den Besitz d'Antraigues', der sie sofort nach Petersburg weiter gab. Botschafterberichte aus verschiedenen Hauptstädten, die Anmerkungen der Minister selbst, sogar die Randbemerkungen Napoleons, nahmen ihren Weg nach Dresden; nichts blieb dem Petersburger Kabinett verborgen.

Man fragt sich, wie es kommen konnte, daß die unterirdischen Verbindungen der französischen Gewährsleute mit den Emigranten in Dresden nicht zu Tage traten. Das ist zum Teil daraus zu erklären, daß die geheimen Berichte durch die offiziellen französischen Kuriere befördert wurden. Von Dresden gingen sie dann chiffriert nach Petersburg.

Vor der Krönung Bonapartes beteiligte sich d'Antraigues an einem Unternehmen, das die Errichtung einer neuen Dynastie verhindern sollte. Emigranten und Konstitutionelle fanden sich mit den Republikanern zusammen, um Napoleon die Vollendung seines Werkes unmöglich zu machen. Wenn die Berichte der l'amic auf Wahrheit beruhen, dann mußte Napoleon auf irgend eine Weise von dieser Verbindung Kenntnis erhalten haben, denn sie schildert, daß er seit Monaten aus Besorgnis vor einem Attentat stets einen zuverlässigen, militärischen Schutz um sich hatte.

Napoleon seinerseits wußte, daß sein einstiger Gefangener zu den stärksten Triebkräften einer unversöhnlichen Politik gegen das neue Kaiserreich gehörte. Mußte er doch in ihm eines der bedeutendsten Mitglieder der Konstituante sehen, das von den Bestimmungen des Amnestiegesetzes keinen Gebrauch gemacht hatte. Er vermutete in ihm nicht mit Unrecht den Mittelpunkt royalistischer Konspirationen, die ihm den Weg zum Kaiserreich versperren wollten. Die Tatsache, daß d'Antraigues in russischen Diensten stand, erfuhr Napoleon allerdings erst im Verlaufe einer Unterredung mit dem sächsischen Gesandten in Paris. Es nützte ihm wenig, daraufhin bei dem russischen Vertreter in Paris vorstellig zu werden und zu drohen, derartige Persönlichkeiten in das Gefängnis zu werfen, falls man ihrer habhaft würde; er durfte nur die etwas ironische Bemerkung einstecken: *et vous ferez bien*.

Man begann aber in Paris mehr und mehr die Entfernung d'Antraigues' aus Dresden systematisch zu betreiben, und das um so nachdrücklicher, als dieser durch einen Sekretär der französischen Botschaft in den Besitz der gesamten Korrespondenz zwischen der Botschaft und dem Außenministerium gelangte. Die offene Forderung auf Ausweisung sowie die Drohung Talleyrands mit dem *Casus belli*, brachte aber keines-

wegs den gewünschten Erfolg. Dresden fühlte sich sicher, solange Rußland nicht ernsthaft an eine Preisgabe seines diplomatischen Mitarbeiters dachte.

Die Differenzen zwischen Rußland und Frankreich konnten naturgemäß nicht ohne Einwirkung auf das Verhältnis zwischen der russischen Regierung und d'Antraigues bleiben. Indem man ihn in Petersburg den Angriffen der französischen Regierung gegenüber verteidigte, gab man deutlich zu verstehen, daß man die Dienste dieses Emigranten wohl zu schätzen verstand. Es waren aber nicht allein seine diplomatisch politischen Fähigkeiten und Talente, die ihm seine Stellung in Rußland absolut sicherten. Mit dem Regierungsantritt Alexanders kam für ihn eine Zeit, in der er beratend und fördernd auch in die Gestaltung der nationalen und kulturellen Erziehung des russischen Volkes eingreifen sollte. Er hatte bereits im Jahre 1803 den Titel *correspondant du ministre de l'instruction publique* erhalten, und der Zar Paul hatte ihm die Erziehung seiner Söhne angeboten. Dadurch, beeinflußt, vertiefte er sich in nationalpädagogische Probleme. In dem *Mémoire sur la nécessité d'un enseignement national en Russie* (1803) hat er in Anlehnung an ein Werk von Rousseau seine Gedanken über nationale Kulturpolitik niedergelegt.

Auch andere Werke literarischen und historischen Inhaltes vollendete er in dieser Zeit, u. a. eine *Histoire d'Henri VIII*, die er schon 1791 begonnen hatte, ferner *Observations sur l'université de Leipzig* und eine *Histoire de Cromwell*, in deren Vorwort Rousseau mit einer „lettre fort longue, mais très intéressante“ an d'Antraigues aus dem Jahre 1771 zu Worte kam.

Überhaupt war ja seine Geschicklichkeit in der Ausführung geheimer Intrigen und dunkler Machenschaften nur die eine Seite seines Wesens. Die andere Seite offenbarte sich vornehmlich in Briefen an ihm näherstehende Freunde und Menschen. Hier trat in den Vordergrund die *amie*, von der er keineswegs nur wichtige Auskünfte und Mitteilungen verlangte. Mit ihr besprach er manche allgemein menschliche Begebenheit und gab ihr Ratschläge für die Erziehung ihres Sohnes; auch bewies er ihr gegenüber eine große Anhänglichkeit an seine Heimat: „Glauben Sie“, so schrieb er, „daß ich deshalb auf-

gehört habe Frankreich zu lieben? Ich liebe es mehr, als ich es als Franzose geliebt habe. Denn so ist das Menschenherz, es fühlt erst dann den ganzen Wert eines Gegenstandes, nachdem es ihn verloren hat. Das gegenwärtige Frankreich ist für mich ein unbekanntes Land, und ich möchte es nicht kennen lernen. Aber wenn Sie mein Zimmer sehen könnten, dann könnten Sie aus seiner Ausschmückung auf das Herz des Bewohners schließen. Die Ansicht meiner Schlösser, viele tausend andere Dinge, die mir vor ihrer Vernichtung geschickt sind, habe ich dort zusammengestellt.“ Das gleiche, tiefinnerliche Empfinden treffen wir auch in den Briefen an seine Mutter an, die er gern etwas mehr in seiner Nähe gewußt hätte: „Gott hat nicht gewollt, daß wir uns noch wiedersehen sollten. Adieu l'unique amie qui reste en ce monde. Si elle pouvait voir mon coeur, elle se trouverait trop vengée du passé par mes regrets.“

1804 entschloß sich Preußen zu einer festeren Anlehnung an Rußland, die zugleich das Fundament für die dritte Koalition bildete. D'Antraigues und Johannes v. Müller hatten wieder ihre Aufgaben. Von Müllers Aufgabe war, seine Ansichten in Berlin durchzusetzen. D'Antraigues' Amt war das eines Vermittlers zwischen Wien und Petersburg. Die Bemühungen waren auch von Erfolg gekrönt; seit Anfang des Jahres 1805 konnte der russische Gesandte zu d'Antraigues von *bonnes dispositions de la cour de Berlin* sprechen. Die Verhandlungen wurden das ganze Jahr hindurch fortgesetzt; der drohende Kriegausbruch trug zu einer erhöhten Aktivität d'Antraigues' bei. Schon seit längerer Zeit hatte er sich nicht mehr an der Polemik gegen Napoleon beteiligt. Seiner Mutter hatte er ausdrücklich versprochen, künftighin keine anonymen Schriften mehr zu verfassen oder gar zu publizieren. Freilich konnte diese Beteuerung, auch wenn sie ehrlich gemeint war, für d'Antraigues doch keineswegs für alle Zeit eine bindende Fessel sein. Als im Jahre 1805 ein neuer Krieg auszubrechen drohte, veröffentlichte²⁴ er auf geschickte Weise unter dem Titel „Fragment

24. Schon 1794 hatte d'Antraigues eine Kampfschrift gegen Frankreich veröffentlicht und als Autor St. Juste angegeben. Man vgl. den Aufsatz von A. Mathiez in den *études robespierristes* II p. 178—196 und die Bestätigung dazu von Brunn: *une traduction anglaise* . . . Ann. hist. de la rév. fr. Mai-Juni 1927.

du XVIII livre de Polybe“ eine Schrift, die bei oberflächlicher Lektüre den Eindruck eines neu edierten griechischen Textes hervorrufen mußte. Aber wer zwischen den Zeilen zu lesen verstand, konnte unschwer den Hintergrund zeitgeschichtlicher Ereignisse erkennen. Jede einzelne Persönlichkeit, jede Nation hatte ihren Repräsentanten im antiken Europa. Die Römer vertraten die Franzosen, anstelle der Österreicher standen die Macedonier, in den Syriern waren die Preußen zu suchen. Im Rat Antiochus des Großen (Friedrich Wilhelm III.) sprach man über einen zukünftigen Krieg. Polykrates (Lombard) verteidigte die Neutralität, Callisthène (Hardenberg) propagierte energisch den Krieg. Durch die Person des Hannibal sprach der Autor, der „weniger die Interessen seines Landes vertrat, als zum Haß gegen den Weltunterdrücker aufrief: Rome vous haït tous également, apprenez à haïr Rome.“ Als Retter wurden die Parther (Russen) angesehen, die den entscheidenden Sieg herbeiführen würden.

Diese Schrift erschien binnen kurzer Zeit in deutscher, englischer und italienischer Übersetzung und erregte ungeheures Aufsehen²⁵. Die Wirkung dieses eigenartigen Werkes beruhte wohl darauf, daß die in ihr geäußerten Gedankengänge von weiten Kreisen der deutschen Nation geteilt wurden, hatten doch selbst mehrere Prinzen des preußischen Königshauses dem König dringend zu einer Entlassung²⁶ Haugwitz' und Lombards geraten mit der Begründung, daß nur das Schwert noch eine Wendung zum Besseren herbeiführen könnte. Der Biograph d'Antraigues' versteigt sich sogar zu der These, daß auf dem Franzosenhaß des Fragment de Polybe der deutsche nationale Geist gegründet wurde²⁷.

Wie schmerzlich war es für seinen leidenschaftlichen Eifer, für seine brennende Begeisterung für den Kampf im Interesse

25. In den 1812 und 1817 erschienenen Brockhausauflagen wird in beiden Fällen von dem berühmten Werk: fragment de Polybe gesprochen. Bd. I. p. 236. Böttiger an Johannes v. Müller erwähnt d'Antraigues, „dessen polybisches Fragment heute der sich aufhaltende Major Graf v. Götz für ihren König zu bekommen suchte, aber nirgends mehr ein Exemplar auftreiben konnte“. „Maurer-Constant I. 424.

26. Treitschke: Deutsche Geschichte I. p. 241.

27. Pingaud p. 345.

des monarchischen Gedankens, als Napoleon seinen Siegeszug durch Europa antrat! Wenige Zeit nach den Niederlagen Preußens und Österreichs verlor er sein Arbeitsfeld. Machtlos und ungern gesehen, verlassen von seinen Freunden in Dresden und bedroht durch die siegreichen französischen Truppen sah er sich am Ende eines großen Lebensabschnittes voller Mühe und Anstrengungen in Undank entlassen und von seinem Ziele entfernter denn je. Völlige Resignation offenbart uns einer seiner Briefe aus jener Zeit, und in manchen Augenblicken dachte er daran, freiwillig aus dem Leben zu scheiden, *car mon siècle m'ennuie, je suis las d'y exister.*“

Es gab jetzt für ihn nur noch zwei Möglichkeiten: Ausöhnung mit Napoleon oder Flucht. „*Tout plutôt que de redevenir Français*“; also mußte er sich einen neuen, vor Napoleon sicheren Wohnsitz suchen. Schon 1798 hatte Mallet du Pan England als das Land bezeichnet, wo man die bürgerliche Freiheit uneingeschränkt genießen könnte. Die geringe Anerkennung, die er von Rußland erfahren hatte, lockte wenig, dieses Reich als neue Heimat zu wählen. Am 2. August 1806 verließ er Dresden, von keinem geliebt, von den meisten gehaßt, und begab sich nach England²⁸.

In London führte ihn sein ehemaliger Freund Graf Vaudreuil in die Emigrantenkreise ein. D'Antraigues verstand es auch in England, das Vertrauen der Regierung zu gewinnen, und es gelang ihm, als Korrespondent für die Angelegenheit Frankreichs angestellt zu werden. Nicht in gleicher Weise günstig gestalteten sich seine weiteren Beziehungen zu der russischen Regierung. In Petersburg bestand schon seit längerer Zeit die Absicht, ihn endgültig fallen zu lassen. Der Anlaß dazu war bald gegeben. Der Friede von Tilsit war zugleich das Grab aller Hoffnungen und Wünsche, die d'Antraigues in seinem konsequenten Kampfe gegen das nachrevolutionäre Frankreich

28. Gentz schrieb darüber an Johannes v. Müller: „Er (d'Antraigues) hat es nun mit allen seinen Freunden, einen einzigen ausgenommen, an dessen Beifall aber nicht viel gelegen ist, mit allen, die ihm hier noch wohlwollten, ohne Rettung verdorben, und obgleich ich selbst sehr erbittert gegen ihn bin, so ist es doch nun so weit gekommen, daß ich ihn verteidige, so gut ich kann. „Maur. Const. I. p. 208

gehegt hatte. So ist es nur zu verständlich, daß er sich in schärfsten Worten der Kritik über den Abschluß des Friedens aussprach. Wahrscheinlich war diese Stellungnahme der Grund für die Worte des russischen Außenministers: „S. M. liefert nicht das Interesse seines Reiches den Leidenschaften eines Fremden aus.“ Im gleichen Augenblick wurde ihm jede weitere Korrespondenz untersagt.

Die letzten Jahre seines Lebens waren z. T. ausgefüllt mit kleinlichen Streitigkeiten mit den übrigen Anhängern der royalistischen Bewegung. Seine neue Stellung und Betätigung reichte nicht aus, seinem Dasein einen vollen Inhalt zu geben. Die englische Regierung ließ ihn nicht so hervortreten, wie er das besonders von seinem Dresdener Aufenthalt her gewöhnt war. Abgesehen von zwei Persönlichkeiten, nämlich von Panine in Rußland, von Canning in England, konnte d'Antraigues kaum einen seiner Freunde als Tröster und Mitfühlenden bezeichnen. Er war nicht ohne eigene Schuld das Opfer einer allmählichen, aber vollkommenen Isolierung geworden. Den Kreis der Royalisten und Emigranten begann er zu meiden; l'ami und l'amie waren in das kaiserliche Lager übergegangen; Johannes von Müller war in den Dienst des Königs von Westfalen getreten; die Souveräne, denen er gedient hatte, schenkten seinen Gedanken kein Gehör mehr. Im Bewußtsein und der Erkenntnis dieser Lage schrieb er seine Confessions, die unzweideutig das Eingeständnis der Niederlage und der Hoffnungslosigkeit sind. Es liegt eine tiefe Tragik in dieser Diskrepanz zwischen Leistung und Erfolg.

Kurz vor seinem Tode schien sich sein Schicksal noch einmal wenden zu wollen, nachdem er selbst schon den Glauben an den Sieg seiner Sache verloren hatte. Der Feldzug Napoleons gegen Rußland zwang die russische Regierung dazu, sich des vor Jahren Verbannten zu erinnern. Der Schwede Armfeldt, einer von den Wenigen, die d'Antraigues bis zuletzt die Treue hielten, war der Vermittler zwischen London und Petersburg. Durch ihn erhielt d'Antraigues den Auftrag zu einem Entwurf für einen englisch-russischen Handelsvertrag; dieser Entwurf sollte ihm zugleich Gelegenheit geben, sich von neuem als guter Russe zu erweisen. Dieser Auftrag sollte jedoch seine Erledi-

gung nicht mehr finden. Der Tod setzte seiner Arbeit ein Ende. Ein italienischer Hausangestellter streckte ihn am 22. Juli 1812 zu Boden, tötete sich dann selbst, so daß eine sichere Erklärung der Tatmotive unmöglich ist. Es ist jedenfalls nicht bewiesen, daß die neue Verbindung mit Rußland in irgendeinem Zusammenhang mit der Mordtat steht.

Staatsmännische und wissenschaftliche Interessen und Fähigkeiten waren die hervorragendsten Merkmale seiner Persönlichkeit. Außergewöhnliches Wissen und hohe Bildung, Sprachtalent²⁹ und Rednergabe ermöglichten ihm, eine Darlegung seiner Gedanken und Ansichten in außerordentlich wirksamer Form, mochten sie auch oft einer tiefer eindringenden Kritik nicht standhalten. Auffallend ist das Widerspruchsvolle und Unausgeglichene seines Charakters. In ihm mischten sich rasche Begeisterung für eine neue Idee mit ungewöhnlichem Starrsinn. Die Kluft zwischen Wort und Tat, die Schwankungen seiner Stimmung, die Verschiedenheit seiner Methoden, der Wechsel in seinen Meinungen³⁰ und das gleichzeitige zähe Festhalten an einer Richtung erfordern den Verzicht auf eine einheitliche, in sich geschlossene Zeichnung seines Charakters. Es paßt schlecht zusammen, wenn er von der natürlichen Gleichheit aller schreibt, doch unerbittlich auf seine feudalen Rechte pocht. Seine Forderung: „Der Platz eines guten Bürgers in unruhigen Zeiten ist in seiner Provinz bei seinen Kompatrioten, bei denen er zum Schutze der Verfassung sogar bei Todesgefahr aushalten muß“, ist unvereinbar mit der Tatsache, daß er selbst dauernd der Gefahrenzone fern bleibt. Gewiß kann man darauf hinweisen, daß er selbst große Opfer gebracht hat. Von seinen vier Schlössern war nur noch ein wüstes Trümmerfeld übrig geblieben³¹; als Heimatloser mußte er seine neue Lebensaufgabe anpacken. Aber letzten Endes war doch sein ganzer Kampf nur ein literarischer Feldzug, verbunden mit der versteckten Arbeit des Intriganten, deren Ziel die langsame Lockerung der Fundamente des neuen Frankreichs war. Seine Stärke lag darin,

29. Er sprach vier oder fünf Sprachen. (Daudet I. p. 19.)

30. Baldensperger II. 34. Grimm sagt von d'Antraigues, daß er sich bald schwarz, bald weiß gezeigt habe. Grimm XIV. 389.

31. Lettre à MM ++++, commissaires de la noblesse, p. 32. (Anm.)

sich selbst zum Mittelpunkt unterirdischer Verbindungen zu machen und sich nicht jeweils einem, sondern mehreren Herrschern zugleich als unentbehrliche Kraft zu erweisen.

Merkwürdig ist auch, wie verschieden er auf die Handlungsweise der einzelnen Menschen ihm gegenüber reagierte. Mit Ludwig XVIII., von dem er in Ungnade entlassen war, hat er sich nie ausgesöhnt. Eine gleiche Behandlung von der Seite Rußlands hat ihn nicht an einer Wiederaufnahme der Beziehungen zum Zaren gehindert, nachdem er mehrere Jahre in englischen Diensten gestanden hatte. Vieles wird man erklären können durch sein starkes Geltungsbedürfnis, das keine Zurücksetzung duldete. Zugleich liegt aber in diesem schwankenden, oft wechselnden Charakter der Schlüssel zum Verständnis des Mißtrauens, das die meisten Menschen seiner Umgebung ihm entgegenbrachten. Nach seinem Fortgang aus Dresden hieß es von ihm: „Das unwürdige Lügensystem, das er drei Monate lang verfolgt hat, empört jeden rechtlichen Mann wider ihn³²“.

Aber in einem Punkte war er doch absolut konsequent: im Kampfe gegen das neue Frankreich. Weder freundliche Ermahnungen, die sein Jugendfreund an ihn richtete, noch lockende Versprechungen, wie sie Napoleon ihm gab, noch das drückende Gefühl einer unsicheren Stellung konnten ihn bewegen, seine alte Heimat, wieder zu betreten. Läßt sich diese unversöhnliche Haltung erklären? Während der ersten Jahre nach Ausbruch der Revolution ist in ihm wohl die Hoffnung noch lebendig gewesen, die durch die Revolution emporgestiegenen politischen Machthaber irgendwie beseitigen und die eigene Macht wieder herstellen zu können. Der tatsächliche Verlauf der politischen Entwicklung hat dann jedoch diese Wünsche vereitelt. Schon in der ersten Zeit seines Exils hatte er geschrieben: „Das Vaterland, das beschränkt ist auf territoriale Gebiete, sagt dem Menschenherzen nichts. Das Vaterland lieben, wenn es seine Gesetze, Gebräuche, Gewohnheiten zugrunde richtet, ist eine unsinnige Abgötterei. Frankreich ohne König ist für mich nur ein Kadaver, und man liebt von den Toten nur ihre

32. Gentz an Johannes v. Müller. Maur. Const. I. p. 208.

Erinnerung³³“. Je länger er in seiner freiwilligen Verbannung verblieb, desto unmöglicher wurde ihm eine Aussöhnung mit dem Lande, „das seine Gesetze, Gebräuche, Gewohnheiten zugrunde richtete.“

Die vorliegende Schrift will sich mit seiner Denkschrift über die Generalstände beschäftigen, deren ideengeschichtlicher Standort umstritten ist.

Unter den Urteilen überwiegen die, die in dem Verfasser einen Anhänger der demokratisch-republikanischen Staatsform sehen. Pingaud sagt von ihm: „Er ist in der Tat Republikaner,“ wobei er allerdings die Einschränkung macht, „wenn man ihn mit diesem einer absoluten Herrschaft ganz entgegengesetzten Namen bezeichnen darf³⁴“. Die *Nouvelle Biographie* urteilt: „Und er zeigte schließlich eine Vorliebe für die republikanische Regierung³⁵“. Schon der Anfangssatz seiner Denkschrift über die Generalstände, in dem die Monarchie der Republik gegenübergestellt wird, hat dazu geführt, ihn als scharfen Gegner des Königtums zu charakterisieren. So wird in der allgemeinen Handenzyklopädie für die gebildeten Stände³⁶ sein *Mémoire* als eine Schrift gekennzeichnet, „in der sich der fesselloseste Republikanismus bis zur gänzlichen Verdammung aller monarchischen Staaten lebendig und kraftvoll aussprach.“ Sein Zeitgenosse Weber führt das Motto seiner Denkschrift: „Wir, die wir ebenso viel wert sind, wie Ihr und die wir mächtiger sind als Ihr, wir versprechen Euch, zu gehorchen, wenn Ihr uns unsere Rechte und Vorrechte erhaltet; sonst nicht“ als Beweis an für seine mangelnde Ehrfurcht vor dem Königtum³⁷. Gerade Ludwig XVI. hätte am allerwenigsten verdient, daß man einem Angebot der Treue eine Drohung hinzufügte. Er fährt dann fort: „Der erste Satz seiner Denkschrift war eine Weihe für die republikanische Regierungsform und ein Fluch gegen die Monarchie.“ Auch Adalbert Wahl hat in seiner so aufschlußreichen Vorgeschichte der französischen Revolution vor allem das

33. Baldensperger I. 299.

34. Pingaud p. 53.

35. Hoefer, *Nouv. Biogr.* II. 866.

36. Brockhaus, 1817, Bd. I, 236.

37. Weber I, 262 vgl. Anmerkung 47.

Motto der Denkschrift zur Rechtfertigung für sein Urteil herangezogen und ihn unter die tatkräftigsten Gegner des Königtums eingereiht³⁸. Gegen eine derartige Interpretation seines Werkes und seines Auftretens haben sich Stimmen erhoben, die darauf hinwiesen, daß man d'Antraigues trotz seiner heftigen und bisweilen fast verletzenden Sprache gegen das Königtum falsch beurteilen würde, wenn man lediglich auf einen aufrührerischen und rebellischen Grafen schließen wollte³⁹, dessen Ziel die Revolution gegen den monarchischen Staat gewesen sei. Es ist ferner darauf aufmerksam gemacht worden, daß die Stellen, an denen er der Republik huldigt, durch eine große Anzahl von anderen Stellen eine Abschwächung erfahren, an denen er sich unzweideutig als Anhänger der Monarchie bekennt⁴⁰. Dem Leser muß bei der Lektüre vor allem der schroffe und rücksichtslose Ton auffallen. D'Antraigues behauptet, daß nur allzu häufig an den Höfen zwei Arten von Tugenden beständen: eine für den Unterdrücker und eine für den Unterdrückten⁴¹. Er behauptet die Lage der Franzosen sei unerträglicher als die der Türken, falls der Wille der Könige allein das Gesetz bilden könnte⁴². Er nennt den Erbadel die furchtbarste Geißel, mit der der Himmel in seinem Zorn ein freies Volk züchtigen könnte⁴³. „Es gibt keine Art von Unruhe, die nicht der verderblichen Ruhe, die der Absolutismus erzeugt, vorzuziehen wäre⁴⁴“, „ces temps salutaires d'effervescence publique sont ceux où nous vivons⁴⁵“. Muß man nicht auf Grund solcher Sätze auf einen besonders rabiaten demokratischen Aufrührer gegen das Königtum und die bestehende Ordnung schließen?

Aber man hat, wie gesagt, schon früher auf das Vorhandensein von Gedanken ganz anderen Inhalts aufmerksam gemacht⁴⁶. Entkleidet man den Stoff seiner polemischen Form, so bleiben

38. Wahl, Vorges. II, 298.

39. Struck p. 13.

40. *Champion: La rév. fr.* 1894, März p. 9.

41. *Mém.* p. 27.

42. *Mém.* p. 159.

43. *Mém.* p. 61.

44. *Mém.* p. 251.

45. *Mém.* p. 14.

46. Aulard: I, 4. Struck: p. 13 ff.

hinsichtlich der Staatsform nur Forderungen übrig, die über die allgemein verbreiteten Wünsche der Zeit vor Ausbruch des Ständekampfes (Sept. 1788) kaum hinausgehen. Denn auch in den breiten Massen des dritten Standes konnte man sich noch im Sommer 1788 die Freiheit, für die man kämpfte, kaum anders als in ständischen Formen vorstellen. Auch der dritte Stand war für Generalstände und Provinzialstände, aber die Frage der Verfassung der Generalstände, die Frage der Machtverteilung unter den Ständen war es, an der sich die Geister schieden. Wie zu dieser Frage der Verfasser des *Mémoires* stand, ist entscheidend für die Beurteilung seiner Staatsauffassung.

Die von d'Antraigues geäußerten Forderungen weichen allerdings in der Form von den allgemeinen Wünschen seiner privilegierten Zeitgenossen ab. Aber seine konkreten Forderungen fügen sich durchaus in das Ideengut der bis zum Ausbruch des Ständekampfes (September 1788) vorherrschenden revolutionären ständisch-liberalen Richtung ein. Erst mit Ausbruch des Ständekampfes und unter dem Einfluß der bekannten Schrift von Sieyès gewannen die demokratisch-revolutionären Strömungen Oberwasser gegenüber der ständisch-liberalen Richtung, die eine Gegenrevolution gegen die Revolution des Absolutismus erstrebte. Man kann den Inhalt aller Proteste d'Antraigues auf die Formel bringen: Wiederherstellung der durch die Errichtung des Absolutismus zerstörten Verfassung, die nur mit Zustimmung der Generalstände geändert werden kann. Diese aber dürfen nur nach den althergebrachten Formen berufen werden. D'Antraigues stand also mit diesen Forderungen nicht außerhalb einer Bewegung, sondern mitten in ihr. Nicht geklärt wird dadurch die scharfe Sprache seiner Abhandlung gegen Königtum und Erbadel. Es finden sich viele Sätze in seiner Denkschrift, die eine Huldigung der Republik als idealer Staatsform bedeuten⁴⁷, gleichzeitig aber bekennt er sich zur Monarchie, wenn auch zu einer vom Ständetum eingeschränkten Monarchie. Handelt es sich hier um einen Wider-

47. Ce fut sans doute pour donner aux plus héroïques vertus une patrie digne d'elles, que le ciel voulut qu'il existât des républiques; et peut-être, pour punir l'ambition des hommes, il permit qu'il s'élevât de grands empires, des rois et des maîtres. *Mém.* p. 5.

spruch oder entspricht die vom Ständetum eingeschränkte Monarchie als Gegenpol des Despotismus seinem „republikanischen“ Ideal? Er kämpft für die Macht der Stände, und doch nennt er den Erbadel die furchtbarste Geißel. Er huldigt dem dritten Stand und doch will er ihm nicht die gleiche Macht wie den anderen Ständen einräumen. Handelt es sich hier um bewußte oder unbewußte Widersprüche? Kann man der Auffassung folgen, daß schon der Verfasser des *Mémoire* ein starrer Reaktionär war und daß der revolutionäre Ton nur für seine Werke Propaganda machen und „dem umfangreichen Werk Leser zuführen“ sollte⁴⁸? Oder ist er später erst infolge einer tiefgehenden inneren Wandlung zu einem leidenschaftlichen Kämpfer gegen die Revolution des dritten Standes geworden? Hat er später politische Ansichten bekämpft, für die er sich früher mit ehrlicher Überzeugung und der ganzen Leidenschaftlichkeit seines Temperamentes eingesetzt hatte?

48. Struck: p. 18.

I. Teil.

Analyse der Denkschrift.

a) *Stellung des Mémoire zum Königtum.*

D'Antraigues glaubte durch das Studium mittelalterlicher Historiker das Königtum und die Rechte des Monarchen historisch begründen und genau abgrenzen zu können. Seine Untersuchung führte ihn zu dem Ergebnis, daß unzweifelhaft trotz der späteren Erblichkeit des Thrones zunächst ein Wahlkönigtum bestanden habe. Daraus folgert er, daß der König seine gesamten Rechte und Machtmittel aus der Hand der Nation erhalten habe und daß weiter, ein *roi élu est toujours un roi dépendant, car il peut être déposé*. Die Wahrheit dieses Satzes bestätigen nach seiner Ansicht einige Beispiele aus dem Geschichtswerk Gregors von Tours, das mehrfach von der Absetzung eines Königs berichtet und damit dieses Recht der Nation zu einer unbestreitbaren Tatsache macht. Zur Stützung seiner These vom Wahlkönigtum beruft er sich auch wiederholt auf die Autorität mittelalterlicher Schriftsteller; so zitiert er z. B. Aimoin¹: „*Les Francs voulaient imiter les autres nations et élurent sur le trône un roi*“. Der Einwand, daß die Reichsteilungen gegen ein auf dem Willen der Nation basiertes Königtum sprächen, ist für ihn nicht stichhaltig. Er stellt dem gegenüber, daß auch sie im Beisein und unter Zustimmung der Nation vorgenommen seien. —

Auch das salische Gesetz ist nach seiner Ansicht mit dem Wahlkönigtum durchaus in Einklang zu bringen, denn *cette loi ne fut jamais une loi politique, ce fut une loi civile, établie pour régler les intérêts des individus*. Als dann die Stände von 1328 durch ein Grundgesetz die Erblichkeit des Thrones beschlossen, bedeutete dieses Gesetz zugleich „*un moment de*

1. Aimoin schrieb u. a. eine *Historia Francorum*, die die Geschichte bis in die Mitte des 7. Jahrhunderts behandelt.

leur sagesse“, weil sie sich durch diesen Beschluß als Inhaber der legislativen Gewalt auswiesen. Da aber diese Zeugnisse den Beweis liefern, daß der Monarch seine Herrschaft auf den Willen des Volkes zu gründen hat, zerstören sie die Theorie des Königtums von Gottesgnaden. Die Vorfahren würden niemals anerkannt haben, daß der König seine Krone Gott verdankt und daß er nur Gott Rechenschaft über den Gebrauch seiner Macht abzugeben hat. Eine solche Einstellung ist mit dem vornehmlich kriegesischen Charakter der Vorläufer der französischen Nation unvereinbar, und man kann das Schicksal dessen ahnen, der sich als Anhänger dieser Theorie bekannt hätte. Ein Rechtsgelehrter des 16. Jahrhunderts, Loysel, hat allerdings dieser Doktrin durch Verkündung seines *principe pervers*: *si veut le roi, si veut la loi*² zur Anerkennung verhelfen und ihr gewissermaßen die Legitimation erteilen wollen. Aber, so fragt d’Antraigues: „Kann ein König überhaupt die Legislative ausüben? Ist er fähig, gerade weil er König ist, Gesetze zu geben, die den Forderungen und Bedürfnissen der Nation entsprechen?“ D’Antraigues verneint diese Fragen ausdrücklich und fügt hinzu, daß kein Mensch auf Erden unfähiger sei, zur Ausübung der gesetzgebenden Gewalt als ein König, „*et surtout un roi héréditaire*.“ Schon die Umgebung, in der sich ein König befindet, macht ihm unmöglich, das Amt des Gesetzgebers zu verwalten. „Geboren an dem Herd der Korruption heften sich seine ersten Blicke auf die natürlichen Feinde der öffentlichen Ordnung.“ Wenn aber d’Antraigues einem König jede Befähigung zum Erlaß von Gesetzen abspricht, so räumt er ihm dafür mit ausführlicher Begründung das Recht ein zur Ausübung der Exekutive; ja er hält es sogar für notwendig, diese Macht einem einzigen Menschen zu unterstellen. Er rechtfertigt seine Stellungnahme mit der aus der Erfahrung hergeleiteten Tatsache, daß die in der Nation vorhandenen Kräfte mit viel stärkerer Energie und Stoßkraft eingesetzt und mobilisiert werden können, wenn sie Werkzeuge in der Hand eines einzigen Menschen sind;

2. Dieser Auffassung ist auch Calonne entgegengetreten, als er 1787 erklärte, daß die alte Formel: *Si veut le roi, si veut la loi* künftighin durch die andere: *Si veut le bonheur du peuple, si veut le roi* ersetzt werden sollte. Rocquain p. 438.

eine Körperschaft von mehreren gleichberechtigten Mitgliedern aber dazu keineswegs im gleichen Maße instande sei. „Ce genre de puissance n'a point des inconvénients du pouvoir législatif confié à des mains habiles et il ne demande pas l'immensité des connaissances que ce pouvoir exige pour pouvoir être exercé par un seul homme“.

Damit ist die Stellung des Königs zu zwei der im Staate herrschenden Gewalten gekennzeichnet. Es bleibt noch übrig, die zwischen dem Monarchen und der richterlichen Gewalt bestehenden Beziehungen zu klären. D'Antraigues vertritt die Auffassung, daß ein König nicht zugleich der oberste Richter sein kann. Es ist dem König einfach nicht möglich, sich Kenntnis von den der Diskussion unterworfenen Gegenständen zu verschaffen: „Il est un homme, entouré d'esclaves, et ses passions, animées par celle de ses ministres ou courtisans égarent sans cesse sa justice et inspireraient aux citoyens la plus juste défiance“. Dem König wird nur insofern eine Einwirkung auf die Rechtsprechung zugestanden, als er über die Erhaltung der bestehenden Gesetze zu wachen hat; die praktische Anwendung der Gesetzesentscheidung steht ihm nicht zu.

Gewiß ist die Exekutive in der Hand eines Königs nicht gefahrlos für die Nation, da der Monarch im Bewußtsein seiner Macht nur zu leicht dazu verleitet werden kann, seine eigene persönliche Macht zu vergrößern. Darum ist es wichtig, daß die Legislative in den Händen der Nation liegt, denn wenn das Volk auf das Recht der Gesetzgebung verzichtet, wird die Exekutive in der Hand eines Herrschers sehr leicht zu einer Gefahr für die Freiheit im Staate. Aber diese das freie Leben des Bürgers stets bedrohende Gefahr ist auch der einzige Nachteil einer Monarchie: „C'est un grand malheur que le même homme, que la nation a revêtu du pouvoir exécutif pour le diriger contre l'ennemi de l'état, devienne, par trait de temps, l'ennemi de la liberté nationale et emploie, pour la détruire, les forces qu'il reçut d'elle, pour la maintenir libre au dedans et la défendre au dehors“. Und wenn die Könige selbst dieser Versuchung widerstehen, dann gibt es in ihrer Umgebung genug Menschen, die die von der Nation anvertraute Macht zum Schaden des Volkes mißbrauchen. Es ist nun einmal die Schwäche

des menschlichen Herzens, Personen und Meinungen beherrschen zu wollen. Und ist es nicht ganz natürlich, daß dieser Charakterzug des Menschen gerade in der Person eines Königs ganz besonders hervortritt, daß er die Gesetze haßt, die Macht der Nation fürchtet und an ihre Stelle seine eigenen zu setzen sucht? Gelingen aber die Pläne und Ansichten des Königs und seiner Minister zum Siege, dann ist der Weg betreten zum Despotismus. Aus dieser ganzen Darlegung geht deutlich hervor, daß d'Antraigues' Gedankengänge einseitig auf die innerpolitischen Verhältnisse des Staates ausgerichtet sind, deren Zusammenhang mit den auswärtigen Aufgaben des Absolutismus nicht erkannt wird.

Die theoretische Umwandlung der Herrschaftsform vom Wahlkönigtum über die Erblichkeit des Thrones zum Despotismus in seiner übertriebensten Form wird durch eine Fülle praktischer Beispiele aus der Geschichte näher erläutert; an diesen Beispielen zeigt d'Antraigues die Entwicklung der monarchischen Herrschaft auf von der Regierung der Merowinger bis zu Ludwig XVI. Man wird allerdings vielfach eine objektive Würdigung der regierenden Persönlichkeiten des Mittelalters und der Neuzeit vermissen. Nur Wenige können sich einer milden, ja ehrenden Beurteilung erfreuen, und es ist bezeichnend für d'Antraigues, der sich stets in Extremen bewegte, daß uneingeschränktes Lob und übermäßige Verehrung abwechseln mit einer scharfen, alles zerstörenden Kritik, die dann kein anerkennendes Wort mehr zuläßt.

Karl der Große ist für d'Antraigues einer von den wenigen Herrschergestalten, die den Willen zur Macht und die Liebe zum Volke in glücklicher Weise vereinten. Als weiser Lenker der Nation, der die Rechte des Volkes anerkannte und achtete, und niemals die Methoden eines Despoten anwandte, war „dieser große Mann“ doch stark und kraftvoll im Kampfe gegen die äußeren Feinde. Es verging kein Jahr, in dem nicht die Nation versammelt worden wäre. Ein Gesetz erhielt nach seinen eigenen Worten seine Rechtskraft durch die Zustimmung des Volkes und der *constitution du roi*. Noch in den letzten Jahren seines Lebens hat er den Rechten der Nation die Achtung nicht versagt, indem er sich zur Teilung des Reiches die Zustimmung der Herzöge und Grafen geben ließ.

Nach seinem Tode trat eine wesentliche Änderung ein. Hatte Karl der Große in den *assemblées nationales* nur Mitarbeiter gefunden, so fürchteten seine Nachfolger dort nur Richter anzutreffen. Die Regierungsmethoden waren charakterisiert durch die Tendenz, dem Volke möglichst wenig Macht zu lassen. Die Durchführung dieser Methoden war nur möglich, wenn die führenden Schichten der Nation ihrerseits einen Machtzuwachs erhielten. So entstand die Erblichkeit der Lehen, nachdem sich der Erbadel bereits eingebürgert hatte. Die Herzöge und Grafen benutzten den Normannenkrieg zur Rechtfertigung ihrer befestigten Burgen und Schlösser. Das ehemals freie Volk sah sich einem König und der neu entstandenen tyranne féodale gegenüber; das wurde besonders deutlich, als die Wahl Hugues Capet zum König allein von den *seigneurs* vorgenommen wurde. Dieser neue Herrscher war einer der großen Lehnsherren, der seine Macht der Gnade seiner *pairs* verdankte. Seine Regierung war der Anfang der Auflösung jeder Ordnung im Staate; Frankreich wurde zum Jagdgebiet einer großen Räuberbande. Die Erblichkeit der Lehen und des Adels gewann mehr und mehr an Umfang; das Auftreten schwächerer Tyrannen und die Einrichtung von *arrieresiefs* und der *vassalage* waren die Folgen einer Entwicklung, die zu einem Machtkampf zwischen König und den *seigneurs* führte, an dem das Volk als Bundesgenosse des Königs teilnahm, ohne jedoch dafür den Lohn der nationalen Freiheit zu erhalten. Ein wesentlicher Teil der Herrschaft blieb im Besitz der Grundherren, die als Richter über das Volk fungierten. Die *assemblées nationales* waren nur von Feudalherren und Bischöfen beschickt, während das Volk ohne Vertretung war, so daß die Beschlüsse dieser Versammlungen jeder Gesetzeskraft entbehrten. In dem Kampf zwischen König und *seigneurs* blieb schließlich der König Sieger. Die Kreuzzüge kamen ihm zu Hilfe: sie zwangen einen großen Teil der Lehnsherren zur Aufgabe ihrer Lehen; die feudale Gerichtsbarkeit wurde von königlichen Beamten kontrolliert, um bald danach völlig in den Besitz der Krone überzugehen. Die Feudalherrschaft geriet ins Wanken, aber ihre Nachwirkungen sind noch bis in die jüngste Zeit zu spüren. Es entstand der Hofadel, der viele Schwächlinge in der Umgebung

des Königs zu einer neuen, dem Volke feindlichen Gesellschaftsschicht werden ließ.

Erst die Not zwang die Könige, an die Stelle ihrer Mißachtung der nationalen Rechte eine Achtung und Anerkennung der Rechte der Nation treten zu lassen. Von erheblichem Einfluß war dabei die Tatsache, daß die Finanzen bereits ein wesentlicher Faktor im Staate geworden waren, und daß der Geldmangel zur unmittelbaren Ursache für innere Unruhen werden konnte. Philipp der Schöne ließ sich dazu hinreißen, seinem Volke Lasten aufzuerlegen, für die gesetzliche Grundlagen nicht vorhanden waren — es sei denn, daß man die königliche Autorität als eine solche ansehen wollte.

Aber seine Minister übertrafen den König noch, wenn es sich um die Forderung ungesetzlicher Steuern handelte. Als sie die Abgabe von Gold und Silber forderten, widersetzten sich jedoch die Bürger der Willkürherrschaft und pochten auf ihr altes Recht der Selbstentscheidung über die Steuerbewilligung. In dieser höchsten Not sah sich Philipp zur Berufung der Generalstände gezwungen. Diese erkannten die Berechtigung zur Erhebung neuer Steuern an, vereitelten jedoch den Versuch des Königs, über die Beschlüsse der Generalstände hinauszugehen.

Darauf folgte eine Zeit wechselnder Kämpfe zwischen König und Generalständen, die die finanzielle Notlage des Königs zur Stärkung ihrer Position auszunutzen suchten. Die Nachfolger Philipps IV. haben in einer Charte das Steuerbewilligungsrecht der Stände ausdrücklich anerkannt. D'Antraigues macht daher im weiteren Verlauf seiner historischen Betrachtung immer wieder darauf aufmerksam, daß Höhe und Ausschreibung neuer Steuern von den Beschlüssen der Ständerversammlungen abhängig waren. Besonders ausführlich behandelt er die vereinigten Stände von 1356, die zusammentraten unter dem Eindruck despotischer Willkürakte, deren Opfer die Grafen d'Harcourt und Graville waren. Damals traten zum ersten Male in Frankreich die Methoden eines Regierungssystems hervor, das später von dieser schmachvollen Einrichtung der Lettres de chachet noch sehr viel stärkeren Gebrauch machen sollte. Das Verhältnis der Krone zu den Ständen war ein äußerst gespanntes, sie setz-

ten schließlich die Entfernung königlicher Kommissare aus dem Beratungszimmer durch und stellten die Minister unter Anklage.

Als Karl VII. starb, herrschte bei seinen Untertanen ehrliche Trauer: sie hatten ihn zuviel leiden sehen, als daß sie ihn hätten hassen können; wie überhaupt das Volk, stets gerecht gegen seine Könige, ein gutmütiges und leichtgläubiges Wesen gegenüber der schonungslosen Politik der Unterdrücker offenbart.

Weit grausamer war die Regierung Ludwigs XI. Gestützt auf das Machterbe Karls VII., ließ er als neuer Nero seine mit dem Blute der Untertanen besudelten Hände das Szepter mit dem Dolche vertauschen. Noch heute ragt ein deutlich sichtbares Wahrzeichen seiner ruchlosen Willkürherrschaft drohend empor: „Auf den Trümmern unserer Freiheit errichtete er die Bastille, die Stätte seiner Opfer.“ Ihre Mauern sind Zeugen unzähliger Mordtaten geworden; der Herzog von Nemours und seine Kinder haben hier ihr Leben der Willkür des Tyrannen opfern müssen. Aber die Strafe sollte nicht ausbleiben. In seinem Alter waren Verzweiflung und Klage, Verrat und Haß und der unversöhnliche Zorn des Himmels seine Begleiter³.

Diesem Despoten auf dem Throne folgte Ludwig XII.⁴; er war wohl der beste Herrscher, den Frankreich je als Träger der Krone gesehen hat. In großer Ausführlichkeit füllt d'Antraigues, bezwungen von dem edlen Charakter dieses Monarchen, mehrere Seiten mit Lobeshymnen und ehrenden Worten für diesen vorbildlichen Herrscher, der nur das Wohl seines Volkes im Auge hatte, und dessen segensvolle Regierung sich noch in den Zeiten seiner Nachfolger auswirkte. Er war der einzige König, den die versammelten Stände, „Vater des Volkes“ genannt haben, und dessen Handlungen in jedem Falle eine Wohltat für den Bürger waren. Unter Tränen der Freude

3. Wie weit d'Antraigues in der Verachtung und Verunglimpfung einer ihm unsympathischen Herrschergestalt gehen konnte, zeigt die folgende Stelle, die er aus dem Werke eines früheren Historikers über Ludwig XI. zitierte: *Humano sanguine, quem ex aliquot infantibus sump-tum hausit, salutem comparare vehementer optabat.* Mém. p. 140.

4. Die Regierungszeit Karls VIII. übergeht d'Antraigues. Das Bild des Despoten. Mém. p. 76.

und Begeisterung äußerte die Vertretung der Nation nur noch den einen Wunsch, der König möge dem Volke einen ebenbürtigen, ebenso beliebten Nachfolger in seinem Sohn oder aber in dem Ehegatten seiner einzigen Tochter schenken. Die lobenswerten Eigenschaften und Fähigkeiten Ludwigs XII. nehmen noch einen großen Raum in d'Antraigues' weiterer Darstellung ein, bis d'Antraigues selber merkt, daß er die Grenze weit überschritten hat; durch seine eigenen entschuldigenden Worte: *mais je n'ai pu arrêter* am Schlusse der Betrachtung dieser ihm so glanzvoll erschienenen Epoche französischer Geschichte kennzeichnet er selbst unfreiwillig seine Art der Geschichtsschreibung, die bald in leidenschaftliche Kritik, bald in übermäßiges Lob ausartet.

Der Ständekampf brach von neuem aus unter den Nachfolgern Ludwigs XII. Der Kampf ging vor allem um das Recht der Steuerbewilligung und um die Anerkennung der vereinigten Stände als Inhaber der legislativen Gewalt⁵. Um dieses Recht haben besonders die Stände von 1588 zu kämpfen gehabt, die der Aufforderung des Königs, der sich des scheußlichen Verbrechens an dem Herzog Guise schuldig gemacht hatte, alle durch ihn eingebrachten Gesetze zu registrieren, nicht nachkamen. Dem Parlament gelang es nicht, Gewalt durch Recht zu ersetzen; viele Gesetze wurden mit dem besonderen Vermerk: *du très exprès commendement du roi* einregistriert.

Noch einmal gibt eine Herrschergestalt auf dem Throne Frankreichs d'Antraigues Gelegenheit, sich mit allem Nachdruck zur Monarchie zu bekennen unter Betonung der Voraussetzung, daß die Person des Monarchen allen Anforderungen eines Königs über eine freie Nation entspricht. Mit aufrichtiger Sympathie sucht er von Heinrich IV. ein Bild zu malen, das viel Licht und wenig Schatten aufweist. Wenn dieser Herrscher den Titel Vater des Volkes nicht erhalten hat, so lag der

5. Selbst die *formule si humiliante: car tel est notre plaisir*, mit der die königlichen Ordonnanzen endeten, ist ein Zeugnis für die legislative Gewalt des Volkes; denn entstanden aus den Worten *tale nostrum placitum* zeigt diese Schlußformel *que l'assemblée nationale avait approuvé telle ou telle loi*.

Grund dafür in seinem tiefen Verantwortungsgefühl für den Staat. Da die Zerrüttung der Finanzen die Berufung der Generalstände nicht mehr zuließ, die zusammengetretene Notabelnversammlung aber nicht befugt war zur Verleihung dieses Titels, so ist er nicht in den Besitz einer Ehrung gekommen, deren sich Ludwig XII. erfreuen durfte, obwohl er unzweifelhaft den gleichen Anspruch darauf erworben hatte. Im Gegensatz zu seinen Vorgängern ließ dieser König Widerspruch gegen seine Anordnungen gelten und unterwarf sich dadurch der Souveränität der Nation. Aber was er aus Liebe zu seinem Volke geschaffen hatte, verdarben seine Nachfolger wieder. Die Bastille, die er zur Aufbewahrung des Staatsschatzes verwandt hatte, wurde wieder zu einer Institution des grausamsten Despotismus. Man vertrat die Auffassung, der trésor du prince könne aus der bourse des sujets gefüllt werden. Die großen unter der Regierung Heinrichs IV. gesammelten Summen waren 1614 verbraucht. Mit Lügen und Hinterlist mußten die Minister die große Verschwendung verdecken. Noch einmal widersetzen sich infolge dieser Geschehnisse die Stände der Machtwillkür einer Regentin; es war zugleich das letzte Mal, daß sie die Rechte der Nation verteidigten. „Ce furent nos derniers états généraux“. Mit diesen Worten schließt d'Antragues die Epoche bis zur Ausschaltung der Generalstände ab, um mit scharfen Anklagen gegen den uneingeschränkten Absolutismus zu polemisieren und seine verheerenden Folgen vor aller Welt aufzudecken.

Nach allem bisher Gesagten können wir kaum eine unbefangene Beurteilung der Regierung der beiden großen Ministerkardinäle erwarten. Es nimmt daher nicht wunder, daß er zwar die Notwendigkeit einer Abschaffung der Privilegien bejaht, daß er aber dieses Opfer der Nation und niemals den fauteurs du despotisme, zu denen auch Richelieu und Mazarin rechnen, bringen will. Kein einziges anerkennendes Wort hat er übrig für die Herrschaft dieser beiden Staatsmänner: „Mazarin ne fut qu'un fripon“, seine Tätigkeit war den Franzosen schädlicher als die Richelieus, der den Mut der Bürger nur gebeugt, während jener ihn zerstört hat. Die Bastille wurde wieder mehr denn je ein Werkzeug ministerieller Autokratie:

„Unschuld fand dort immer den Tod, und Richelieu Komplizen“. Die lange Regierungszeit Ludwigs XIV. und XV. haben dazu beigetragen, jeden Sinn und jedes Gefühl für die Freiheit der Nation aussterben zu lassen. Zahlreiche bittere Ungerechtigkeiten schließen sich als Glieder einer Kette zusammen unter dem Regiment dieses so „gerühmten“ Herrschers. Das Endergebnis dieser „ruhmreichen“ Epoche war die Last einer Unmenge von Steuern und Schulden, die Anwendung der *lettres de chachet* in hohem Maße und die Vernichtung der nationalen Freiheit.

„Unter Ludwig XIV. ließen seine knabenhaften Eitelkeiten alle Arten von Steuern aufblühen, die das Ausbeutungssystem finden konnte. Jeder Sieg des Königs war ein Unglück für unser Volk. Er hat uns durch seine Kriege ruiniert und durch seine Truppen unterworfen.“ Mit aller Schärfe erklärt er sich gegen das politische System des Absolutismus und übt eine vernichtende Kritik an der Politik Ludwigs XIV.

Wenn die vorhergehende Betrachtung noch irgendwelche Zweifel über die Stellung d'Antraigues zum Königtum gelassen hätte, so muß jedenfalls nach der Lektüre der Darstellung seiner eigenen Zeit unbedingt die Feststellung gemacht werden, daß er durchaus Anhänger der Monarchie ist und die Daseinsberechtigung einer die Grundrechte der Nation respektierenden monarchischen Verfassung bejaht. Sein Urteil über Ludwig XVI. ist frei von jeglicher Polemik und aller Gehässigkeit. Ludwig XVI. ist nach seinen Worten dazu verdammt, die Schäden und Irrtümer zweier Jahrhunderte zu heilen oder doch zu mildern. Dafür winkt in der Ferne der Ruhm, die Nation freigemacht zu haben, wenn er sie auch nicht sofort reich und mächtig machen kann. Aber sein Charakter bürgt dafür, daß er die richtigen Mittel finden wird, um das Volk vor dem Untergange zu bewahren. Wenn noch ein Wahlkönigtum bestände, so dürfte er sicher sein, daß er der einzige von allen Königen Europas wäre, an den der Ruf der Nation erginge. Könnte doch der König in die Provinzen gehen, um sein Volk lieben und achten zu lernen! „Wenn gute menschliche Eigenschaften für unser Glück hinreichend sind, so verdient unser König den

Ruhm, der Nation das Glück wieder verschafft zu haben⁶. Die lettres de cachet liegen nicht im Interesse dieses Herrschers, der über die Rache für persönliche Beleidigungen erhaben ist. Eine der Hauptaufgaben der Generalstände wird es sein, die dette royale in eine dette nationale umzuwandeln. Die Begründung dieser Forderung ist freilich wieder recht bezeichnend für den Anhänger der eingeschränkten Königsmacht: le déficit du gouvernement est le trésor de la nation; auf den Ruinen des unheilvollen Kredites der Regierung müssen die Grundlagen eines nationalen Kredites erstehen.

So klingt durch das ganze Werk als Leitmotiv immer wieder die Anschauung hindurch: Jeder König, der die Rechte der Nation achtet, ist wert, die Geschicke eines freien Volkes zu lenken und zu leiten.

D'Antraigues eigentlicher Kampf richtet sich gegen die unter dem Deckmantel königlicher Autorität begangenen Eigenmächtigkeiten der Minister und sonstigen ardents fauteurs du despotisme. Dieses Ziel hat er ein halbes Jahr später, in seinem second Mémoire sur les états généraux mit den Worten gekennzeichnet: Alle meine Mitbürger sind durchdrungen von dieser heilsamen Wahrheit, daß wir nur einen einzigen Feind haben: den despotisme ministeriel; gegen ihn muß man alle Kräfte und alle Mittel vereinigen⁷. Es gibt schlechterdings keine Schandtat und kein Verbrechen, das den Ministern nicht zuzutrauen wäre oder von ihnen begangen worden ist. Die Zahl ihrer Freveltaten vermag den Umfang des Königsreiches auszufüllen; sie sind schlechthin als Urheber der furchtbaren, trostlosen Lage Frankreichs verantwortlich zu machen. Es gibt keine Grenzen, die sie nicht zu übertreten wagen, sobald es das Interesse ihres unbeherrschten Willens zur Macht erfordert. Das Bedauerliche, ja Unbegreifliche daran ist nur, daß sich innerhalb der Nation selbst Menschen finden, die sich zu einer derartigen ehrlosen Handlungsweise hinreißen lassen und zu Ver-

6. Mém. sur les états de la province de Languedoc p. 76: Meine Mitbürger haben alle empfunden, daß der Himmel selten einer Nation einen solchen König schenkt, der wie der unserige mit seiner ganzen Kraft unsere Bemühungen unterstützt.

7. Mém. sur la constitution des états de Languedoc p. 76.

rätern an der Nation werden aus dem hemmungslosen Streben heraus, auch einmal für einige Augenblicke das Bewußtsein fast unumschränkter Machtvollkommenheit gehabt zu haben, oder anders ausgedrückt: um das Szepter der Tyrannei einmal geführt zu haben. In dem ganzen Werke d'Antraigues' findet sich nicht eine einzige Stelle, die auch nur irgendwie einmal die Handlungsweise der Minister zu verstehen oder zu erklären sucht. Wir sahen schon, wie er selbst die Regierungszeit eines Richelieu und Mazarin einer geradezu vernichtenden Kritik unterzieht. Er bringt es einfach nicht fertig, seine Denkweise aus der Einseitigkeit innerpolitischer Betrachtung zu befreien und den Blick auch auf das Gebiet der Außenpolitik zu richten. Nur ein einziges Mal streift er diese, als er nämlich von der keineswegs beneidenswerten geographischen Lage Frankreichs spricht, das infolge seiner Umlagertheit von ehrgeizigen Nachbarn sich in einer nationalen Miliz ein Schutzmittel gegen äußere Angriffe schaffen müsse.

Nur eine Tendenz bestimmt die Handlungen der Minister: die Stärkung der eigenen Macht, die Vernichtung aller dem Despotismus widerstrebenden Kräfte. Die Minister sind es, die das Gerechtigkeitsgefühl des Königs beeinflussen und verfälschen, wobei allerdings die Könige selbst nicht von aller Schuld freizusprechen sind, da sie nur durch die Augen und Ohren der Minister sehen und hören und sich nur durch ihre Ratschläge leiten lassen. Die Minister begünstigen die Stärkung der absoluten Gewalt, um selbst das Szepter führen zu können; sie tun das sogar in der Gewißheit, daß sie selbst einmal ein Opfer des Despotismus sein werden. Der Diebstahl Philipp IV. an seinem Volke ist nur zurückzuführen auf den verhängnisvollen Einfluß eines ruchlosen Ministers, *ce fléau de la nation*. Die Verbrechen der Minister werden der *fidelité* der Könige gegenübergestellt. Ein König ist *impeccable qu'il doit l'être*, die Minister sind die einzig Schuldigen. Sie benutzen die Krankheit eines Königs, um das Unglaublichste aller Gesetze zu schaffen: die Einrichtung der *lits de justice*. Lediglich der Umstand, daß diese Art und Weise der Rechtsprechung eben *le fruit de la trahison des plus infâmes ministres sous un roi privé de raison* war, kann die Erregung und die Wut über die

Anwendung der *lits le justice* etwas mildern. Die *lettres closes* sind Dolche in der Hand der Minister. Das *principe national* wird das Vaterland vor seinem Ruin schützen, indem es die Untreue der Minister wirkungslos macht, so daß ihr Versuch, das Ansehen und die Liebe des Volkes zum König zu verringern, ohne Erfolg sein wird. Die Theorie vom Gottesgnadentum ist den Interessen des Thrones schädlich und dient nur den Ministern; zu deren Vorteil allein wird der Ursprung der königlichen Macht diskutiert. Ein typisches Zeichen ministerieller Denkweise ist es auch, die Rechte der Könige lieber auf einer dunklen Rechtsgrundlage zu begründen als auf der Basis nationaler Dekrete. Die Käuflichkeit der Magistrate ist in Frankreich geradezu eine nationale Notwendigkeit. Wären nämlich die Beamten wählbar, so hätten die Minister ein weiteres Werkzeug gegen das Volk in der Hand: „Niemals kann die Käuflichkeit der Ämter uns soviel Übel verschaffen wie eine durch die Minister dirigierte Wahl“. Sie schlagen das Volk mit der Geißel der *lettres de cachet*, die sie zu Unrecht zur Sicherung des Reiches für notwendig erklären. Bezeichnungen wie *règne paternel*, *enfants chéris* oder *gouverné par un père tendre*, die früher das gute Verhältnis zwischen König und Volk zum Ausdruck brachten, die ein tiefes Gefühl der Verbundenheit, wie es zwischen einem Vater und seinem Kinde besteht, bewiesen, sind zu nichtssagenden, leeren Begriffen im Munde der Minister geworden und haben ihren erhabenen Klang vollständig verloren. *Car est-il rien de plus vil et de plus odieux que d'employer ces mots, gages et expression du sentiment le plus tendre, pour nous tromper, nous ruiner nous déshonorer?* Schließlich haben die Minister auch noch alle Schuld an der fast hoffnungslosen Lage Frankreichs den Ständen unterschoben; in Wirklichkeit sind sie selbst natürlich die alleinigen Schuldigen alles Unglücks. Da die Stände nur in schweren Krisen vornehmlich finanzieller Natur berufen wurden, so hatten sie meist nur die Möglichkeit zu einer Verringerung der Übelstände und bestehenden Schäden. Die Minister warnen den König davor, die Generalstände zu berufen. Aber diese Warnung ist subjektiv bedingt: sie entspringt keineswegs der Sorge um das Wohl der Nation, sondern ihren eigenen egoistischen Zielen und Interessen. Denn

eine große Ständeversammlung ist nur für sie selbst ein Nachteil, nicht aber für das Volk; ihre Befürchtung, daß eine aus zahlreichen Mitgliedern zusammengesetzte Versammlung den ordnungsgemäßen Verlauf der Beratung nicht gewährleiste, ist also fingiert. Die Minister setzen scheinbar mit Absicht confusion gleich libre discussion des opinions, denn es liegt ja in ihrem Interesse, sich durch eine Verhandlungsordnung eine Macht zu verschaffen, die die freie Entfaltung nationalen Willens in der Versammlung erschwert oder sogar unmöglich macht. Ihre Hoffnung aber, aus den assemblées nationales eine Waffe gegen das Volk schmieden zu können, wird sich als Illusion erweisen. Die legislative Gewalt der Generalstände und der pouvoir national der Parlamente werden ein Schutzwall sein gegen den Mißbrauch der Macht, die der König jenen Ministern anvertraut hat; sie werden der Nation die Freiheit wieder verschaffen.

Die Regierungsmethoden des Despotismus müssen schließlich zu dessen Überwindung führen, indem er durch das Übermaß seiner Unterdrückung alle Bürger zu Unterdrückten macht, sie alle den furchtbaren Zustand nationaler Unfreiheit erleben läßt⁸.

Daß der französische Absolutismus in vielen Punkten versagt hat, ist evident. Das wird vor allem deutlich durch einen Vergleich seiner Entwicklung mit der Entwicklung des Absolutismus in Brandenburg-Preußen. Aber gerade die kritischen Maßstäbe, die wir heute anlegen müssen, hätte d'Antraigues abgelehnt. Das von ihm immer wieder vorgebrachte Hauptargument gegen den Absolutismus, war dessen Wille

8. . . . de même, quand un despotisme de plusieurs siècles a pressé sur une nation il n'est plus que l'énormité même de ses excès qui puisse lui rendre son énergie. Alors, je dis hautement, le vrai citoyen désire les attaques de l'autorité, il souhaite que dans son délire, elle accumule dans un jour, dans un moment tous les genres d'oppression; il fait que la patrie, consumée par les vices que fit éclore et que perpétue le despotisme, ne peut renaître que lorsque l'excès de ses maux lui deviendra insupportable. Et quand l'homme timide et faible, victime des attentats de l'autorité arbitraire pleure et gémit de ses douleurs, l'homme prévoyant et courageux, du fonds de son cachot, élève ses espérances; il voit, dans la multiplicité même des ses tourments, l'inévitable terme, où vient se briser la tyrannie. (p. 38).

zur Schwächung der ständischen Gewalt; aber diese Schwächung war notwendig, um Frankreich auf den von Richelieu und Mazarin betretenen Wegen zum modernen Einheitsstaat zu machen. Gerade darin, daß das Königtum diesen Weg nicht konsequent weiterging, als es noch die Macht dazu besaß, daß es das innere Reformwerk versäumte in Verfolgung unerreichbarer außenpolitischer Machtziele, ist die Quelle aller Mißstände zu suchen. Dafür zeigt aber d'Antraigues nicht das geringste Verständnis; sein Kampf war ein Kampf für die Interessen der Stände. Sein Glaube, in diesem Kampfe auch für das Interesse der Nation zu kämpfen, soll nicht bestritten werden. Aber in seinem Unterbewußtsein spielte sicherlich auch sein persönliches Interesse mit. Es war ihm eben unerträglich, auf seiner Bastide sitzen zu müssen und von der Mitwirkung an der Politik ausgeschlossen zu sein. Er wollte wieder Rechte mit ausüben, in deren Besitz seine Vorfahren gewesen waren. Es ist bezeichnend, daß er bei der Schilderung des vorrevolutionären Frankreichs zuerst von der tiefsten Erniedrigung, dann von großen Schulden und unerträglichen Steuern spricht und zur Beseitigung dieser Schäden nur eine Rettung weiß: *la résurrection de notre antique constitution*.

b) D'Antraigues Auffassung vom Rechtsstaat.

Gesetzgebende und richterliche Gewalt sind zwei wesentliche Machtfaktoren des modernen Staates. In dem Augenblick, wo jemand Herr ist über den Gebrauch beider Gewalten, sei es ein Souverän, sei es eine Nation, sei es eine Anzahl von Vertretern eines bestimmten politischen Systems, erhebt sich in jedem Falle nach der Auffassung d'Antraigues' die Gefahr des Despotismus. Er sucht den Ursprung des Gesetzes zu ergründen, er stellt die Frage nach dem ursprünglichen Inhaber der Legislative und setzt sich dann mit den Problemen der Rechtsprechung und mit der Handhabung der richterlichen Gewalt auseinander.

Wann wurde die Menschheit notwendigerweise zur Abfassung von Gesetzen gezwungen? Das konnte und mußte erst in dem Moment der Fall sein, als der Mensch als frei geborenes Individuum die Unabhängigkeit seiner eigenen Lebensführung

und individuellen Lebensweise der Entstehung einer freien Nation opferte. Denn ein freies Volk ist durch Gesetze regiert; die Gesetze sind ihrerseits nur dann sinnvolle Vollzugsorgane der Begrenzung und verpflichten nur dann zur Befolgung, wenn sie der Ausdruck der *volonté publique* sind. Kann der *volonté suprême* von irgend einer Seite her eine Grenze gesetzt werden? D'Antraigues bejaht diese Frage unter Hinweis auf die Erfahrung und die Vernunft. Er vertritt die Ansicht, daß der Existenzwille der Nation von sich aus ihrer Macht durch die in dem Beschluß der *volonté publique* wurzelnden Gesetze Schranken aufrichtet. Somit ist der Gesetzgeber schon genannt: die Nation selbst ist es, die sich ihre Lebensbedingungen schafft.

Mit den Ergebnissen seiner historischen Forschungen suchte er seine staatstheoretisch abgeleiteten Gedanken zu erhärten. Die Geschichte lehrt, daß die Vorfahren, vereinigt in den *champs de Mars*, in Gegenwart eines von ihnen gewählten Königs durch den *vœu général* die Gesetze beschlossen. Die legislative Gewalt war durch diese Versammlungen repräsentiert. Oder wie kam etwa nach dem Tode Karls des Großen ein Gesetz zustande? Die Führer der Nation berieten unter dem Vorsitz des Königs ein Gesetz. Der Klerus hielt seine Beratungen für sich ab, um sich dann mit dem Adel zu vereinigen *pour rédiger la loi*. Der König brachte diesen Gesetzesvorschlag vor die Volksversammlung und forderte die Bestätigung. D'Antraigues nennt in einer Anmerkung diese Zusammenkünfte nicht mehr März- oder Maifeld, sondern *parlements*. Unter Anwendung ganz bestimmter Formeln, etwa nach dreimaligen *placet* der Vollversammlung, ging die Sanktion des Gesetzes vor sich und einer Verkündigung durch den König stand nichts mehr im Wege. Das Original ging über in die Hände des Kanzlers, Abschriften erhielten die Herzöge, Grafen und *missi dominici* als königliche Beamte „*envoyés pour inspecter la conduite des ducs et des comtes*“. Die Anerkennung der Nation als Gesetzgeber bedeutete zugleich eine Anerkennung ihrer Macht. „*C'est là que repose l'arsenal de nos armes nationales contre l'autorité absolue*.“ Die gesetzgebende Gewalt genügt der Nation als Garantie für die *liberté publique*, denn die durch die Nation ge-

schaffenen Gesetze greifen fördernd und schützend ein in das Leben des einzelnen Menschen. Auch dafür findet sich die Bestätigung in der Geschichte. In frühester Zeit haben Gesetze von einer beachtenswerten Einfachheit bestanden. Sie gewährleisteten le respect pour la propriété et la douceur des peines und sind unschwer als die Willensäußerungen eines freien Volkes zu erkennen. Kein anderer als Montesquieu hat darüber folgendermaßen geurteilt: Il y a dans les lois saliques et ripuaires dans celles des Allemands et des Thuringiens une simplicité admirable, on y trouve une rudesse originale et un esprit qui n'avait été point affaibli par un autre esprit.

Wesentlich anderen Charakter trugen natürlich die Gesetze unter der Herrschaft des Despotismus. Waren sie ehemals Willensausdruck eines freien Volkes, so wurden sie jetzt durch die willkürlichen Einfälle eines Tyrannen ersetzt. Die Nation stand lediglich unter der Gerichtshoheit der Grundherren, die eigene Gesetze hatten. Wieder zitiert er Montesquieu, wenn er sagt: „So verloren viele Gesetze ihre Gesetzeskraft, ohne daß man den Augenblick nennen könnte, in dem sie verloren ging. Sie wurden vergessen, ohne daß man andere an ihre Stelle setzte.“ In diesem Zustande völliger Gesetzeslosigkeit entstanden Bestimmungen, deren Geist man unmöglich erraten kann, weil sie auf dem Willen eines Despoten basieren. Erst nachdem die Kräfte der Grundherren stark geschwächt waren, konnten die Stände wieder mit wechselndem Erfolge Gesetze beschließen, deren Rechtsgültigkeit infolge ihrer Entstehungsart über jeden Zweifel erhaben war. Vollständig jedoch hat sich die Nation ihren früheren Platz nicht mehr zurückerobert können. Die Ursache dafür lag in außergewöhnlichen Maßnahmen der despotischen Herrscher und ihrer Komplizen, die sich nur von ihrem rücksichtslosen Machtegoismus leiten ließen. Die zwangsweise Anerkennung eines Gesetzes auf dem Wege des lit de justice, einer „königlichen“ Sitzung, bot in ihrem Ursprung Möglichkeiten zu praktischer, segensreicher Arbeit. Aber welche Einrichtung wäre nicht von den Vertretern des despotisme ministériel mißbraucht worden? „Man muß geboren und alt geworden sein, als diese Mißbräuche schon bestanden, um sich nicht zu empören, wenn man daran denkt“. Mit Recht hat

man einmal einen König darauf aufmerksam gemacht, daß gerechte Edikte nicht zwangsweise zum Gesetz gemacht zu werden brauchen. Die Wegbereiter dieser Zwangsgesetzgebung waren die *lettres closes*: c'étaient des ordres obtenus par la faveur, pour éluder la rigueur des loix et présentés au parlement par ceux qui avaient eu la bassesse de les solliciter. Diese Übertreibung ministerieller Willkür wurde allerdings selbst den Königen zu stark, sie verboten schließlich die weitere Anwendung der *lettres closes*. Philipp von Valois und Karl V. haben mit aller Schärfe den Kampf gegen diese Übelstände aufgenommen durch Forderung einer eidlichen Verpflichtung zur Befolgung des Verbotes.

Weniger Erfolg haben die zahllosen Proteste der Parlamente gehabt, wenn auch zugegeben werden muß, daß mutiges Auftreten und energischer Widerstand mancher Magistrate zur Erhaltung der Rechte des Volkes beitrugen, wenn etwa die Stände eine sorgfältige Trennung der Gesetze des Königs und der des Königreiches durchsetzten.

Nicht den gleichen Zersetzungsprozeß und Niedergang wie die Gesetzgebung hat die Entwicklung der Rechtssprechung aufzuweisen, obwohl ihr diese Gefahr in viel stärkerem Maße drohte als der Gesetzgebung. Denn der *pouvoir judiciaire* braucht für seine eigene Existenz unbedingt die Autorität des Staates; die Gerichtsentscheidungen müssen jederzeit mit Hilfe der *force publique* zur Anerkennung gebracht werden können. Hinter den Urteilen muß sich die ganze Stärke staatlicher Macht erheben, falls nicht die Gerichte zu einer wirkungslosen Institution im Staate werden sollen. Aber weil die Handhabung der *force publique* vom Monarchen ausgeübt wird, droht in einem vom Despotismus regierten Lande dauernd das Gespenst einer von den Trägern der Executive abhängigen Rechtssprechung. Und das umsomehr, als die Nation nicht die richterliche Gewalt in Händen haben kann, nicht aus dem Grunde, weil sie dazu nicht berechtigt wäre, sondern weil sie sich mit den Interessen all der einzelnen Privatleute nicht befassen kann¹. Die Gerichts-

1. . . . la nation faite pour dominer sur tout, elle ne peut, par cette raison, statuer sur des objets individuels p. 23.

barkeit muß also einer Korporation übertragen werden, deren Zusammensetzung nun allein von der Nation bestimmt wird. Sie allein verfügt über die Beschaffenheit der Gerichte, denen sie das Gut der Gesetze anvertraut. In der Tat, wer sollte auch ein größeres Interesse an einer guten Rechtsprechung im Staate haben als jeder einzelne Bürger, der sich kraft der Gesetze den Urteilssprüchen der Gerichtshöfe unterwirft. Aber zu der Notwendigkeit der *force publique*, zu dem von der Nation zu bestimmenden Charakter der Zusammensetzung der gerichtlichen Körperschaften tritt ein dritter Faktor hinzu: das Vertrauen der Nation zur Rechtsprechung. „Gesetze und Vertrauen sind Umkreis und Basis der Gerichtshöfe.“ Ein Tribunal hat keine Existenzberechtigung mehr, sobald ein allgemeines Mißtrauen gegen die Art und Weise der Prozeßführung besteht, mag auch das Mißtrauen absolut unberechtigt sein. Sind aber diese drei Bedingungen erfüllt, so kann man vom Bürger erwarten, daß er mit Achtung und Ehrfurcht die Vertretung seiner Ehre, seines Lebens und seines Eigentums vertrauensvoll dem Gerichtshof überträgt.

Wenn der Rechtsprechung eine gleiche Veränderung ihres ursprünglichen Charakters erspart geblieben ist, so lag das an der schon in der frühesten Zeit vorhandenen Eigenart der Gerichtshöfe. Schon im frühen Mittelalter lag diese Gerichtsbarkeit in den Händen der Grafen und Herzöge, die als Verwalter eines mehr oder minder großen Bezirkes gewählt und auf Grund dieser nationalen Wahl zugleich mit dem *pouvoir judiciaire* betraut wurden. Den Herzögen und Grafen waren *vicaires* und *centeniers* an die Seite gestellt, also militärische wie civile Beamte. So trat schon verhältnismäßig früh eine Differenzierung des Prozeßmaterials ein; die Gerichtshöfe der Grafen waren nur für die *causes réelles*, die der Herzöge nur für die *causes mobilières* zuständig. Die Grafen waren außerdem verpflichtet, unter Beteiligung eines aus sieben Männern zusammengesetzten *Beirates* zu Gericht zu sitzen, so daß also die Nation in doppelter Hinsicht auf die Gerichtsbarkeit einwirken konnte: durch die Wahl der Richter und durch die Einsetzung der Schöffen. In dieser Zeit war es auch noch möglich, die Nation als obersten Richter anzurufen. Erschien einem Bürger ein Urteil

ungerecht, so konnte er eine Revision des Urteils von der Nation selbst, réunie aux champs de Mars, fordern. Zwei Ereignisse in der politischen Entwicklung Frankreichs verursachten bald darauf eine wesentliche Umgestaltung der Gerichtsbarkeit. Das eine Ereignis war die Entstehung der erblichen Lehen. Diese zwangen als Besitz auf Lebenszeit die betreffenden Inhaber nicht mehr dazu, dieselbe Sorgfalt in der Rechtsprechung anzuwenden wie ihre Vorgänger, die sich durch Führeigenschaften als Leiter eines Verwaltungsbezirkes empfehlen mußten und erst auf Grund positiver Leistungen ihre Anerkennung durch die Wahl zum Grafen erhielten². Dazu kam als unvermeidliche Folge der anwachsenden Bevölkerung die Unmöglichkeit, die einzelnen Prozesse vor der versammelten Nation zu verhandeln, es mußte vielmehr eine neue Instanz geschaffen werden, der man die Verwaltung des pouvoir judiciaire übertragen konnte. Als Nachteil der erblichen Lehen sollte sich bald die Tatsache erweisen, daß eine große Zahl von Bürgern nicht mehr ihresgleichen als Richter antrafen, da der seigneur infolge seiner Stellung als Lehnsherr nicht mehr dem Kreis ursprünglich Gleichberechtigter zugerechnet werden konnte.

Wurde daher eine längere Spanne die Gerichtsbarkeit von den seigneurs ausgeübt, was als unmittelbare Nachwirkung der feudalistischen Herrschaft leicht erklärlich ist, so mußte eine Steigerung der königlichen Autorität insofern nicht ohne Einwirkung bleiben, als eine Schwächung der seigneurialen Kräfte auch eine einheitlichere Rechtsprechung im Königreiche ermöglichte. Ludwig IX. war der erste, der durch Errichtung von vier großen bailliages den Gang der Entwicklung zu beschleunigen suchte. Außerdem sandte er königliche Gerichtskommissare in das Land zur Beaufsichtigung der lehnherrlichen Gerichtsbarkeit. Einige Zeit später schuf der König das Amt großer baillifs, auxquels il attribua la connaissance exclusive de certaines affaires, ce qui forma l'attribution comme sous le nom des cas royaux. Schließlich mußten sich alle juges seigneurs der monarchischen Autorität beugen und das Zuge-

2. . . . Les fiefs étant devenus des possessions à vie, le soin de rendre bonne justice, ne fut plus un objet d'ambition pour les ducs et les comtes. (p. 70).

ständnis machen, daß ihre Untertanen ihre Rechtsangelegenheiten auch vor königliche Gerichte bringen können. Die Macht der seigneurs trat dann noch einmal in Erscheinung durch ihr Recht, einen nur aus Ebenbürtigen gebildeten Gerichtshof zu fordern; sie wurden deshalb vielfach als *pairs de la province* bezeichnet. Diese *pairs* von Frankreich traten als Gerichtshof des Königs zusammen, der sich als *parlement ambulatoire* in unmittelbarer Umgebung des Königs befand und die ihm direkt vorgetragenen Rechtsstreitigkeiten erledigte. Philipp IV. richtete dann das *Parlement sédentaire* in Paris ein, über dessen Zusammensetzung jedoch der König verfügte. So war an die Stelle feudalistischer Barbarei eine geordnete Rechtsprechung getreten. Die letzten Zeichen der Feudalherrschaft fielen, als die *pairs* aus den Parlamenten verschwanden und durch vorgebildete Juristen ersetzt wurden. Den Charakter nationaler Körperschaften haben den Parlamenten erst die Beschlüsse der Generalstände verliehen, die sie zu einer verfassungsmäßigen Institution des französischen Reiches machten. Zugleich wurden sie Organe, die unter bestimmten Verhältnissen die Legitimität der Generalstände zu prüfen und zu kontrollieren hatten. D'Antraigues konstruiert den Fall, daß die Minister unter Mißachtung der alten Berufsformen eine Ständeversammlung berufen, die obendrein noch eine zu geringe Anzahl von Mitgliedern aufweist. Die Parlamente hätten dann die Pflicht *sous peine de la trahison envers la nation*, diese Stände als illegal und somit als nicht zuständig zur Beratung nationaler Fragen zu erklären. In ihrer Eigenschaft als mitwirkende Faktoren des staatlichen Lebens sind sie auch verpflichtet zur Verantwortung gegenüber der Nation: *C'est donc autant de fidélité que de courage qu'en ces jours malheureux le second parlement du royaume jurait à la nation de garder inviolablement le dépôt qu'il avait reçu d'elle jusqu'à ce que les états généraux aient juges à propos de le retirer pour le remettre en des mains qui pourraient leur paraître plus sûres, mais qui ne sauraient pas plus fidèles*³.

Die von Ludwig dem Heiligen geschaffenen *baillages* bewährten sich und bewirkten dadurch ihre weitere Verbreitung

3. Arrêté du parlement de Toulouse du 13. mai 1788.

über das ganze Königreich: Les bailliages furent établies dans les pays coutumiers, les sénéchaussées dans les pays de droit écrit. Diese neue Schöpfung hatte den besonderen Vorteil, ein einendes nationales Band zu sein. Menschen, die ihr Recht an ein und derselben Stelle suchen, die unter einem gemeinsamen Banner kämpfen, vereinigen sich in einem gemeinsamen Zentrum; so trat der Gedanke der Verbundenheit unter allen Bewohnern der neu geschaffenen Bezirke hervor. Außerdem war diese Einteilung ein geeignetes Mittel für die Nation, sich vertreten zu lassen, da zu Deputierten der einzelnen Bezirke in den meisten Fällen die in den baillages und sénéchaussées fungierenden Richter gewählt wurden⁴.

Seine über das Rechtswesen geäußerten Gedanken, die sich in seinem Werke an vielen Stellen zerstreut finden, verraten als wesentliche Tendenz, die alten Rechte der Gesetzgebung, die alten Rechtsinstitutionen und die Parlamente, so wie die Einteilung nach Gerichtsbezirken zu erhalten. Gerade die Anführung des Arrêté des Parlaments von Toulouse und seine Solidaritätserklärung beweist mit aller Deutlichkeit, daß d'Antraigues sich nicht entschließen konnte, die alten Formen der Rechtsprechung aufzugeben oder doch wenigstens zu reformieren. In der gleichen Richtung bewegt sich seine Verteidigung der Magistratskäufllichkeit; auch sie entspringt doch nur dem Wunsche, den Besitz dieses Amtes in den Händen eines Standes zu verewigen, um es nicht dem Einfluß der Minister auszuliefern. Er erweist sich immer von neuem als Vorkämpfer für die alten verbürgten Rechte der Stände, zu denen ja auch die Parlamente⁵ zu rechnen sind; nur durch sie scheint ihm eine Gewährleistung für die Sicherheit nach außen und für Ordnung und Wohlstand im Innern gegeben zu sein.

Dieser Überblick d'Antraigues' über die geschichtliche Entwicklung der gesetzgebenden und richterlichen Gewalt ist

4. Man hat d'Antraigues den Einwand gemacht, daß die Stände von 1614 gar nicht legitim waren, weil der dritte Stand fast ausschließlich durch Beamte der „Justice“ vertreten war. Er erklärt diesen Einwurf für nicht stichhaltig, da das Volk wählen könne, wen es wolle. Im übrigen konnte man 1614 gar nicht besser handeln. Es fehlten dem dritten Stand noch die Führer, die seine Interessen energisch und wirkungsvoll vertreten konnten.

in seinen großen Zügen richtig gesehen; bezüglich der Einzelheiten gibt die heutige Forschung ein anderes Urteil ab. D'Antraigues beruft sich auf Autoritäten wie Montesquieu, Mably, Boulainvilliers, Bodin, Hotman und andere, die er mitunter durch eine besondere Bemerkung dem Leser empfiehlt. So meint er von Hotman, dieser sei dem Absolutismus nur deshalb so verhaßt gewesen, weil er das Wahlkönigtum als ursprüngliche und einzig berechnigte Staatsform eindeutig bewiesen habe. Er spricht von dem ausgezeichneten Werke Mablys, von dem berühmten Bodin. Außerdem hat er die Parlamentsprotokolle und einschlägige damals vorhandene Fachliteratur studiert. Er hat in seiner Denkschrift die zu seiner Zeit bestehenden Ansichten über Entstehung und Entwicklung der legislativen und richterlichen Gewalt verwandt. In dieser Frage ist seine Abhängigkeit von anderen Autoren ganz besonders deutlich.

c) Generalstände und Provinzialstände.

Für d'Antraigues gibt es keine Institution im Staate, die so berechnigt, aber auch so verpflichtet wäre, das Erbe der antienne constitution unverändert zu erhalten und gegen alle Angriffe, von welcher Seite sie auch kommen mögen, zu verteidigen, wie die vereinigten Stände. Sie sind die Korporation, die allein für sich das Recht in Anspruch nehmen kann, die Nation zu vertreten. Daraus erwächst ihnen aber auch die Aufgabe, ihre ganze Aufmerksamkeit für die politische Sicherheit nach innen und außen und für die wirtschaftliche Blüte des Staates einzusetzen. Sie allein sind in der Lage, die *volonté de la nation*, den *voeu général*, die *volonté publique* zum Ausdruck zu bringen und kraftvoll durchzusetzen. Die Gefahr eigenmächtigen Handelns der in den Ständen versammelten Vertreter des Volkes ist nicht vorhanden; die ganze Nation bestimmt auch heute noch ihr eigenes Schicksal, indem jeder Bezirk seinem Vertreter scharf umrissene Instruktionen gibt, an die er sich streng zu halten hat. Es ist interessant zu sehen, wie weit d'Antraigues die Rechte eines einzelnen Bezirkes ausdehnt, wenn er noch am 11. 5. 1789 in einer Rede betont: „Die gefaßten Beschlüsse sind nicht

5. vergl. dazu A. Mattschaff p. 44.

rechtsbindend, wenn ein einziger Abgeordneter nicht die Möglichkeit gehabt hat, seine Ansichten vorzutragen“¹. Besonders charakteristisch für seine ständische Ideologie ist seine Verteidigung der „imperativen Mandate“². Die Verpflichtung für die Deputierten, die Instruktionen ihrer commettants streng zu beachten nennt er: *principe conservateur* und *principe national*, zwei für ihn synonyme Begriffe. Es gibt für d’Antraigues nichts, das in seiner Art für die Freiheit der Nation wertvoller sein könnte als diese Bindung der Volksvertreter an ihre besonderen Aufträge. Er bedauert es geradezu, daß er seinen Mitbürgern nicht mit größerer Beredsamkeit die Notwendigkeit und den Nutzen dieses so weisen Grundsatzes einhämmern kann; eines Grundsatzes, der die Nation stets vor einer Überraschung schützt, der den Beschlüssen der Ständeversammlung die *majesté de la volonté souveraine du peuple* verleiht und der den Vertreter des einen oder des anderen Bezirkes nicht als irgend einen beliebigen Redner, sondern ihn gerade infolge seiner Bindungen an die Aufträge des betreffenden Bezirkes als Organ des Volkes sprechen läßt. Der Versuch, diese heilsame Richtschnur zu entreißen, wird fehlschlagen, denn es handelt sich um die Erhaltung von Gut, Leben und Eigentum; eher den Tod als Aufgabe dieses Prinzips und Verzicht auf dieses notwendige Recht.

D’Antraigues geht dann noch eine weitere Stufe hinab und betrachtet die Rechte der letzten und untersten Glieder eines Volkes, die Rechte des wahlberechtigten Bürgers. Hier kommt es vor allem darauf an, jedem einzelnen Bürger das Bewußtsein zu geben, daß er selbst Einfluß auf die Geschehnisse der Nation hat. Er sagt wörtlich: „Pour que le peuple croie qu’une assemblée le représente, il faut que chaque citoyen puisse croire avoir influé au moins sur le choix de son représentant et que ce choix, qu’il a fait librement, le détermine un jour à se soumettre aux lois de l’assemblée, quelque sévères qu’elles puissent être.“ Deshalb muß das Reich so eingeteilt sein, daß

1. Discours prononcé par le comte d’Antraigues dans la chambre de la Noblesse le 11. 5. 1789. p. 2.

2. Die gleiche Forderung erhebt Mably. p. 342 vergl. Müller p. 51.

jeder Bezirk einen eigenen Abgeordneten wählt; der einzelne Bezirk darf nicht zu klein sein, um eine *quantité considérable* von Bürgern repräsentieren zu können, er darf aber auch nicht zu groß sein, damit seine Bewohner sich nicht vereinigen müssen mit anderen Bezirken, deren Interessen den ihrigen widersprechen. Außerdem liegt ja dann die Gefahr nahe, einen Vertreter wählen zu müssen, den sie nicht kennen. „Das Volk glaubt sich aber durch unbekannte Männer schlecht vertreten“.

Diese Auffassung entspricht auch seiner Stellungnahme zur Abfassung der cahiers. Klerus und Adel haben als geschlossene Stände bei der Ausarbeitung der cahiers das Recht, eigene Vorschläge zu machen. Dem dritten Stand fehlt eine gleiche Möglichkeit. Er glaubt in diesem Punkt Wandel schaffen zu können durch den Vorschlag, daß jede *communauté* ein Heft verfassen soll; unter zu Grundelegung der gesamten Hefte sollen dann die Forderungen des cahier général de la sénéchaussée zusammengestellt werden.

Er propagiert also auf der einen Seite Gedanken, die dem Bürger weitgehenden Einfluß auf die politische Entwicklung seines Landes geben, andererseits schränkt er die Macht der Reichsstände weitgehend ein. Er vertritt in konsequenter Fortführung seines Bestrebens nach Erhaltung der *ancienne constitution* die Auffassung, daß unter normalen Verhältnissen der König allein die Generalstände berufen könne. Nur in dringenden Fällen läßt er eine Ausnahme gelten. Er berichtet von einem Beschluß der im Jahre 1561 versammelten Stände, der vorsah „que lorsqu'un roi serait incapable de régner par lui même, le premier prince du sang convoquerait la nation sous la peine d'être réputé traître envers l'état. Et qu'au bout de trois mois, s'il n'y avait pas eu de convocation, chaque bailliage et sénéchaussée procèderaient aux choix des députés qui s'assembleraient le 15. du quatrième mois à Paris. Er kommentiert diese Stellungnahme der Stände mit Genugtuung und sieht darin eine Huldigung und Anerkennung der Verfassung. In einem anderen Zusammenhange stellt er nochmals die Frage, ob sich die Nation ohne Berufung des Königs versammeln darf. Dazu kann nur ein Ereignis berechtigen: le péril extrême de la patrie. Er begründet diese Auffassung folgendermaßen: Niemand hat

einem Volke das Recht verweigert, nach dem Aussterben einer Herrscherlinie einen neuen König zu wählen. Hat aber eine Nation in der Frage der Thronbesteigung das Recht zur letzten Entscheidung, so muß sie im Notfalle auch das Recht der Selbstberufung haben, denn es ist wesentlicher, den Staat zu retten als einen König zu haben. Die Versammlung der Generalstände wird dann einfach legitim durch die Notwendigkeit ihres Zusammentritts. Sollte der König dann anderer Meinung sein und diesem Prinzip seine Anerkennung versagen, dann wäre als letztes und äußerstes Mittel zur Rettung des Vaterlandes vor dem drohenden Ruin die Anwendung der Insurrektion erforderlich. D'Antraigues spricht selbst den Wunsch aus, Tage derartiger unheilvoller Unruhen und Bewegungen nie erleben zu müssen³.

Mit diesen Ausführungen hat d'Antraigues in Anlehnung an Sidney, Locke und Grotius⁴ das Widerstandsrecht proklamiert und dem Volke eine letzte Waffe für den äußersten Notfall in die Hand gegeben. Während aber Sidney kurz und knapp gesagi hatte: „Ungerechten Befehlen soll man nicht gehorchen“⁵, während Locke sich unmißverständlich geäußert hatte: „Jeder, der ... den Untertanen das aufzwingt, was das Gesetz nicht gestattet, hört in dieser Beziehung auf, Obrigkeit zu sein, und da er ohne Autorität handelt, darf ihm Widerstand geleistet werden“⁶ und, während schließlich Grotius sogar davon gesprochen hatte, daß die Fürsten bei Vergehen gegen Gesetz und Republik, „wenn es nötig, am Leben gestraft werden können“⁷, ist d'Antraigues vorsichtiger. Es ist auch nicht so, daß veraltete Gesetze, wie Mably es will⁸, oder ungerechte, despotische Könige der Nation ohne weiteres das Recht geben, der Gewalt mit Gewalt zu begegnen. In beiden Fällen, bei Reformen innerhalb der staatlichen Gesetzgebung sowie bei Beaufsichtigung der

3. Mém. p. 190.

4. Diese drei Vorbilder nennt er selbst, ohne jedoch genaue Quellenangaben zu machen. Mem. p. 189.

5. Sidney: III 20. vergl. III 14; 32.

6. Locke II 18 202. vergl. 204 f. 19 232.

7. Grotius Lib. I Kap. IV § 7.

8. Müller: Mably p. 46.

Ausübung der königlichen Gewalt sind nur die Generalstände zuständig. Man kann die Äußerungen d'Antraigues über die Insurrektion und das Prinzip des Widerstandsrechtes: „Der Einzelne schützt das Recht gegen jedermann, auch gegen die Staatsgewalt“⁹, kaum gleichsetzen. Denn wir müssen doch die Frage stellen: welches Recht soll in der höchsten Not des Vaterlandes geschützt werden? D'Antraigues gibt überhaupt nicht an, welche „Rechtsschranken der Herrschergewalt“¹⁰ unter Umständen vom Monarchen durchbrochen werden könnten. Mably hatte die Möglichkeit, im äußersten Notfalle Widerstand zu leisten, ganz anders charakterisiert: „Das heißt, daß es Euch erlaubt ist, zu kämpfen, wenn Ihr nicht mehr siegen könnt“¹¹. Schon auf den ersten Seiten seines *Mémoire* hatte d'Antraigues den Lesern seine Stellung zur monarchischen Verfassung mitgeteilt. Es hieß dort: .. „infolgedessen kann die Nation die Nachfolgeordnung der Könige nach ihrem Willen regeln. Sie hat den Thron erblich gemacht, es hing von ihr ab, ihn wählbar zu lassen“¹². Wer aber der Nation das Recht verleiht, bei der Thronbesetzung die letzte Entscheidung zu treffen, der darf ihr auch nicht das Recht verweigern, eigenmächtig Maßnahmen zu ergreifen, wenn der Existenz des Staates Gefahr droht. D'Antraigues läßt also diese indirekte Ableitung des Widerstandsrechtes von der Volkssouveränität durch seine theoretische Begründung nur hindurchschimmern; er tut das offenbar in dem Bestreben, es auch bei Berührung dieser heiklen Frage nicht ganz mit dem Könige zu verderben. Webers Urteil: „Die Legitimität der Erhebung wurde proklamiert“¹³, ist wörtlich genommen nicht zu bestreiten, aber man darf doch nicht außer Acht lassen, daß d'Antraigues hinzufügt: „Der Himmel und die Weisheit unserer Könige werden uns vor den Auswirkungen dieser fürchtbaren Geißeln bewahren, daß die Nation in ihrem Herrscher nur ihren Feind sieht und in ihrer schrecklichen Verzweiflung gezwungen ist, sich aufzulehnen, um das staatliche

9. F. Kern H. Z. 120, p. 61.

10. Gierke p. 307.

11. Müller Mably p. 47.

12. *Mém.* p. 22.

13. Weber *Memoiren* I 262.

Gefüge zu zerstören oder den Staat mit Gewalt wiederherzustellen“¹⁴. Er ist in erster Linie nicht Staatstheoretiker, sondern Politiker und als solcher bemüht, das Band zwischen König und Nation zu erhalten.

Zu allen anderen Zeiten hat nur der König das Recht, die Generalstände zu berufen. Alle Versammlungen, bei denen dieser Modus der Berufung nicht beachtet ist, sind illegitim, ihre Beschlüsse sind rechtsungültig. Auch dafür vermag er einige Beispiele aus der Geschichte anzuführen. So waren die Stände von 1593 unberechtigt zum Erlaß allgemein bindender Verordnungen, da sie sich auf die Aufforderung des Führers der Ligue hin vereinigt hatten. Überdies hatten sie noch über das Schicksal nichtvertreter Provinzen bestimmt, eine Tatsache, die allein zur Feststellung ihrer Illegitimität genügt hätte. Im folgenden Jahr 1594 hat dann das Parlament alle Entschließungen dieser vereinigten Stände für ungültig erklärt und sich damit zugleich als Kontrollorgan über die Stände erwiesen.

Jedoch ist die Vereinigung der Generalstände nicht der einzige Weg, auf dem sich der König die Zustimmung der Nation für seine Forderungen und Wünsche verschaffen kann. Wenn irgend ein Ereignis die Befragung des Volkes notwendig macht, die Zeit zur Berufung der Generalstände aber nicht mehr vorhanden ist, darf der König eine Notabelnversammlung als Vertreter der Nation zusammenrufen. D'Antraigues unterscheidet zwei Arten von Notabelnversammlungen: die eine, in der sich auch Vertreter der Städte befinden, wird vom König berufen; die andere, deren Mitglieder vom König gewählt werden, bilden nur den conseil du prince.

Daß d'Antraigues — von seltenen Ausnahmefällen abgesehen — allein dem König die Initiative für die Berufung der Nation überläßt, könnte bei oberflächlicher Betrachtung den Eindruck erwecken, daß er das Kernproblem der Machtfrage gar nicht erkannt hat. Aber er will durchaus den Ständen einen dauernden Platz im französischen Staatsleben sichern. Die Stände sollen der Regierung nur so viel Machtbefugnis einräumen, daß sie immer von neuem zur Einberufung der Stände gezwungen wird.

14. Mém. p. 190.

Er verteidigt ausdrücklich das nur den Ständeversammlungen zukommende Recht, Reformen vorzunehmen; aber so scharf er sich für die Abschaffung der Mißbräuche einsetzt, so wenig scheint ihm eine wirklich fundamentale Reform der Verfassung das Gebot der Stunde zu sein. Das zeigt deutlich die Begrenzung der Aufgaben, die er den Generalständen zuwies:

1. Die Umwandlung der königlichen in eine nationale Schuld.
2. Zustimmung zu neuen Steuern, um die Anleihen zurückzukaufen.
3. Beseitigung der drückendsten Mißbräuche.
4. Schutz des Eigentums durch die Vertreter der Nation.
5. Sorgfältige Trennung der Gesetze des Reiches von den königlichen.
6. Ablehnung einer aus der Ständeversammlung gebildeten permanenten Kommission, „denn eine solche Einrichtung, — das haben die Generalstände von 1576 bewiesen — würde bald ein Schlupfwinkel für Tyrannen oder eine Versammlung von Verrätern¹⁵ werden.“
7. Forderung individueller Freiheit. In seinem *second mémoire*¹⁶ erhebt er außerdem die Forderung, vor der Beratung über die Anerkennung der dette publique die Freiheit des Eigentums, die Preßfreiheit und die Verantwortlichkeit der Minister zu sichern. Schließlich äußert er den Gedanken eines nationalen Volksheeres, der sich auch aus seiner Feindschaft gegen den Absolutismus leicht erklärt. Aber auch an dieser Stelle kommt er über Formulierungen allgemeinen Charakters nicht hinaus, läßt vielmehr jede Art spezieller positiver Vorschläge vermissen.

Er fährt dann wörtlich fort: „Wenn man die dette publique gesichert, den credit nationale auf den Ruinen des credit ministériel begründet hat, nach Bewilligung von Unterstützungen die Willkür bei der Auferlegung der Steuern auf das Eigentum beseitigt hat, après avoir confié aux parlements le dépôt de nos lois, les avoir chargés de réclamer en toute occasion les droits de la nation et d'empêcher au prix de leur état et s'il le faut, au péril de leur vie que jamais le pouvoir ministériel n'usurpe les

15. Mém. p. 264.

16. second mém. p. 82.

pouvoirs nationales, il semble qu'il serait temps de montrer à la nation le terme des travaux de ses représentants¹⁷.

Es soll nicht geleugnet werden, daß dieses Programm in einigen Punkten für die Beseitigung der drückendsten Übelstände Wegweiser sein konnte, von einem Vorschlag zu einer durchgreifenden Änderung der politischen Struktur des alten Frankreich kann jedoch keine Rede sein, wenigstens nicht in dem Sinne, daß er mit den durch die Geschichte überlieferten und durch den Absolutismus außer Kraft gesetzten Bestimmungen des politischen Lebens brechen wollte. Das Neue, was er praktisch schaffen wollte, bestand letzten Endes in der Wiederherstellung des Alten. Die hauptsächlichsten Träger der staatsrechtlichen Gewalt, Krone, Generalstände, Parlamente sollten ihre Funktionen nach den Grundsätzen der vor der Herrschaft des Absolutismus geltenden *ancienne constitution* ausüben. Noch am 30. Mai 1789 sagte d'Antraigues: „Unsere Aufgabe ist nicht, eine neue Verfassung einzurichten, sondern die alte wiederherzustellen¹⁸“.

Die Aufgaben, die den Generalständen für die Politik des Reiches zufallen, haben die Provinzialstände bei der Verwaltung der Provinzen zu erfüllen. Es ist notwendig, auf seine Ansichten über die Provinzialstände näher einzugehen, weil seine Schrift: *mémoire sur la constitution des états de la province de Languedoc*“, in den späteren Ausgaben *Second mémoire sur les états généraux* betitelt, zu Fehlurteilen und Mißdeutungen Anlaß gegeben hat. Man hat sich damit begnügt, dieser Schrift scharfe Formulierungen gegen den Despotismus zur Charakterisierung dieses „rabiaten und gewissenlosen Grafen¹⁸“ zu entnehmen, ohne sich mit dem eigentlichen Problem näher zu befassen.

Die Provinzialstände im Languedoc hatten die Absicht, die Vertreter der Provinz für die Generalstände zu wählen. Dagegen wandte sich d'Antraigues, der ja in seiner Denkschrift über die Generalstände die Berufung durch *Sénéchaussées* und *Bailliages* als einzig legitime und der Verfassung entsprechende Form bezeichnet hatte. Dieser Kampf wurde nicht allein von

17. Vaschalde p. 17.

18. A. Wahl: II, 316.

d'Antraigues geführt, vielmehr unterstützten ihn die drei Stände zu Vivarais¹⁹, das Parlament von Toulouse und eine große Anzahl Adliger²⁰ tatkräftig²¹. Zugleich ging aber das Streben d'Antraigues' dahin, die Provinzialstände im Languedoc in ihrer bestehenden Form, zu zerstören, da der Versammlung der 23 Bischöfe und 23 Barone und ebenso vieler Vertreter des dritten Standes die verfassungsmäßige Grundlage fehle und somit die Provinzialstände also nicht Vertreter des Volkes, sondern *commissaires du roi* seien.

„Les deux premiers ordres des états de Languedoc sont composés de 23 évêques pour le clergé, qui y entrent en vertu de leur dignité et 23 barons qui ayant acheté une terre titrée de baronie par le roi ont obtenu de sa seule autorité le droit d'assistance dans l'assemblée, où ils sont mandés en vertu d'une lettre de cachet. Le tiers état composé des maires et consuls de quelques villes et des syndics de quelques diocèses ne peut se croire le représentant du peuple, puisque, lorsque le roi vendit les mairies, il attacha au droit de ces places celui d'assister aux états; que plusieurs maires et consuls sont nommés par les seigneurs haut-justiciers de leur communauté; d'où il résulte que le roi a toujours regardé leur admission aux états comme une grâce due à son volonté²²“.

Die Schlußfolgerung d'Antraigues', daß keiner der drei Stände Vertreter in der Provinzialversammlung habe, war in der Tat unangreifbar²³. Die Meinungen waren aber sehr geteilt darüber, ob diese commission royale historisch begründet war oder ob

19. Arrêté des trois ordres du pays du Vivarais au sujet de l'Election de ses députés aux états généraux. (im Anhang des second mémoire sur les états généraux.)

20. Lavergne: p. 406.

21. Die letzte Sitzung war derartig bedroht, daß die procession ordinaire der Stände unter dem Vorwand, der Regen gestatte die sonst übliche Ausdehnung nicht, verkürzt wurde. Lavergne p. 408.

22. Sec. Mém. p. 8.

23. In der Schrift, gegen die d'Antraigues polemisierte, wurde ausdrücklich zugegeben, daß le droit public relativement aux assemblées d'états consiste donc . . . 3). pour le roi à convoquer annuellement ces assemblées et à déterminer le choix des députés. (Mém. p. 103). Auch Lavergne p. 397.

sie im Verlaufe der historischen Entwicklung sich irgendwie, auf jeden Fall aber auf illegale Weise, eingebürgert hatte. Es erübrigt sich, die Ergebnisse der historischen Forschung beider Parteien zu prüfen; d'Antraigues konnte jedenfalls nicht bestreiten, daß seit 1500 eine legitime Wahl der Vertreter für die Generalstände nicht mehr stattgefunden hatte, weil eben seit dieser Zeit die angeblichen Provinzialstände in die Rechte der Stände eingegriffen und die Abgeordneten für die *états généraux* gewählt hatten. Er glaubte allerdings den Beweis geliefert zu haben, daß ursprünglich die Versammlung der Stände im Languedoc ohne Initiative und ohne Mitwirkung des Königs zusammentrat²⁴.

Von größerer Bedeutung für die Charakterisierung seiner Staatsanschauung ist die Feststellung, daß er angesichts des seiner Ansicht nach illegitimen Charakters der Provinzialstände die Forderung aufgestellt: Die Deputierten für die Generalstände sind durch *bailliages* und *sénéchaussées* zu wählen, um eine wahrhaft nationale *Représentation* zu gewährleisten, und daß er diese Gelegenheit zugleich benutzt, dieses Prinzip der unmittelbaren Wahl durch die Nation auf die Verwaltung der Provinz zu übertragen. Man hat die Ansicht ausgesprochen²⁵, sein Kampf gegen die *commission royale* sei dem Wunsche entsprungen, selbst der Provinzialversammlung anzugehören. Der Charakter d'Antraigues' schließt die Möglichkeit zwar nicht von vornherein aus, aber es ist doch auch verständlich, wenn er dem Bürger das Recht, das er ihm für die Wahl zu den Generalständen gab, auch für die Berufung der Provinzialstände gewährte. Ihm kam es prinzipiell darauf an, die bestehenden Stände als eine *dégénération* des *états réellement nationaux et libres* zu beseitigen und an ihre Stelle eine aus der Wahl der Stände hervorgegangene Vertretung zu setzen. Außerdem widerspricht Champion in Anlehnung an die Ausführungen von Lavergne der Auffassung, daß die Provinz diesen Ständen sehr niedrige Steuern und ihre große

24. *Sec. mém.* p. 51: Wir haben bewiesen, daß unsere Könige bis in das 15. Jahrhundert hinein niemals diese Wahl vorgenommen haben; es scheint, daß man sich um 1450 tatsächlich das Recht der Wahl angemacht hat, um den Gebrauch davon zu machen, der heute noch besteht.

25. *Vogue in Revue des deux mondes* Bd. 115. p. 453. Struck p. 19 drückt sich vorsichtiger aus.

Blüte verdankte; er ist im Gegenteil der Ansicht, daß „ce beau mécanisme était devenu un excellent moyen d'extorquer l'argent“ und die Kritik d'Antraigues' durchaus gerechtfertigt war.

d) *D'Antraigues Stellung zum Adel und zum dritten Stand.
Sein Freiheitsideal.*

Bei der Beurteilung der einzelnen Stände geht d'Antraigues Wege, die man nach allem bisher Gesagten nicht vermutet. Er nennt den Erbadel „die furchtbarste Geißel für ein freies Volk“ in auffallender Übereinstimmung mit Montesquieu, der gleichfalls ein Vorkämpfer für die Privilegierten war¹. Dem dritten Stande widmet dagegen d'Antraigues Worte offensichtlicher Sympathie.

Die Äußerung über den Erbadel erscheint bei ihm, der doch für die Interessen der Stände und damit auch des Adels kämpfte, unverständlich, und es ist nicht verwunderlich, daß sein Onkel St. Priest die Angriffe auf den Adel für ausreichend hielt, um seinen Ausschluß aus der Noblesse zu rechtfertigen². Vielleicht vermag der Versuch einer Interpretation jener Äußerung aus ihrem Zusammenhang heraus zur Klärung des scheinbaren Widerspruches zu seinen sonstigen Ansichten beizutragen. Nach einer kurzen Darlegung über die Entstehung der erblichen Lehen fährt er nämlich fort: *De ce changement funeste devoit éclore la noblesse héréditaire, le plus épouvantable fléau dont le ciel dans sa colère pût frapper une nation libre.* Man kann nicht sagen, daß er diese Behauptung als nur für die Vergangenheit gültig aufstellt; in seinen Briefen vor Ausbruch der Revolution spricht er in gleicher Weise vom Erbadel, der sein Vaterland verschlinge³. Aber er sagt in dem gleichen Zusammenhang: Das Ehrgefühl (*honneur*) wird die Adligen gegen ihr Vaterland bewaffnen, um den Willen eines Despoten zu stützen. Diese kurze Andeutung über die Verbindung eines Teiles des Adels mit dem Despotismus führt er sehr viel deutlicher aus in seinem *Mémoire*: „Aber die falschen Ideen, die das Feudalsystem hervorbrachte, bestehen

1. Vergl. dazu das Kapitel: D'Antraigues und Montesquieu.

2. *Mémoires de St. Priest*. I p. 214.

3. Pingaud p. 48.

noch, wenn auch der Grund schon zerstört ist. Sie haben diese ebenso nichtigen wie schwachen Adligen emporsteigen lassen, diesen Adel, der der Bevölkerung feindlich den Thron umlagert, der sich aller Dinge durch das Recht der Geburt bemächtigt, und der um die Könige eine neue, dem Volke feindliche Nation zu bilden scheint. Le nombre de ces nobles, envahisseurs de toutes les places, de toutes les dignités de l'état, se multiplie à la cour, tandis que la vraie noblesse se rapproche du peuple dans les provinces⁴.“ Aus diesen Sätzen geht deutlich hervor, daß d'Antraigues' Kampf gegen den Hofadel ging, der sich nicht in die große Front des Widerstandes gegen den Despotismus einreichte, sondern im Gegenteil auf Grund seiner Stellung vom Despotismus Vorteile zu erlangen suchte. Er unterscheidet ihn von der vraie noblesse, die in den Provinzen Fühlung mit dem Volke hält. Wie weit hier persönlicher Groll mitspielt, ist schwer zu entscheiden. Daß seine Beziehungen zum Hofe nicht gerade herzlich waren, wissen wir⁵. Aber der Haß gegen den Despotismus war doch zu tief in ihm eingewurzelt, als daß sich seine Politik lediglich aus einem Gefühl persönlicher Zurücksetzung erklären ließe. Entscheidend ist jedenfalls, daß er gegen den am Hofe untätigen Adel fast die gleiche Abneigung zur Schau trägt wie gegen die Träger des ministeriellen Despotismus. Daraus ist es auch zu erklären, daß die in der Opposition stehenden Adligen wie etwa d'Eprémesnil gegen derartige Äußerungen nicht Sturm liefen.

Der Abbé Montgaillard schreibt in seiner Geschichte Frankreichs von d'Antraigues: „Un particulier, Avenel en son nom, non noble, mais au temps de l'ancien régime tenant le rang d'un gentillâtre, vivait sur les bords de l'Aveyron: il s'était d'abord appelé de Launay, du nom d'une propriété de sa mère. Sa famille ayant eu par succession une propriété appelée d'Antraigues. Le jeune Launay, suivant l'exemple d'une foule d'hommes obscurs, s'était affublé lui même d'un titre féodal et s'appelait comte d'Antraigues⁶.

4. Mém. p. 86.

5. Vaschalde. p. 8.

6. Montgaillard V, 46.

Aus dieser Feststellung ergibt sich, daß d'Antraigues selbst nicht zum hohen Adel gehörte. Deswegen konnte er an diesem Stand unbedenklich heftige Kritik üben und gegen ihn polemisieren.

Andererseits ist ernsthaft die Frage zu stellen, ob seine Äußerungen über den dritten Stand auch so gemeint waren, wie sie die öffentliche Meinung aufnahm und aufnehmen mußte. Es ist auffällig, wenn ein Adliger schreibt: „Der dritte Stand ist das Volk, und das Volk ist die Grundlage des Staates; es ist der Staat selbst, während die anderen Stände nur politische Teile sind.“ Seine Schilderung der Entstehung des Tiers ist von aufrichtiger Sympathie getragen für diesen neuen, nun endlich zum Leben erwachten, wirklichen Vertreter der Nation. „Le tiers état, ce corps où réside réellement la toute puissance, ce corps qui soutient seul l'état qui est réellement la nation.“ (p. 93) Er unterstreicht seine hohe Meinung für diesen Stand durch Anführung verschiedener Beispiele aus der Geschichte; diese Beispiele lassen den Tiers als Verteidiger des alten Rechts, als strengen Befolger des principe nationale erkennen, während sie die beiden anderen Stände als mitunter nicht abgeneigt erscheinen lassen, diesen Schutz gegen einen durch die Vertreter des Volkes drohenden Verrat unwirksam zu machen⁷. Die Leser des dritten Standes sollen die innere Begeisterung des Verfassers bei der Wiedergabe von Auseinandersetzungen zwischen den beiden ersten Ständen auf der einen und dem dritten Stand auf der anderen Seite fühlen. Er erzählt eine Episode aus der Ständeversammlung von Blois im Jahre 1576. Als vom König eine Kommission intermédiaire, die d'Antraigues in seiner Denkschrift wiederholt als furchtbares Schreckgespenst hinstellt, gefordert wurde, hatten sich die beiden ersten Stände mit der Einführung dieser Neuerung abgefunden. Der dritte Stand ließ jedoch durch seinen Deputierten Bodin folgendes erklären: erstens seien sie nicht ermächtigt, einer Verringerung der Abgeordnetenzahl zuzustimmen, und zweitens würde eine solche Kommission einer Vernichtung

7. „Der dritte Stand, der das Volk vertritt und der infolgedessen die Seele der Stände ist, schützt sich vor Überraschungen, die die anderen Stände irreleiten“. *Mém.* p. 199.

der Stände gleichkommen. Es bedarf, wie schon gesagt, einer eingehenden Prüfung, ob diese dem dritten Stand gewidmeten Sätze aufrichtig und ehrlich gemeint waren; auf den ersten Blick muß es tatsächlich den Anschein erwecken, als ob er in der kommenden Versammlung der Generalstände die Vorherrschaft des dritten Standes propagiert. Aber gegen eine wirklich ernstgemeinte Sympathie spricht energisch seine Ablehnung der Kandidatur für den dritten Stand und vor allem die Tatsache, daß er an einer anderen Stelle sich zwar theoretisch als Fürsprecher für die Verdoppelung des dritten Standes erklärt, daß er zugleich aber die Verwirklichung dieses Wunsches in der Praxis als unmöglich darzulegen sucht. Er äußert sich in dem Vorwort seines *second mémoire* zu dem Wunsch, daß man die Wahl der Abgeordneten zu den Generalständen in einer *assemblée commune* vornehme, in der die drei Stände sich vereint fänden, wobei der dritte Stand ebenso viele Stimmberechtigte wie die beiden ersten Stände haben sollte. „Ce voeu fut aussi le mien et j'avoue qu'il était presque impossible qu'il fut exaucé“. Und warum? „Die Vertreter des Klerus und Adligen haben alle Sitze und Stimme en vertu de leurs titres. Das Volk muß sich in den *bailliages* durch Abgeordnete der Städte vertreten lassen. Damit diese Abgeordneten in gleicher Zahl mit den Stimmberechtigten der ersten beiden Stände sind, muß man feststellen können, wie viel Adlige und Vertreter in dem *bailliage* sind; cela est impossible⁸“.

Er ist der Ansicht, daß einige der benachrichtigten Abgeordneten die Teilnahme an der Versammlung vergessen werden, daß andere sich ohne besondere Einladung in der Versammlung einfinden werden, so daß sich die Deputiertenzahl der ersten beiden Stände nicht mit Sicherheit feststellen lasse. Man müßte also die ersten beiden Stände bestimmen, ihre Mitgliederzahl zu reduzieren jusqu'à ce qu'ils fussent en nombre égal avec les députés du Tiers. Es sei leicht vorauszusehen, daß diese Schwierigkeit keineswegs leicht behoben werden könne.

Schwerlich wird man d'Antraigues in dieser Beweisführung folgen und seine Argumente als durchschlagend anerkennen können. Sollte es wirklich nicht möglich gewesen sein, die Zahl der

8. Sec. mém. avertissement p. V ff.

Mitglieder aus den ersten Ständen festzustellen, die zum Eintritt in die Versammlung berechtigt waren? Dann wäre man der Sorge enthoben gewesen, die Abgeordnetenzahl der ersten Stände der des dritten Standes angleichen zu müssen, und hätte umgekehrt ebensoviel Vertreter des dritten Standes berufen können, wie die beiden ersten Stände aufzuweisen hatten. Außerdem kann man wohl annehmen, daß d'Antraigues sehr gut einen Weg zu weisen gewußt hätte, der zum Ziele führte, wenn ihm die Verdoppelung des dritten Standes ernsthaft am Herzen gelegen hätte. Man darf doch nicht außer Acht lassen, daß seit 1694 das Prinzip der doppelten Vertretung des dritten Standes in der von d'Antraigues allerdings als illegitim angesehenen Ständerversammlung bereits angewandt wurde⁹. Wesentlich anders dachte Sieyès, als er im Hinblick auf die ständischen Auseinandersetzungen im Languedoc schrieb: „Man sehe genau zu, wie sich der kleine Adel im Languedoc gegen die Aristokratie der Barone erhebt. Im allgemeinen lieben es die Menschen sehr, alles, was über ihnen steht, gleich zu machen, sie zeigen sich dann als Philosophen. Jenes Wort wird ihnen erst im Augenblick verhaßt, wo sie dieselben Prinzipien bei den unter ihnen Stehenden wahrnehmen¹⁰“. D'Antraigues opponierte gegen die Aristokratie der Barone, aber in der Wahlversammlung im Languedoc wollte er dem dritten Stand eine doppelte Vertretung nicht zugestehen.

Er vermeidet es also, sich eindeutig und bestimmt in der Öffentlichkeit für den dritten Stand zu erklären, mit ihm ein Bündnis einzugehen, und so die Zugehörigkeit zu seinem eigenen Stande aufzugeben. Lag darin nur die Absicht verborgen, die zukünftige Gestaltung der politischen Lage abzuwarten, sich die volle Handlungsfreiheit zu bewahren und sich je nach Entwicklung der Dinge, dieser oder jener Partei anzuschließen? Man könnte leicht geneigt sein, seine unbestimmte Haltung in dieser Richtung auszulegen, aber sein Verhalten nach Zusammentritt der Generalstände läßt das nicht zu. Eine solche Auslegung wäre nur möglich, wenn d'Antraigues sich mindestens nach den Be-

9. Mückel p. 31. Über die „illegitime“ Ständerversammlung vgl. das Kapitel: Generalstände und Provinzialstände.

10. Sieyès: Was ist der dritte Stand? p. 81.

schließen vom 17. Juni 1789 an die Seite des nun offensichtlich Stärkeren gestellt hätte. Aber gerade das Gegenteil war der Fall: er wurde zum erbittertsten Gegner des dritten Standes. Man muß bezweifeln, daß d'Antraigues in den letzten Monaten vor der Revolution ein ehrliches Spiel getrieben hat, denn wir stehen vor der merkwürdigen Tatsache, daß die Öffentlichkeit bzw. der dritte Stand in ihm einen Bundesgenossen seiner Sache sah, daß aber auch der Adel auf seine schweren Angriffe in keiner Weise reagierte, sondern ihn im Gegenteil sogar im zweiten Wahlgange zum Abgeordneten für die Generalstände wählte, unter dem Jubel des dritten Standes, wie sein Biograph ausdrücklich bemerkt¹¹. Aber auch ohne diesen Zusatz seines Biographen ist es offensichtlich, daß der dritte Stand in d'Antraigues einen Freund der *cause populaire* sah und sehen mußte¹². Wir müssen aber doch annehmen, daß die Mitglieder des dritten Standes das Opfer eines geschickt betriebenen Spieles geworden sind, daß seine Aufsehen erregende und radikale Sprache mehr Blendwerk als ein seiner innersten Überzeugung entsprechendes Mittel politischer Beeinflussung war. Trotz aller schönen Redensarten ist er immer mehr Adliger als Anhänger des Tiers gewesen; die Behauptung, d'Antraigues sei durch sein *mémoire* zu sehr kompromittiert gewesen, als daß er mit Erfolg die Rolle hätte spielen können, die er in der *chambre de la noblesse* zu spielen suchte¹³, trifft sicherlich nicht zu. Er hat seine Stellung zu erobern und zu verteidigen gewußt; der Widerstand des Adels gegen die *verification en commun* wird nicht zum geringsten Teil sein Werk

11. Pingaud. p. 63.

12. Es ist bezeichnend, daß dem *Cahier du tiers état de la sénéchaussée de Lyon* als Motto ein Satz aus dem *mémoire* d'Antraigues vorangestellt war: „Es gibt in allen Staaten einen Körper, den man nicht über seine wahren Interessen im Unklaren halten kann, das ist das Volk. *Mém.* p. 198. *Moniteur intr. hist.* p. 603.

Der Abgeordnete des dritten Standes seines Wahlkreises sagte zu ihm: „Seit mehreren Jahren war Ihr Leben nur eine Kette von wertvollen Arbeiten und nützlichen Handlungen. Die Nation schuldet Ihnen ihre Erkenntnisse, die Provinz ihre nahe Regeneration, und wir eine ewige Anerkennung.“ Pingaud. p. 63.

13. *Champion: La rév. franç.* Bd. 26. 1894. p. 213.

gewesen sein. Außerdem hat er auch das Cahier de la noblesse du Vivarais verfaßt¹⁴.

Es wäre allerdings verkehrt, wenn wir seinen Äußerungen über den dritten Stand jede Bedeutung absprechen wollten. Das ist schon deshalb unmöglich, weil wir von ihm aus dem Jahre 1788 eine Broschüre über die *droits du peuple* haben, in der er über den Tiers in Wendungen spricht, die sich kaum in ihrer Art von den Gedanken Sieyès' in seiner Schrift über den dritten Stand unterscheiden. „*Quel est le droit imprescriptible du Tiers état*“, fragt er. Und er antwortet: „Das der großen Zahl über die kleine Zahl, denn dieser Stand steht den beiden anderen gegenüber wie tausend zu eins. Das der fruchtbaren Arbeiten über das tote Kapital, denn die Erde würde ohne den betriebsamen Arm niemals ein Reich sein, sondern nur ein Planet. Das der natürlichen Gleichheit und des gerechten Ausgleichs, denn wenn der Klerus und Adel, diese ewigen Günstlinge der Gesellschaft, Millionen an Steuern leisten, so bringt das unglückliche, geächtete Volk Milliarden auf und verschwendet im Schatten und im Staube sein Gold, seinen Schweiß und sein Blut. Das des Alters selbst, denn der Pflug existierte vor dem Wappen, der Hirtenstab vor dem Bischofsstab, die Werkstätten vor dem Gerichtshof, der Kaufmann vor dem Schatzmeister, die Nichtprivilegierten vor denen, die es durch die Gunst der Könige geworden sind. *La nation entière descend du Tiers état*, und fast hätte man den, der am zahlreichsten ist, aus der *assemblée nationale* verwiesen; *le plus utile, le plus instruit, le plus opprimé serait le moins entendu*“¹⁵.

Nur mit großem Erstaunen wird man aus der Feder eines Adligen, der die Vorherrschaft der ersten Stände aufrecht erhalten will, derartige Zeilen lesen. Wie erklärt sich der große Widerspruch zwischen Denken und Handeln? Wie konnte d'Antraigues sich derart äußern, ohne auch nur daran zu denken, der Herrschaft über die „Unterdrückten“ zu ent-

14. Artikel 2 des Cahier, der Instruktionen für das Verhalten bei der Frage des Abstimmungsmodus enthält, ist Abschnitt IIIc Anm. 1 abgedruckt.

15. Vaschalde p. 13 ff.

sagen? Man kann diese Widersprüche in erster Linie nur mit dem Hinweis erklären, daß seine Denkschrift und die Ausführungen über die *droits des peuples* vor Ausbruch des Ständekampfes geschrieben sind. D'Antraigues erblickte die Voraussetzung für den Sieg seiner Ideen in dem festen Bündnis zwischen den ersten Ständen und dem dritten Stande. Er sah voraus, welche Gefahr ein Kampf der Stände untereinander heraufbeschwören würde. Zugleich muß man an seine Verbindung mit Rousseau erinnern. Wir werden an anderer Stelle auf seine Abhängigkeit von Rousseau zurückkommen; hier sei nur soviel gesagt, daß er theoretisch viel aus den Staatslehren des Genfer Philosophen entlehnt, auf die praktischen politischen Konsequenzen jedoch verzichtet hat.

Ein Versuch, das Staatsideal des Grafen d'Antraigues näher zu erläutern, wird unzweifelhaft die Forderung nach Freiheit an die erste Stelle zu setzen haben. Sie ist für ihn die Quelle für das Staatsethos und die staatliche Macht. Das Recht des Bürgers auf Freiheit liegt, abgesehen von seinem geschichtlichen Recht, in seinem Freiheitsdrang: *qu'il nous plait d'être libres*. Freilich weiß er: *la liberté est précieuse et douce, mais on ne la conserve que par des sacrifices et des vertus*. Sie läßt in jedem Bürger das Gefühl der Verbundenheit entstehen; unter der Herrschaft des Despotismus jedoch bricht der Egoismus hervor, der das Vaterland zerstört. Ohne Interesse für den Zustand des Landes und für das Schicksal des Volkes sucht im despotischen Staate jeder seinen eigenen Besitz zu mehren, denn es gibt für ihn keinen Wert, dem er freiwillig Opfer bringen könnte. Ein freier Bürger aber kennt keine Unterwerfung, es sei denn die vor Gott.

Diesen sittlichen Stolz will d'Antraigues für den Staat fruchtbar machen. Vom König verlangt er an mehreren Stellen seiner Denkschrift die Verknüpfung seiner Interessen mit denen der Nation. Der dritte Satz seines *Mémoire* lautet: „*Notre roi nous est enfin rendu, c'est en ce moment qu'il faut unir à jamais notre bonheur au sien et la liberté publique à sa puissance.*“ Vom Klerus und Adel fordert er eine jederzeitige Zurückstellung seiner eigenen Interessen gegenüber denen des Volkes. Er wünscht eine nationale Armee zur Sicherung Frankreichs, das von allen Seiten den Einfällen unruhiger, bewaffneter

Nachbarn ausgesetzt sei. Er weist den Vorwurf zurück, daß Frankreich an allen Kriegen in Europa beteiligt gewesen sei. Ein sich nur auf die Verteidigung beschränkendes Heer wird immer noch groß genug sein, um als Werkzeug eines Despoten im Innern der Nation großen Schaden anrichten zu können. Das Vaterland muß eine Armee von Bürgern, und nicht von Landstreichern haben. Sobald die Franzosen ein Vaterland haben, das ihnen ohne Freiheit fehlt, werden sie keinen Augenblick zögern, ihre Herde, Gesetze und Länder zu verteidigen. Die Truppen müssen das Bewußtsein haben, daß es ebenso schön ist, für das Vaterland zu sterben, wie es grausam und feige ist, das Vaterland zu ruinieren.

An der Spitze des Vaterlandes ein König, im Besitze einer starken Exekutive, dem die Generalstände, kraft geschichtlichen Rechtes die legitimen Vertreter der Nation, als Inhaber der Legislative gegenüberstehen. Weg mit der Theorie des Gottesgnadentums! Die königliche Macht beruht auf der Basis nationaler Dekrete. Die Gerichtsbarkeit liegt in den Händen unabhängiger Parlamente, deren legitime Grundlage in ihrem historischen Ursprung und in ihrer durch die geschichtliche Entwicklung notwendig gewordenen Sanktion durch die Generalstände besteht. Dieser nationalen Verfassung entspricht das dem König unterstellte Volksheer, das ein eigenes Interesse an der Verteidigung des Vaterlandes hat.

D'Antraigues selbst faßt seine Anschauung von seinem Idealstaat in folgende Sätze zusammen: „Ein Staat wird also frei sein, auch wenn er von einem König regiert wird, wenn die Nation zur Ausübung der legislativen Gewalt berufen ist, wenn der Herrscher, beauftragt, die *force publique* einzusetzen, sie nur nach außen gegen den Staatsfeind, im Innern nur, um die Gesetze zu stützen, verwenden kann. Wenn die gerichtlichen Körperschaften, geschützt durch die ganze Kraft der *force publique*, von der Nation selbst einen *pouvoir national* erhalten und einen Wechsel in der Verfassung nur dann zu fürchten haben, wenn die Nation ihn befohlen hat. Ein Staat wird frei sein, wenn bei dieser Verteilung der verschiedenen Gewalten die Nation die Macht, die Steuern zu beschließen und zu beseitigen, erhält und besonders, wenn sie diesen Zweig ihrer Gewalt nur als einen Zu-

behör des Pouvoir législatif betrachten wird. Aber diese Rechte werden noch nicht genügen, wenn sie sich nicht, falls es nötig sein sollte, selbst umbilden könnte, indem sie den Usurpationen der absoluten Macht die Kraft des Gesetzes entgegenstellt“.

Nach der Analyse der Denkschrift bleibt noch die Frage übrig, ob d'Antraigues Gedanken und Ideen geäußert hat, deren Verwirklichung aus dem politischen und wirtschaftlichen Chaos des ancien régime den modernen, konstitutionellen, bürgerlichen Staat hätte schaffen können. Diese Frage ist zu verneinen. Keine Stelle in der Denkschrift vermag die Behauptung zu rechtfertigen, daß er an eine organische Weiterbildung des wiederhergestellten Ständetums in Richtung auf eine Volksvertretung des modernen Staates gedacht hat. Noch sehr viel stärker spricht gegen die Verwirklichung seiner Forderungen sein völliges Versagen dem Problem der Feudalität gegenüber. In den wenigen Sätzen über die feudale Frage, tritt er ein für die Beibehaltung der Feudal-lasten¹⁶. Bis zuletzt hat er von seinen feudalen Vorrechten ausgiebigsten Gebrauch gemacht. Sein Privileg für Jagd und Fischfang hat er mit äußerster Strenge ausgenutzt¹⁷. Die Hunde seiner Vasallen ließ er vom 1. Mai bis 1. August anketten zum Schutze vor einer Gefährdung seiner Ernte und seines Wildbestandes¹⁸. Als schädliche Folge des Feudalsystems hat er den Erbadel, vor allem den Hofadel angesehen; zu weiterer Kritik glaubte er sich nicht berechtigt. Eine Adelsreform, die nur noch einen Adel kraft Verdienst gelten lassen würde, hat er nicht erstrebt, obwohl das doch die Folgerung aus seiner Verdammung des Erbadels hätte sein müssen. Ohne Zweifel hat d'Antraigues in seinem Kampfe gegen den Absolutismus auch sein eigenes Machtinteresse im Auge gehabt. Deshalb der Kampf für Wiederherstellung der alten Verfassung! Wenn „das eigentliche Gebrechen des ancien régime darin lag, daß keiner der sozialen Faktoren die Stellung im Staate einnahm, die seiner Kraft und seinen Leistungen zukam¹⁹“, so ist deutlich, daß auf dem von d'Antraigues vorgeschlagenen Wege das vorrevolutionäre Frankreich von diesem Kardinalübel nicht befreit werden konnte.

16. *Mém.* p. 85.

17. *Vaschalde* p. 38.

18. *Carré*, p. 105.

19. *Struck: Hist. Viertelj. Schr.* VIII, 418.

II. Teil.

D'Antraigues' Stellung in der Ideenbewegung seiner Zeit.

Das von d'Antraigues entwickelte Programm enthält keineswegs Originalgedanken eines schöpferischen Staatstheoretikers. Im Gegenteil, es ist deutlich zu erkennen, daß d'Antraigues eigentlich in allen Punkten von größeren Vorgängern abhängig ist. Seine Schrift weist im Grunde keinen einzigen Gedanken auf, der wirklich etwas Neues darstellt; sie ist vielmehr eine eigenartige Mischung aus den Staatslehren der Aufklärungszeit und aus den Ergebnissen der Geschichtsschreibung und seiner eigenen historischen Forschung. Sein Werk gibt in ausführlichster Weise über die Gewährsmänner und die von ihm benutzten Quellen Auskunft. Es finden sich vielfach Anklänge an die Literatur seiner und der früheren Zeit, die zum Teil die Annahme einer direkten Abhängigkeit rechtfertigen, zum Teil wahrscheinlich machen¹. Zahlreiche Auszüge aus den Werken Boulainvilliers' und Mablys legen die Vermutung nahe, daß er sich bei Abfassung der Denkschrift mehr auf Darstellungen als auf die Quellen selbst gestützt hat. In seinen theoretischen Abhandlungen steht er zum großen Teile auf dem Boden der Lehre vom Staatsvertrag und von der Gewaltenteilung. Und auch bei Begründung seiner Forderung nach Wiederherstellung der ständisch-beschränkten Monarchie ist er, wie wir sehen werden, viel abhängiger als seine Quellenangaben vermuten lassen.

a) Einflüsse Rousseaus auf die politischen Ansichten des Grafen d'Antraigues.

Das Mémoire des Grafen d'Antraigues gehört zu den Werken der vorrevolutionären Zeit, in denen sich zum ersten Male eine

1. Lemarié p. 148.

weitgreifende Aufnahme Rousseauscher Theorien nachweisen läßt¹. Ein Einfluß Rousseaus auf ihn ist nicht überraschend. Dürfen wir doch daran erinnern, daß er Rousseau aufrichtige Freundschaft und bewundernde Verehrung entgegenbrachte, und daß er sich mit Stolz als seinen letzten Schüler bekannt hat². Er hat sich mit aller Deutlichkeit in dem avertissement seines second mémoire darüber ausgesprochen, als man ihn auf seine Übereinstimmung mit Rousseau aufmerksam machte. „Ohne Zweifel kann ich hoffen, daß die Ideen dieses großen Mannes die meinen geworden sind. C'est à les saisir que j'ai dû appliquer toutes les facultés de mon âme; et si réunir dans le même coeur et pour le même objet, la plus parfaite estime, le plus grand respect, une amitié que la mort seul pourra éteindre, des souvenirs cruels et chers qui font de sa mémoire le tourment et le charme de ma vie, se réunir tous ces sentiments est une preuve que je suis séduit par ses principes, sans doute, j'ai été coupable et je ne cesserai jamais l'être.“ Aber die tiefgründigen Gedanken dieses unsterblichen Mannes sollen die Menschen aller Jahrhunderte erleuchten, sie können sie weder irre leiten noch verführen³. Nach dem Tode Rousseaus sagte er in einem Nachruf: „Ich habe Dich in Deinen letzten Tagen gesehen, und diese Erinnerung ist für mich die Quelle einer stolzen Freude“⁴. Daß er später in seinem hartnäckigen Kampf gegen die Revolution den „contrat social“ als den Roman eines schönen Genies bezeichnete, ändert nichts an seiner wohl für das ganze Leben bezeugten Verehrung „dieses unsterblichen Menschen“⁵, sie liefert nur einen weiteren Beitrag zu dem widerspruchsvollen Wesen seines Charakters.

Freilich ist er bei der Verwertung Rousseauscher Ideen vorsichtig zu Werke gegangen, und die dreimalige namentliche Er-

1. Eppensteiner p. 41 Anm.

2. Rousseau hat d'Antraigues ein Manuskript überlassen, in dem er seine Gedanken über das föderalistische Prinzip niedergelegt hat. D'Antraigues hat es allerdings nie veröffentlicht. Quelle est la situation de l'assemblée nationale? p. 59.

3. Sec. Mém. Avertissement XVII f.

4. Carré p. 221.

5. Baldensperger II. p. 34.

wählung Montesquieus' in seiner Denkschrift über die Generalstände deutet darauf hin, daß ihm auch der Verfasser des *esprit des lois* eine wertvolle Stütze zum Aufbau seines politischen Systems gewesen ist. Der Eindruck wird noch verstärkt, wenn in dem *Mémoire* außerdem die Bemühungen verschiedener Forscher, auf den Trümmern der alten Einrichtungen die Rechte der Nation zu begründen, als vorbildlich hingestellt werden im Gegensatz zu den Bestrebungen anderer, die die Rechte des Volkes auf unabänderliche Grundlagen stellten, indem sie sie auf die natürlichen Rechte jeder menschlichen Gemeinschaft gründeten⁶. Eine ähnliche Auffassung zeigt d'Antraigues an einer anderen Stelle, an der er Gedankengut Rousseaus verwendet, jedoch nur, um die Auswirkungen der langen Despotie Ludwigs XIV. und XV. auf die Stimmung der Menschen zu zeigen. Er selbst lehnt es an dieser Stelle ab, dieselben Konsequenzen zu ziehen wie dieser „*écrivain célèbre*“; er weist dessen Behauptung zurück, daß die Leidenschaften der Menschen, die zum allgemeinen Unglück Gemeinschaften bildeten, den Verlust der ewigen Freiheit verschuldet hätten⁷.

Andererseits kann eine weitgehende Übereinstimmung mit Rousseau, namentlich in der theoretischen Abhandlung über die Entstehung der Gesellschaft, der Gesetze und des Staates nicht bestritten werden. Auch in einigen praktischen politischen Forderungen erkennen wir Einflüsse Rousseaus.

In folgenden Punkten läßt sich die Abhängigkeit d'Antraigues von Rousseau nachweisen: In der Lehre vom Staatsvertrag, von der *volonté générale* und der Volkssouveränität, der Trennung der ausübenden Gewalt von der gesetzgebenden Gewalt und der Ab-

6. *Mém.* p. 16. Andere, ohne ihre nützlichen Untersuchungen zu entwürden, haben ihr Augenmerk auf Fragen von größerer Bedeutung (*objets plus élevés*) gerichtet, sie haben die Rechte der Nation auf unveränderlichen Grundlagen einzurichten versucht, indem sie sie auf die natürlichen Rechte jeder menschlichen Gemeinschaft gründeten.

7. *Mém.* p. 217. „Wenn man die Geschichte Ludwigs XIV. und XV. liest, wenn man von „dem frechen Stolz des einen und von dem beständigen Mißtrauen des andern erfährt, soll man dann staunen, daß sich ein berühmter Schriftsteller gefunden hat, der geglaubt hat, daß es die Leidenschaften der Menschen waren, die zum allgemeinen Unglück Gemeinschaften bildeten?“.

hängigkeit der Obrigkeit, der die ausübende Gewalt vom Volke anvertraut ist, von der *volonté générale*⁸. Er geht ebenso wie Rousseau von dem Grundsatz aus: Der Mensch ist frei geboren; das ewige Wesen, das ihn schuf, erniedrigte nicht selbst sein Werk dadurch, daß es zugleich dem Menschen die Verpflichtung auferlegte, sich einem anderen Menschen unterzuordnen. Vielmehr sollte das freie und glückliche Geschöpf, fern von den Ketten der Gesellschaft, umgeben von einsamen und wilden Landstrichen sich seine ganze Unabhängigkeit erhalten, und nur sich selbst gehorchen; es sollte seine Augen zur letzten Ruhe schließen auf dem Boden, der ihn seit der Geburt getragen hat, ohne sie jemals durch Beachtung eines Herren entweiht zu haben. Die Menschen jedoch, denen die Gesellschaft eine angenehmere Form menschlichen Daseins zu sein schien, mußten ihre Unabhängigkeit *sans limite* opfern; sie erhielten dafür eine wohl schwerer zu bewahrende, aber ebenso geheiligte Freiheit. Der Mensch trat unter den Zwang des Gesetzes, das allerdings auch die einzige Schranke seiner individuellen Freiheit war⁹. Das Band, das die große Zahl einzelner Menschen zu einem *corps collectif* macht, ist ihr Wille¹⁰. Wie der Gemeinwille eine Nation schuf, so kann er auch *par la même volonté publique* den Staat wieder auflösen. Im Wesen des Gesellschaftsvertrages liegt jedoch der Wunsch der einzelnen Individuen begründet, die Erhaltung ihres Eigentums gewährleistet zu sehen. Freilich wird auch das Recht auf Eigentum, das heiligste aller Rechte, nur mit einem Opfer erkaufte: Der Schutz des Eigentums erfordert die Unterhaltung einer *force publique destinée à la protéger*¹¹. Daraus ergibt sich aber auch die Notwendigkeit der Steuer. Die Forderung, die eine Einzelperson eines Teiles ihres Eigentums beraubt, zum Zwecke der Bildung des *trésor national* ist *une loi générale*. Die Höhe und Ausschreibung der Steuer steht somit nur der Nation selbst zu, die in der Steuerbewilligung oder — Verweigerung lediglich einen Zweig der legislativen Gewalt zu erkennen hat¹².

8. Eppensteiner p. 41; 54. *Mém.* p. 8 p. 21. 28 f.

9. *Mém.* p. 8.

10. *Mém.* p. 21.

11. *Mém.* p. 32.

12. p. 33.

Wenn aber die Einrichtung der Gesetze eine Folge des durch den *voeu général* beschlossenen Gesellschaftsvertrages ist, dann kann andererseits nur die *volonté publique* den Anspruch erheben auf die Ausübung der Legislative. Die Heiligkeit der Gesetze resultiert daraus, daß sie zum Nutzen der Gesamtheit und zum Wohle aller da sind¹³. Bei der Stellungnahme zu der Frage, wie der *voeu général* wirksam werden kann, offenbart sich vor allem ein Gedanke als Auswirkung Rousseauscher Doktrin, der im politischen Verhalten d'Antraigues' eine große Rolle gespielt hat: der Gedanke, daß die Vertreter der Nation „nur ausführende Organe ihrer Auftraggeber sind“. „Es ist ein wirkliches Unglück, daß die Bürger infolge der Größe des Reiches gezwungen sind, einem anderen die Fürsorge der eigenen wertvollsten Interessen anzuvertrauen¹⁴“. Aber dieser Nachteil eines großen Reiches hat nicht verhindern können, daß die Nation selbst die *maîtresse de tous ces pouvoirs* geblieben ist. Ihren Willen verkündet sie in den Versammlungen, in die sie ihre Vertreter schickt¹⁵, durch die imperativen Mandate. Die Anwendung dieses Grundsatzes forderte er so energisch und bestimmt, daß Mounier den durchaus berechtigten Einwand machte, es wäre dann doch viel einfacher wenn man nur die *cahiers* schickte. Man könnte dann auf die Entsendung von Deputierten verzichten¹⁶.

Man könnte nun freilich einwenden, daß d'Antraigues zwar die Notwendigkeit einer Vertretung der Nation durch Abgeordnete bedauert und die Rechte der Nation durch die imperativen Mandate zu schützen sucht, daß er aber doch durch die Zulassung von Abgeordneten als Vertretern der Nation scharf von Rousseau abrückt. Rousseau bezeichnet ja im 15. Kapitel des dritten Buches des „*Contrat social*“ die Vertretung als „den Ausfluß jener unbilligen und sinnlosen Regierungsform der Feudalzeit, in der die menschliche Gattung herabgewürdigt und der Name Mensch geschändet wird“. Zweifellos besteht hier bei d'Antraigues ein scharfer Gegensatz zum *Contrat social*, der eine Vertretbarkeit des Volkes nur für die vollziehende Gewalt, nicht

13. p. 25.

14. *Mém.* p. 18.

15. *Mém.* p. 20.

16. Sagnac: *Revue d'histoire moderne et contemporaine* Bd. 8. p. 330.

für die gesetzgebende Gewalt anerkennt. Aber es besteht für seine Lehre von den imperativen Mandaten, die er, wie erwähnt, auch mit Mably gemeinsam hat, der Einfluß einer andern Schrift Rousseau. In dem Vorwort seines *second mémoire* hebt er hervor, daß Rousseau in seiner Schrift: „*Considérations sur le gouvernement de Pologne*“ die Notwendigkeit dargelegt habe, den Abgeordneten der *diétines*, „die in Polen beinahe das sind, was in Frankreich unsere *bailliages* sind“, streng umrissene Instruktionen zu geben¹⁷. 1793 beruft d’Antraigues sich in dieser Frage gleichfalls auf Rousseau, als er die *assemblée nationale* kritisiert und ihr vorwirft, sie habe immer von der absoluten Macht des Volkes gesprochen, als ob Frankreich eine reine Demokratie gewesen wäre¹⁸. In Wirklichkeit sei eine Nation, sobald sie durch Vertreter handelt, nicht mehr souverän, noch kann sie behaupten, es zu sein. Das Attribut Souveränität paßt nur für kleine Nationen, die alle Machthandlungen selbst ausführen, also für reine Demokratien, die nach J. J. Rousseau die schlechtesten aller Staatsformen sind¹⁹. Mit Rousseau stimmt er weiterhin in der Ablehnung des Gottesgnadentums, in der Zurückführung der königlichen Gewalt auf den Willen der Nation und in der Forderung der Abhängigkeit jener Gewalt von nationalen Dekreten überein. Was er über die Entartung der Exekutive durch die Minister sagt, erinnert an Rousseaus Ausführungen über die Entartung der Exekutive durch die höfischen Ränkeschmiede²⁰.

Sein Bestreben, der Nation selbst ihr Schicksal in die Hand zu legen, ließ ihn auch, wie an früherer Stelle bemerkt ist, seine Dikta über den dritten Stand schreiben; anders kann man jene Sympathiebeweise schwerlich erklären. Er fühlte wohl, daß man nicht dauernd das Wort von der Volkssouveränität im Munde führen und zugleich dem größten Teil der Nation nur einen sehr bedingten Einfluß auf die Geschicke des Staates einräumen konnte. So konnte er vom dritten Stand, dessen unwandelbares Recht

17. Sec. Mém. XX.

18. Daß er vor der Revolution selbst von der absoluten Macht des Volkes gesprochen hat, sei nebenbei bemerkt.

19. Lettre à MM. commissaires p. 7 Anm. cf. Rousseau *Contrat social*, III. Buch, 4. Kap.

20. *Contrat social*, III. Buch, 6. Kap.

das der großen über die kleine Zahl sei, sagen, in ihm ruhe in Wirklichkeit die ganze Macht²¹. Allerdings ist er über die rein theoretische Verwendung dieses Gedankens nicht hinausgekommen; in der praktischen Anwendung hat er völlig versagt²².

Sein großer Gegensatz zu Rousseau besteht vor allem in der Verteidigung der intermediären Gewalten, die er mit Montesquieu gemeinsam hat.

b) D'Antraigues und Montesquieu.

Eine Untersuchung der Einwirkungen Montesquieus auf die von d'Antraigues in seiner Denkschrift geäußerten Gedanken führt zu einem ähnlichen Resultat wie der Vergleich zwischen d'Antraigues und Rousseau. D'Antraigues übernahm zwecks tendenziöser Verwertung einzelne Ideen Montesquieus, für deren Verbreitung die Epoche vor der französischen Revolution so außerordentlich günstig war. Kritisch und selbständig denkend traf er eine sorgfältige Auswahl fremden Gedankengutes für eine politische Kampfschrift gegen den um seine Existenz verzweifelt ringenden Absolutismus. Montesquieu hat man jüngst für einen Schriftsteller erklärt, der in erster Linie politisch wirken wollte und alle Register der Propaganda zog für die Verwirklichung „seines Ideals, der altfranzösischen Monarchie, wie sie sich auf dem Feudalismus aufgebaut hat“. Eine solche Ansicht muß notwendigerweise d'Antraigues und Montesquieu zu Anhängern einer politischen Richtung machen. Aber es erhebt sich doch die Frage, ob und wie weit d'Antraigues Montesquieu als einen eigenen Parteigänger erkannt hat. War Montesquieu für d'Antraigues der große Staatstheoretiker oder der Vorkämpfer für die ständische Freiheit? Eine Antwort läßt sich nur mit Vorbehalt geben; wir haben jedenfalls kaum ein Recht zu sagen, daß er in erster Linie wohl an den

21. Mém. p. 93.

22. Struck p. 17.

1. Morf. Arch. f. d. Studium der neueren Sprachen Bd. 113 p. 391. Dieser Ansicht hat sich F. Meinecke angeschlossen. H. Z. Bd. 145 Heft 1 p. 55. Neuerdings auch in dem Werke von W. Struck über Montesquieu. (Heft 2 der von Otto Becker herausgegebenen Forschungen zur Geschichte des ancien régime und der großen Revolution Berlin Ebering 1933) cf. p. 20, 116 f. 118, 120, 127.

Staatstheoretiker Montesquieu dachte, als er ihn den „illustre Montesquieu“ nannte². Er führt ihn in seiner Denkschrift an drei Stellen an. Zweimal ziemlich kurz aufeinander bei seiner Darlegung der geschichtlichen Entwicklung der Rechtsprechung. Er fügt dort zwei Zitate Montesquieus ein, die über den esprit des loix saliques et ripuaires und über die unter der Regierung des dritten Herrscherhauses gültigen Gesetze sprechen³. Das dritte Mal führt er Montesquieu am Schlusse seines Mémoire an⁴, weil er in ihm auch einen Verfechter der Freiheitsidee sieht. Er fordert die Pressefreiheit und gibt in diesem Zusammenhang ein Zitat aus dem 6. Buche des Geistes der Gesetze wieder, in dem sich Montesquieu über die Zensur der Dezemvirn im alten Rom äußert: „Aber Leute, welche die Freiheit zerstören wollten, fürchteten sich vor Schriften, die den Geist der Freiheit wieder erwecken sollten“⁵. Die Tatsache, daß d’Antraigues Montesquieu nur dreimal namentlich erwähnt, berechtigt aber keineswegs zu der Schlußfolgerung, daß sich seine geistige Abhängigkeit in diesen wenigen Sätzen erschöpfte. Im Gegenteil, gerade dort, wo er über allgemeine staatstheoretische Probleme handelt, nennt er meist die Quelle nicht, auch wenn seine Abhängigkeit ganz deutlich ist.

Es kann keine Frage sein, daß d’Antraigues bei seinen Ausführungen über die Gewaltenteilung von Montesquieu beeinflusst ist, obwohl er sich nicht auf ihn beruft, und obwohl er auch die königliche Gewalt im Gegensatz zu Montesquieu auf die Volkssouveränität zurückführt und in diesem Punkte Rousseau nähersteht⁶. Die Übereinstimmung mit Montesquieu besteht aber vor allem in der Verteidigung der intermediären Gewalten. Beide erheben die Forderung, daß die alten Einrichtungen der Monarchie, „die aristokratischen Zwischengewalten als Bollwerke der Freiheit gegenüber dem modernen Absolutismus“ bestehen

2. Mém. 57. 77.

3. Montesquieu, XXVIII, 1 u. 19.

4. Mém. p. 269.

5. Montesquieu, VI, 15.

6. Mém. p. 47 und contrat social Buch III Kap. 1 u. 6.

bleiben⁷. So fordert Montesquieu eine „sichere Bürgschaft für die Bewahrung der Gesetze. Diese Bürgschaft kann nur in den Staatskörperschaften liegen, welche die Gesetze verkünden, wenn sie gegeben sind, und sie in Erinnerung bringen, wenn sie vergessen sind⁸“. D'Antraigues bezeichnet eine Entschließung des Parlamentes von Toulouse (13. Mai 1788), die den Gesetzen unbedingten Schutz versprach, als einen Beweis der Treue und Entschlossenheit. Daraus erklärt sich auch, daß d'Antraigues und Montesquieu über das Verhältnis des Königs zur richterlichen Gewalt ein gleiches Urteil abgeben⁹. D'Antraigues schreibt: „Ein König kann in keinem Falle die richterliche Gewalt ausüben; der Grund dafür ist offenbar. Er kann sich nicht über die der Diskussion unterworfenen Probleme unterrichten, denn — und das ist bezeichnend für d'Antraigues, — er ist ein von Sklaven umgebener Mensch und seine Entscheidungen, beeinflußt durch die Minister und Höflinge, würden unaufhörlich die Rechtsprechung irreleiten¹⁰“. Montesquieu vertritt dieselbe Ansicht, benutzt aber nicht das gleiche Argument: „In den Monarchien kann der Fürst nicht selbst Recht sprechen. Die Verfassung würde dadurch zerstört, die abhängigen Mittelgewalten vernichtet werden; man würde alle Rechtsförmlichkeiten aufhören sehen. Fällt der Fürst selbst das Urteil, so wäre er zugleich Richter und Kläger^{10a}“.

Zweifelhaft ist es, ob d'Antraigues von Montesquieu abhängig ist in seinen Ausführungen über die Käuflichkeit der Ämter. Grundsätzlich hegt er Zweifel an der Zweckmäßigkeit

7. Meinecke a. a. O. p. 55, vergl. auch Struck: p. 49, 51, 108`117. Struck (p. 180) meint, daß man bei Montesquieu von der Forderung, die Gewalten zu trennen, nicht sprechen kann. Er verweist dabei auf den von Montesquieu selbst gebrauchten Ausdruck (distribution) und hält es für sicher, daß Montesquieu eine Verteilung gewollt habe, „nach der König, Adel und Volk mehrfach Anteil an der einen und anderen Gewalt haben“. Das hat d'Antraigues abgelehnt. Dem König kam nur die Exekutive, den Generalständen als Vertretung der Nation nur die Legislative zu. Daneben sollte eine von beiden unabhängige richterliche Gewalt bestehen. (vergl. p. 31 f. 82. 86 dieser Arbeit).

8. Montesquieu II, 4.

9. Mém. p. 30.

10. Montesquieu VI, 5.

dieser Einrichtung; er will sie jedoch für das vorrevolutionäre Frankreich bestehen lassen. Seine erläuternden Bemerkungen dazu sind wieder höchst charakteristisch: „Niemals kann die Käuflichkeit uns so viel Übel verursachen, wie eine durch die Minister geleitete Wahl der Magistrate¹¹“. Montesquieu macht an der betreffenden Stelle einen Unterschied zwischen Despotie und Monarchie und gestattet die Käuflichkeit nur für die Monarchie: „In despotischen Staaten dürfen die Ämter nicht für Geld zu kaufen sein, da die Untertanen sich vom Fürsten in diesem Augenblick anstellen und im nächsten wieder absetzen lassen müssen¹²“. Da d’Antraigues seinen Kampf gegen den despotisme ministériel führte, so ist sein Eintreten für die Käuflichkeit der Ämter so selbstverständlich, daß sie auch ohne Abhängigkeit von Montesquieu erklärlich ist.

Deutlich ist aber die Übereinstimmung in der Frage der Armee: beide Männer fordern das nationale Volksheer. Montesquieu spricht zunächst von einer möglichen Unterdrückung der Nation durch den Inhaber der Exekutive. Weil dieser Fall eintreten kann, muß die Armee als Vollzugsorgan der Exekutive „von eben dem Geiste wie das Volk beseelt sein¹³“. Auch d’Antraigues fürchtet eine mögliche Bedrohung der Freiheit durch die Truppen. Deshalb muß eine Armee von Bürgern geschaffen werden, die nicht für irgendein beliebiges Ziel in den Kampf zieht, sondern zur Verteidigung für das Vaterland¹⁴.

Dagegen steht d’Antraigues in scharfem Gegensatz zu Montesquieu, in seiner Auffassung des Verhältnisses der Exekutive zur Legislative. Hier hat d’Antraigues seine Ausführungen in Anlehnung an die Lehren von Rousseau gemacht. Im Gegensatz zu Montesquieu, der in der Monarchie den Fürsten zur Quelle aller Staats- und bürgerlichen Gewalt macht¹⁵, stellt d’Antraigues die Macht der Nation über die des Königs. Infolgedessen

11. Mém. p. 201.

12. Montesquieu V, 19. Daß Montesquieu die Käuflichkeit der Ämter in der Monarchie aus wesentlich anderen Gründen gestatten will als d’Antraigues, zeigt Struck p. 52. 82.

13. Montesquieu XI, 6. Struck p. 181.

14. Mém. p. 255.

15. Montesquieu II, 4.

sind die Ansichten über die Wechselwirkung zwischen Exekutive und Legislative bei beiden Männern grundverschieden. Montesquieu erkennt der gesetzgebenden Körperschaft auch nicht annähernd eine so überragende Stellung zu wie d'Antraigues. Denn die vollziehende Gewalt, die d'Antraigues dem König überläßt soll bei ihm überhaupt keinen Anteil an der Legislative haben; sie ist von ihr „sans partage“ zu trennen. Die Exekutive hat lediglich die Aufgabe, die Beschlüsse der Legislative schnell und wirksam auszuführen. Montesquieu dagegen gibt der Exekutive entscheidenden Anteil an der Legislative: „Hat die vollziehende Gewalt nicht das Recht, den Unternehmungen des gesetzgebenden Körpers Einhalt zu tun, so wird dieser despotisch werden; denn da er sich alle Macht, die er nur zu ersinnen vermag, beilegen kann, so wird er alle andern Gewalten vernichten¹⁶“. Dieser Satz bedeutet nichts anderes, als daß Montesquieu der Exekutive d. h. dem Monarchen das Vetorecht und sogar Approbation für die Steuergesetze bewilligen will.

Dazu kommen andere deutliche Abweichungen von Montesquieu. Wir haben schon wiederholt gesehen, wie energisch d'Antraigues in Übereinstimmung mit Rousseau und Mably die Einrichtung der imperativen Mandate verteidigt¹⁷. Überhaupt sieht er einen schweren Nachteil darin, daß in großen Nationen der einzelne Bürger sein Schicksal einem Vertreter anvertrauen muß. Montesquieu denkt darüber ganz anders. Er leugnet nämlich bei seinen Ausführungen über die englische Verfassung diesen Nachteil, „denn das Volk eignet sich durchaus nicht dazu, Staatsangelegenheiten zu erörtern¹⁸“. Außerdem ist seine Stellung zu den mandats impératifs eine andere: „Es ist nicht nötig, daß die Repräsentanten, die von denen, welche sie gewählt haben, mit einer allgemeinen Instruktion versehen sind, bei jeder einzelnen Angelegenheit eine besondere erhalten, wie es bei den Reichstagen in Deutschland üblich ist¹⁹“. D'Antrai-

16. Montesquieu XI, 6. vergl. auch Struck p. 167. Dort zeigt er, daß Montesquieus Meinung über das Verhältnis von Exekutive und Legislative nicht eindeutig ist.

17. Mém. p. 20.

18. Montesquieu XI, 6.

19. ebenda. Struck p. 163.

gues dagegen betont, daß die Abgeordneten in keiner Weise von ihren Instruktionen abweichen dürfen und nötigenfalls in ihren Wählerkreisen um neue Anweisungen nachsuchen müssen.

Sehr fraglich ist auch, ob d'Antraigues in seiner Anschauung über den Erbadel von Montesquieu beeinflußt ist. Wir erinnern daran, daß er den Erbadel als furchtbarste Geißel bezeichnet hatte, mit der der Himmel ein freies Volk züchtigen konnte. Auffällig ist nun allerdings, daß wir bei Montesquieu lesen: „Die äußerste Verderbnis findet statt, wenn der Adel erblich wird²⁰“. Montesquieu macht diese Feststellung in einem Kapitel mit der Überschrift: „Von der Ausartung des Prinzips in der Aristokratie“. In einem anderen Kapitel dagegen, in dem von den Gesetzen in der Monarchie die Rede ist, fordert er, daß die Gesetze den Adel erblich machen, „nicht damit der Adel als Grenzscheide zwischen der Gewalt des Fürsten und der Schwäche des Volkes steht, sondern um als Band zwischen beiden zu dienen“²¹. Es ist sehr wahrscheinlich, daß d'Antraigues die letzte Forderung in gleicher Weise wie Helvetius kommentiert hätte: „Als das Band, vermittels dessen der Monarch das Volk in Ketten legt“. Vor allem unterscheidet sich d'Antraigues' Auffassung vom Adel ganz deutlich von der Montesquieus. Es mag wohl sein, daß er die Feststellung Montesquieus über den Erbadel im Interesse seiner politischen Tendenz übernommen hat, ohne daran zu denken, daß Montesquieu den erblichen Adel als „äußerste Verderbnis“ für die Aristokratie bezeichnet. Aber so genau nahm d'Antraigues das Studium seiner Quellen eben nicht. So leistet er sich z. B. auch eine ungewollte Polemik gegen Montesquieu, als er sich gegen den Ehrbegriff des Adels wendet wie er bei Montesquieu „als ein Streben nach äußerlicher Anerkennung, der Wunsch, sich von der Umgebung abzuheben“²², zum Ausdruck kommt. „Die Ehre“, schreibt Montesquieu, „ist das Prinzip dieser Regierung (der Monarchie). Die Gesetze müssen danach durch sie bedingt sein. Sie müssen bemüht sein, den Adel aufrecht zu

20. Montesquieu VIII, 5.

21. ebd., V. 9.

22. Struck. p. 66; 77.

23. Montesquieu V, 9.

erhalten, von welchem die Ehre sozusagen Kind und Mutter ist²³“. Gerade gegen diesen Ehrbegriff hat sich d’Antraigues gewandt, weil er in dem von der Ehre geleiteten Adel den Verteidiger des Despotismus sah: „Die Ehre wird den Adel gegen sein Vaterland bewaffnen, um den Willen eines Despoten zu unterstützen²⁴“. Wir haben außerdem bei der Interpretation seines Wortes über den Erbadel darauf hingewiesen, daß er diesen Ausspruch in einem ganz andern Zusammenhang bringt. Montesquieu leitet seine Forderung staatstheoretisch ab, d’Antraigues macht diese Formulierung in seinem Überblick über die verfassungsgeschichtliche Entwicklung Frankreichs.

Sehr weitgehend entlehnt er von Montesquieu Tatsachen aus der Rechtsgeschichte. Die beiden oben erwähnten Zitate stammen aus dem 28. Buche des Geistes der Gesetze, in dem Montesquieu — wie überhaupt in den letzten Büchern seines Werkes — auf die germanisch-fränkische Geschichte zurückgeht, um den Zusammenhang der Vergangenheit mit den Zuständen im ancien régime zu beleuchten. Aber die Gesamtauffassung Montesquieus, namentlich über den Feudalstaat, lehnt er ab. Er macht den Franken den Vorwurf, den besiegten Galliern ihre Gesetze aufgezwungen zu haben. Diesem „großen Fehler fügten unsere Vorfahren einen zweiten hinzu“, als sie durch die Einführung der erblichen Lehen aus dem Feudalstaat die feudale Anarchie aufstehen ließen²⁵. Hier scheint er der Theorie des Abbé Dubos zu folgen, nach der Gallien erst im 9. und 10. Jahrhundert durch den Feudalismus ein erobertes Land wurde²⁶. D’Antraigues mußte natürlich die Entwicklung des Feudalstaates in einem ganz andern Lichte sehen, weil er von der Einrichtung der erblichen Lehen und des Erbadels die Unfreiheit Frankreichs und den beginnenden Despotismus datierte. Der Erbadel führte zur Verbindung des Herrschers mit dem Adel und zur Ausschaltung der

24. Pingaud p. 48. Daß Montesquieu selbst nicht immer dieselbe Vorstellung von seinem Begriff: Ehre gehabt hat, siehe Struck 67.

25. Mém. p. 60.

26. Hoelzle p. 108. Meinecke p. 60. Wie sehr d’Antraigues zu Montesquieu in dieser Beziehung in Opposition steht, zeigt Montesquieus Charakterisierung des Werkes von Dubos, das er eine Verschwörung gegen den Adel nennt. XXX, 10.

Nation von der Beratung der Staatsangelegenheiten. Die politische Entrechtung, die dann später, besonders nach 1614 auch auf den Adel ausgedehnt wurde, wollte er mit Hilfe der drei Stände im Staate beseitigen. Deshalb verurteilte er den absoluten Staat und berief sich energisch auf die März- und Maiversammlungen, in denen unter dem Vorsitz eines von der Nation gewählten Königs der *voeu général dicta la loi*²⁷.

c) D'Antraigues und Sieyès.

D'Antraigues und Sieyès sind trotz gemeinsamer Quellen und Schlagworte in ihren Grundanschauungen durch eine Kluft getrennt, wie sie tiefer nicht gedacht werden kann. Gemeinsam ist beiden die Feindschaft gegen den Despotismus und die Abhängigkeit von Rousseau und Montesquieu; aber die Anwendung der übernommenen Lehren ist völlig verschieden, so daß in allen anderen Punkten sich unüberbrückbare Gegensätze zeigen. Sieyès' radikale Zerstörung aller historischen Fundamente, „aller gotischen Sinnlosigkeiten“¹ steht einer fast ausschließlich historischen Betrachtung d'Antraigues' gegenüber. Dort wird die Rettung des Staates in einer völligen Umwälzung der sozialen Schichtung innerhalb der Nation gesehen und damit das Schwergewicht der politischen Macht nach einer ganz anderen Seite verschoben. Hier ein Rückschritt in die Vergangenheit. Besteht bei dem Vertreter des dritten Standes die Revolution in der Forderung nach einer gänzlichen Neuordnung der politischen Kräfte im Staate, so zeigt sich der Vertreter des Adels in seinem Wunsche nach Wiederherstellung der durch den Absolutismus zerstörten Verfassung als reaktionärer Revolutionär.

Die gegensätzliche Einstellung zur Politik drückt sich naturgemäß auch in den Einzelheiten ihrer Lehre aus. Am größten ist die gegenseitige Annäherung ihrer Ansichten in den Ausführungen über die Stellung des Königs. Trotz radikaler Forderungen gehen die Angriffe Sieyès' auf das Königtum nur so weit, als sie sich gegen den absolutistischen Staat richten. Die Monarchie bleibt auch für ihn ein integrierender Bestand-

27. *Mém.* p. 10.

1. Was ist der dritte Stand? p. 72.

teil der Verfassung. Freilich werden dem jeweiligen Träger der Krone fast nur „dekorative Äußerlichkeiten“ belassen². Auch d'Antraigues weiß der monarchischen Gewalt im Staate Grenzen zu setzen, aber im ganzen gesehen erkennt er dem König wesentlich mehr Einfluß zu. Dem widerspricht nicht, daß auch er dem König in seiner Denkschrift keinen Anteil an der Legislative zubilligen will. Über die Mitwirkung des Königs an der legislativen Gewalt schreibt er wörtlich: „Dieselben Motive, die von einem König die legislative Gewalt sans partage trennen, verlieren ihre ganze Kraft, wenn man sie für das Verhältnis des Königs zur Exekutive in Anwendung bringt“³. Ob er diese Formulierung bewußt den Ausführungen Lamoignons vom 19. 11. 1787 gegenüberstellen wollte, in denen dieser sich dahin äußerte, daß die legislative Gewalt in der Person des Souveräns sans dépendance et sans partage ruhe⁴, ist nicht sicher. Aber auffallend ist es, daß beide den Ausdruck sans partage verwenden.

Aber d'Antraigues geht doch insofern bedeutend über Sieyès hinaus, als er dem König die gesamte Exekutive in die Hände geben will. Außerdem ist für ihn die Berufung der Nationalvertretung ein Vorrecht des Königs, während sie sich bei Sieyès durch eine in der Verfassung festgesetzte Bestimmung ergänzt.

Da beide ihre Staatslehren auf ganz verschiedene Voraussetzungen gründen, so sind auch die Grundlagen ihrer Staatsgebilde ganz andere. Sieyès als Vertreter des Rationalismus kann bei seiner Anerkennung des Majoritätsprinzips nur den dritten Stand als Nation anerkennen, d. h. er will die ständische Gliederung des Staates überhaupt beseitigen. „Man wird sagen, der dritte Stand kann nicht allein die Generalstände bilden; umso besser, er wird eine Nationalversammlung bilden“⁵. Die beiden ersten Stände haben kein Recht, als Glieder der Volksvertretung zu fungieren. Sie sind, da sie nicht Beauftragte der gesamten Nation sind, selbst Nationen im Staate und haben genau so wenig Recht zur Einmischung in die Angelegenheiten

2. Otto Brandt: Sieyès p. 24.

3. Mém. p. 28.

4. Struck p. 79.

5. Was ist der dritte Stand? p. 107.

der wirklichen Nation, wie etwa die Engländer nicht das Recht haben, sich in französische Angelegenheiten einzumischen. Allerdings geht Sieyès bei der Beurteilung der Stände nicht schematisch vor, sondern er weiß einen Unterschied zu machen zwischen Adel und Geistlichkeit. Durch seine vollkommen richtige Unterscheidung zwischen Amt und Person kommt er zu dem Ergebnis, daß der Klerus einen Beruf darstellt, die Privilegien aber dem Amt anhaften. Er übersieht dabei nur, daß die Privilegien praktisch doch dem Inhaber des Amtes zukommen und läßt daher auch die Schärfe, die er gegen die Privilegien des Adels anwendet, bei Behandlung der Privilegien der Geistlichkeit vermissen. Das hindert ihn jedoch nicht zu betonen, daß alles, was nicht zum dritten Stand gehört, sich nicht als zur Nation gehörig betrachten darf.

Was Sieyès beseitigen will, ist für d'Antraigues gerade höchstes Ziel. Die in den früheren Jahrhunderten bestehende, durch die despotische Politik des Absolutismus gestürzte Macht der Stände soll ohne Rücksicht auf die Veränderung der sozialen Struktur in vollem Umfange wieder hergestellt werden. Die einzige Konzession, zu der er sich bereit erklärt, ist die Verdoppelung des dritten Standes. Seine für den dritten Stand schmeichelhaften Worte, mit denen er die vom Tiers für die Nation geleistete Arbeit im Vergleich zu der Tätigkeit der beiden andern Stände als ewige Günstlinge der Gesellschaft rückhaltlos anerkennt, hatten, wie wir schon sahen, einen sehr realen Hintergrund. Er wollte den dritten Stand als Bundesgenossen der Privilegierten im Kampfe gegen den Despotismus verwenden. So bleibt er bei der Verdoppelung des dritten Standes stehen und denkt gar nicht daran, die Beratung par tête zu befürworten. Er kommt daher auch zu einer anderen Vorstellung von der Volksvertretung und den ihr obliegenden Aufgaben. Während Sieyès so weit geht, den Generalständen das Recht, eine Verfassung zu geben, abzusprechen und diese Aufgabe erst einer zu bildenden Nationalversammlung zuweist, sieht der Vorkämpfer für das Ständetum die Hauptaufgabe der Generalstände als der berufenen Vertretung der Nation darin, daß sie die in der *ancienne constitution* ruhenden Rechte der Nation, den Ständen wiedergeben sollen. Daher erhalten auch die Volksvertreter

andere Funktionen. Im ständisch geliederten Staat sind sie Abgeordnete der Stände, infolgedessen ist ihre eigene Tätigkeit durch Aufträge ihrer Wähler begrenzt. Für Sieyès sind sie Vertreter der ganzen Nation.

Sieyès glaubt den historischen Beweis führen zu können, daß Frankreich nicht als eine wirkliche Monarchie existiert habe, sondern unter der Herrschaft einer Hofaristokratie gelebt habe; zur Erläuterung und Begründung dieser These weist er hin auf die Regierung Ludwigs XIV. und XV. Damit beweist er aber einen Mangel an historischem Sinn. Andererseits ist Sieyès wesentlich konsequenter als d'Antraigues, wenn er den allgemeinen Willen der Mehrheit der Nation gleichsetzt. Da d'Antraigues betonte, daß das staatliche Leben durch den *voeu général* bestimmt werden sollte, hätte auch er auf die zahlenmäßige Überlegenheit des dritten Standes stärker Rücksicht nehmen müssen, als er es in der Praxis tat.

Interessant ist, wie diese beiden Theoretiker in wesentlichen Zügen von Rousseau und Montesquieu abhängig sind, doch trotz dieser an sich gleichen Basis zu völlig anderen Ergebnissen kommen. Beide entnehmen von Rousseau die Lehre von der Volkssouveränität, die Anwendung aber läßt den Unterschied zwischen der ständisch und demokratisch aufgefaßten Volkssouveränität deutlich erkennen. Da Sieyès von der Gleichung: Nation gleich dritter Stand ausgeht, so muß er den dritten Stand für den alleinigen Inhaber der Souveränität erklären. Auch für d'Antraigues ist die Nation der Souverän, aber die in den Ständen vertretene Nation, so daß die souveräne Willensbildung im Staate den Ständen in ihrer Gesamtheit zukommt. Beide bejahen die Gewaltenteilung; aber Sieyès überläßt die Exekutive dem Souverän, d. h. der Nation, die handelnde Körperschaften bilden soll⁶, deren Organisation und Funktionen durch die Verfassung bestimmt werden. D'Antraigues aber überläßt sie aus Zweckmäßigkeitsgründen dem König, den er sich freilich abhängig denkt von dem *voeu général*. Gemeinsam ist beiden die praktische Undurchführbarkeit ihrer Programme. Beide sind weitgehend Utopisten. D'Antraigues besitzt trotz seines ge-

6. Sieyès: Was ist der dritte Stand? p. 92.

schichtlichen Interesses keinen Sinn für die organische Entwicklung einer Verfassung und kein Verständnis für die Wechselbeziehungen zwischen den außenpolitischen Aufgaben der großen Mächte und den Forderungen der inneren Staatskunst. Sieyès ist reiner Ideologe ohne die Fähigkeit, die in der Vergangenheit und Gegenwart wirkenden Kräfte historisch zu begreifen und mit den in die Zukunft weisenden Ideen zu verbinden.

d) *D'Antraigues und Vertreter des ständischen Liberalismus.*

Wie weit d'Antraigues bei der Fixierung seines politischen Programms von Vertretern des ständischen Liberalismus abhängig ist, läßt sich nur schwer feststellen. Die weitgehende Übereinstimmung d'Antraigues mit dieser Richtung braucht noch nicht die Stärke der Einwirkung zu beweisen. Zum Vergleich mögen im folgenden zwei charakteristische Vertreter des ständischen Liberalismus herangezogen werden: Fénélon und die *Soupirs de la France esclave*, deren Neudruck 100 Jahre nach ihrem Erscheinen, also im gleichen Jahre wie das *Mémoire* herauskam.

Analog zu d'Antraigues richtet sich auch Fénélons Hauptangriff gegen den Anspruch der absoluten Macht des Königs. Weniger als d'Antraigues macht er eine Unterscheidung zwischen dem Monarchen und seinen Ratgebern. Für ihn ist der Herrscher der Hauptverantwortliche für das Wohl seines Volkes. Er muß wissen, daß er nicht zur Verfolgung seines eigenen Vorteils als König eingesetzt ist, sondern daß er alle seine Begabungen, Fähigkeiten und Neigungen zum Wohle seines Volkes zu verwenden hat¹. Nur dann besitzt er absolute Macht, wenn er das Wohl seines Volkes im Auge hat, (*pour faire le bien*); seine Hände sind jedoch gebunden, sobald er sich von diesem Wege entfernt. Die Richtschnur, die dem König für sein Handeln gezogen ist, sind die Gesetze, die ihm das Volk als das kostbarste aller Güter anvertraut. Daher darf sich der König nicht über den Untertan erheben, es sei denn, daß er durch seine Macht dem Volke die Achtung vor dem Gesetz einflößen wollte. Scharf wird dem Ideal eines Herrschers der Despot gegenüber

1. Fénélon: *Télémaque* V, 76.

gestellt: „Er achtete die Menschen für nichts, da er meinte, sie seien nur zu seinen Diensten geschaffen, während er selbst anderer Natur sei als die, die den Menschen eigen sei. Er dachte nur daran, seine Leidenschaften zu befriedigen, die ungeheuren Schätze, die sein Vater mit Sorgfalt gesammelt hatte, zu vergeuden. Nicht die weisen alten Ratgeber, die das Vertrauen seines Vaters gehabt hatten, sondern junge Narren waren in seiner Umgebung, deren schmeichlerischen Ratschlägen er folgte“². Anders der Herrscher, der wirklich die Königswürde verdient! Er wird den Wünschen und Klagen seiner Untertanen Gehör schenken und keinem Menschen den Zutritt versagen; Aufgabe und Sinn des Königseins wird er nur darin sehen, seinen Untertanen, die er wie seine Kinder liebt, Wohlstand und Zufriedenheit zu bereiten.

Einen breiten Raum seiner Betrachtungen nimmt die Behandlung der Frage ein, ob ein friedliebender König einem eroberungsfreudigen vorzuziehen sei. Zweifellos glaubte auch Fénelon die gleiche Kritik an den Kriegen Ludwigs XIV. üben zu müssen, wie d’Antraigues, der den kriegesischen Geist Ludwigs XIV. für den Ruin Frankreichs verantwortlich macht. Ein König, der völlig dem Kriege zugewandt ist, will ihn immer zur Erweiterung der eigenen Herrschaft und zur Vergrößerung seines Ruhmes führen. Er wird sein Volk ruinieren. „Wozu dient es einem Volke, das selbst unter der Herrschaft eines Königs zu leiden hat, wenn eben dieser König andere Völker unterwirft?“ Niemals hat ein Volk einen Erobererkönig gehabt, ohne unter seinem Ehrgeiz leiden zu müssen. Ein Eroberer, geblendet durch seinen Ruhm, ruiniert sein Volk ebenso wie die von ihm besiegte Nation. Welchen Segen kann dagegen ein friedliebender König spenden? Wenn er wahrhaft fähig ist, in Friedenszeiten zu herrschen, besitzt er auch alle Eigenschaften und Fähigkeiten, im Kriegsfall sein Volk vor äußeren Feinden zu schützen. Durch eine gerechte, maßvolle, seinen Nachbarn gegenüber friedliche Politik, durch Treue zu seinen Bundesgenossen wird er sich den sichersten Schutz vor Angriffen eines kriegesischen Nachbarn schaffen, da alle Könige sich mit ihm

2. Fénelon: *Télémaque* II, 31.

zum gemeinsamen Kampfe gegen den Friedensstörer verbinden werden. Bedeutend fruchtbringender wirkt sich die Herrschaft eines friedlich gesinnten Königs im Innern des Landes selbst aus: er schafft den Hochmut ab und alle Pläne, die nur zur Begünstigung der Laster dienen. Er fördert die Betätigungen und Künste, die den wahrhaften Bedürfnissen des Lebens nützlich sind. Dann wird ein gesundes, kräftiges, mutiges Volk heranwachsen, das seine Freiheit, die es dem Fürsten verdankt, mit dem eigenen Leben zu schützen weiß. Gegen eine so einmütige und durch die Liebe zum König verbundene Nation wird ein erobersüchtiger Nachbar vergeblich ankämpfen. Sollte der König nicht fähig sein, den Befehl über die Armeen in einem solchen Verteidigungskriege zu führen, dann wird er ohne Bedenken den Befehl an fähige Männer abgeben können, ohne für seine Autorität fürchten zu müssen³.

Worin besteht die Autorität des Königs? In den Gesetzen und in der Liebe der Nation zum Herrscher. Glückliche darf sich das Volk nennen, das von einem weisen König regiert wird. Es ist reich und liebt den, dem es sein Glück verdankt. Die Könige, die nur an die Erweckung von Furcht denken, an die Unterdrückung der Untertanen, um sie demütig zu machen, sind die Geißeln der Menschheit. Sie sind gefürchtet, aber auch gehaßt und haben von ihren Untertanen letztlich mehr zu fürchten als die Untertanen von ihnen. Ohne seine eigene Autorität zu gefährden, muß sich der König mit einem Kreis tüchtiger und fähiger Ratgeber umgeben, denen man die Obhut des Staates in ihren einzelnen Teilen anvertrauen kann. So sehr sich der Monarch schützen muß vor Schmeichlern und eigensüchtigen Ratgebern, die nur in ihrem Interesse sprechen, so notwendig sind auch gute Ratgeber, deren Ausführungen und Kritik er sich nicht verschließen soll.

Wie kann ein König eine Revolution verhindern? Die Könige sind gewöhnlich mißtrauisch, da sie nur zu oft in ihrer Umgebung die Umtriebe verdorbener Menschen erleben müssen. Aber der Herrscher darf sich dadurch nicht verleiten lassen, den Ursprung von Unruhen im Lande an falscher Stelle zu suchen. Die Ur-

3. Fénelon: *Télémaque* V, 89.

sache von Revolutionen ist niemals das Brot, das man den Arbeiter, der es im Schweiße seines Angesichts erworben hat⁴, in Frieden essen läßt. Durch ein mit eigener Kraft erworbenes Eigentum wird die Begehrlichkeit des Volkes nicht angetrieben. Die Unruhe stiftenden Elemente in einer Nation sind vielmehr die Großen in ihrem Tatendrang und übermäßigen Ehrgeiz; durch rücksichtslose Strenge des Herrschers und durch sinnlosen Luxus am Hofe wird eine Kluft zwischen Volk und Monarch aufgerissen, die schließlich dazu führen kann, daß das Volk in seiner Verzweiflung unruhig wird und aufbegehrt. Durch diese Kluft verliert der Herrscher jegliche Fühlung mit dem Volke, er weiß nicht mehr, was vor sich geht, er kann also auch nicht rechtzeitig heraufziehenden Revolutionen vorbeugen. Er wird schließlich die Liebe und Anhänglichkeit des gesamten Volkes verlieren, die den Bestand der Krone sichern.

Besonders stark tritt bei Fénélon die Forderung nach Wiederherstellung der Stände hervor; sie kann als sein „wichtigster und bedeutendster Reformvorschlag“ angesehen werden⁵. Er will damit nicht nur in den Reichsständen der ständischen Bewegung zum Siege verhelfen, sondern sein stufenmäßiger Aufbau der ständischen Herrschaft: Diöze an-, Provinzial- und Reichsstände⁶ zeigt, daß in der gesamten Verwaltung Frankreichs das ständische Element die herrschende Rolle spielen soll. Für die Provinzen und Diözesen schien ihm diese Art der Verwaltung besonders geeignet zu sein. Denn durch einen Vergleich mit den Verhältnissen in andern Provinzen und denen in der Provinz Languedoc⁷, die sich einen erheblichen Teil ihrer Selbständigkeit bewahrt hatte, glaubte er den Vorteil der Selbstverwaltung vor allem bei der Eintreibung und Verteilung der Steuern erkennen zu können. Daß auch d’Antraigues auf die Provinzialstände großes Gewicht legt, offenbart sein schon geschilderter Kampf für die wirklich selbständigen Provinzialstände im Languedoc, deren Mitglieder seiner Ansicht nach nur commissaires du roi waren. Den Reichs-

4. Fénélon: *Télémaque* XIII 243.

5. Osterloh, p. 5.

6. ebenda p. 6.

7. ebenda, p. 6.

ständen kommt natürlich in erster Linie die Kontrolle über die Regierungsmaßnahmen des Königs zu. Ihre Mitregierung ist ein wirksames Mittel gegen die Entartung der königlichen Macht. Denn sie sind am Wohlstand und am Aufstieg des Landes interessiert und werden daher, wenn sie Anteil an der Regierung haben, zum Segen des Landes wirken⁸.

Das Staatsideal d'Antraigues läßt ohne weiteres Ähnlichkeit und Anklänge an Fénelon erkennen. Die Übereinstimmung in den Grundforderungen geht außerordentlich weit, wenn auch Verschiedenheiten in der theoretischen Anschauung nicht zu leugnen sind. Gemeinsam ist beiden der Kampf gegen die Eigenmächtigkeit der Träger der absolutistischen Gewalt, vor allem gegen die Ratgeber des Königs, die Betonung der notwendigen Verbundenheit zwischen Monarch und Volk, die Kritik an der persönlichen Lebensweise des Herrschers, die scharfe Verurteilung der Eroberungspolitik Ludwigs XIV., die Warnung, in der Innenpolitik den Bogen zu überspannen und schließlich besonders die Forderung nach Wiederherstellung der alten Ständeherrschaft⁹. Es ist allerdings schwierig, die Beziehungen zwischen d'Antraigues und Fénelon eindeutig zu klären, und das umso mehr, als beide ihr System auf andere Grundlagen gründen. Die Beispiele, die Fénelon in seinem Werke aus der Geschichte bringt, sind offensichtlich nur zur Verdeutlichung seiner theoretischen Ausführungen. Der Bau seines Systems ruht mehr auf den Lehren anderer Staatstheoretiker wie Grotius¹⁰ und wahrscheinlich auch Bodin¹¹; auch die antike¹² und englische¹³ Staatsphilosophie haben seine Staatstheorie merklich beeinflußt. Für d'Antraigues ist aber vor allem die Geschichte das Fundament seiner Theorie. Er behauptet, in ihr die Rechtfertigung für seine Forderungen zu finden. Ob d'Antraigues Fénelons Werke gekannt hat, läßt sich also durch die Lektüre der Denkschrift über die

8. ebenda p. 7.

9. Osterloh p. 5 ff.

10. ebd. p. 38.

11. ebd. p. 41.

12. ebd. p. 42 ff.

13. ebd. p. 37.

Generalstände nicht feststellen. Er beruft sich nicht auf ihn, obwohl er sonst die Quellenangaben nicht spart. Andererseits kann man unmöglich annehmen, daß er frühere Bewegungen der ständischen Opposition gegen den Despotismus und dazu noch einen so berühmten Schriftsteller nicht gekannt hat. Dagegen spricht seine geistige Regsamkeit, sein außerordentliches politisches und staatswissenschaftliches Interesse. Dagegen spricht vor allem, wie wir im folgenden nachweisen werden, daß d'Antraigues eine bedeutende Schrift der ständisch-liberalen Staatsauffassung: die *Soupirs de la France esclave* weitgehend benutzt hat, ohne sie zu zitieren.

Wie in der Denkschrift über die Generalstände, so spricht auch aus den *Soupirs* ein scharfer Oppositionsgeist gegen die Willkür des Absolutismus. Der Verfasser der *Soupirs* zeigt, wie sich der Despotismus auf alle Gebiete des staatlichen Lebens, auf Handel und Verkehr, auf das Leben jedes einzelnen Bürgers schädigend auswirkt. Man hat den Eindruck, daß er aus der Sorge für die Zukunft Frankreichs zur Feder gegriffen hat. Wenn er auch zur Rettung des Landes die Berufung der Generalstände fordert, um in Frankreich wieder eine Monarchie *temperée par l'aristocratie* einzuführen¹⁴, so scheint doch bei ihm das Machtinteresse des Ständetums nicht derart im Vordergrund zu stehen, wie bei d'Antraigues, für den das Defizit der Regierung der *Trésor* der Nation ist. Aber die Tendenz ist bei beiden die gleiche: die Quelle aller Übel ist die Despotie und die absolute und schrankenlose Willkürmacht, „die Ludwig XIV. ausgeübt hat und ausübt auf eine Art und Weise, die alle Länder, die Könige haben, erzittern läßt.“ Der König von Frankreich glaubt sich an kein Gesetz gebunden; er glaubt nur Gott Rechenschaft schuldig zu sein und ist überzeugt, daß er absoluter Herr über Leben, Freiheit, Personen, über Religion und Gewissen ist¹⁵.

Aus dieser Einstellung heraus ist auch der König der Urheber aller Plagen und Nöte, die das Land durchzumachen hat. Zu seinem eigenen Vorteil und Ruhm unterhält er im

14. *Soupirs* VII, 86.

15. ebd. III, 25.

Frieden eine Armee, wie sie die kriegerischsten Ahnen in den grausamsten Kriegen nicht unterhalten haben¹⁶. Wie soll sich ein Herrscher wie Ludwig XIV., der noch keinen Krieg im Interesse des Staates geführt hat, sich einst verantworten vor dem Throne Gottes für sein Waten durch ein Meer von Blut¹⁷? Die Eroberungen machen Frankreich zum Schrecken von ganz Europa. Niemals hat es wieder eine solche Zeit des Reichtums und des Glücks erlebt, wie nach den Friedensverträgen von 1648 und 1659; niemals ist aber auch das Elend und (die Sklaverei in Frankreich so groß gewesen wie in dieser Zeit¹⁸.

Die Armee ist nicht die einzige Stütze für den Despotismus. Er weiß, daß sich nur ein armes und gedemüthigtes Volk leicht beherrschen läßt¹⁹. Daher drückt er das Volk durch eine schwere Last von Steuern, die durch eine grausame Erhebung und vor allem durch die unsinnige Verwendung der Steuern um so mehr erbittert²⁰. Denn wozu wird das Geld verwandt? Um der größten Eigenliebe und dem höchsten Stolz zu dienen, der je bestanden hat. Man wird niemals erfahren, wieviel Summen der Bau des Schlosses von Versailles verschlungen hat. Sind die schon früher gebauten Schlösser zu klein, als daß sie zur Wohnstätte des Herrschers dienen könnten? Wieviel Geld wird unnützerweise an die Günstlinge des Hofes und an die Maitressen ausgegeben? Ludwig XIV. ist zehnmal grausamer als Ludwig XI. Alle Privilegien des Adels, der Parlamente und der Stände sind aufgehoben. Der Adel kennt seine wahren Interessen nicht, sonst würde er in die Provinzen gehen und sich mit dem Volke zu Schutz und Hilfe verbinden. Er würde an den Hof gehen, um dem König pflichtgemäß zu huldigen, aber nicht, um sich im Hause dessen zu vergnügen, der sie unterdrückt²¹. Aber der Adel, die Prinzen von Geblüt sind von der Teilnahme an der Regierung zurückgedrängt; dafür hat man Menschen

16. ebd. II, 21.

17. ebd. III, 36.

18. *Soupirs* II, 18.

19. ebd. V, 53.

20. ebd. I, 14.

21. *Soupirs* V, 58.

bürgerlicher Abstammung an den Hof gezogen, die in ihrem eigenen Interesse die Tyrannie verewigen wollen²².

Die Geschichte lehrt, daß die Nation über dem König gestanden hat, daß ursprünglich ein von der Nation gewählter Monarch die Regierung mit der Nation geteilt hat. Daraus haben sich später die Generalstände entwickelt, die mit größeren Rechten als der Monarch ausgestattet waren²³. In großer Breite beweisen die *Soupirs* durch eine Darlegung der historischen Entwicklung, daß die Willkürherrschaft des Absolutismus den Rechten der Nation widerspricht. Die alte Verfassung wird auch in *Soupirs* als sicherste Garantie für die Freiheit des Volkes gekennzeichnet²⁴. Frankreich muß zur alten Form der Monarchie zurückkehren, denn es läuft sonst Gefahr, unterzugehen, wenn es nicht die Kraft findet, sich zu reformieren²⁵. Das Ansehen Frankreichs nach außen hin ist schon verloren. In den Augen der Nachbarn ist heute ein Franzose und ein Kanibale fast dasselbe²⁶.

D'Antraigues hat die *Soupirs* gekannt. Der historische Überblick, den d'Antraigues über Ursprung und Entwicklung der Monarchie gibt, ist dem in den *Soupirs* so ähnlich, daß an eine rein zufällige Übereinstimmung nicht gedacht werden kann. Die folgende Gegenüberstellung der Texte läßt ein anderes Urteil nicht zu.

D'Antraigues sagt:

Grégoire de Tours nous apprend que les Français ayant rejeté Chilpéric, élurent Eudes pour leur roi. Plus loin: que les Français ayant jetté les yeux sur le vieux Childébert, envoyèrent une ambassade à Sigibert, pour qu'il vînt chez eux, afin d'y être établi roi, à la place de Chilpéric qu'ils déposaient. Toute l'armée s'assembla donc auprès de Sigibert, et l'ayant élu roi, il

Dazu der zusammenhängende Abschnitt in den *soupirs* (VI, 73): Grégoire de Tours nous dit que le Français ayant rejeté Chilpéric, se choisirent unanimement Eudes pour roi. Et dans un autre lieu il dit: que le Français après avoir jetté les yeux sur le vieux Childébert, envoyèrent une ambassade à Sigibert, afin qu'il vînt à eux, pour être établi roi, en la place de Chilpéric auquel ils

22. ebd. V, 64.

23. ebd. V, 99.

24. ebd. XI, 163.

25. ebd. XII, 165.

26. ebd. XIII, 194.

fut élevé sur le bouclier. Il dit ailleurs: les Bourguignons et les Austrasiens, ayant fait la paix avec le reste des Français, ils élurent Clotaire pour roi des trois royaumes. Nous trouvons dans l'appendix du même historien: après la mort de Théodoric, les Français élurent pour soi son fils Clovis, encore enfant. Et ailleurs: les Français élurent pour roi Chilpéric et Chilpéric étant mort, ils élurent Théodoric.

renonçant. Et peu après il dit: tout l'armée s'assembla auprès de Sigibert, et l'ayant élevé selon la coutume sur un bouclier ils le firent roy. Le même Auteur dit encore ailleurs que Sigibert consentant à la demande des Français fut mis sur le bouclier, fut proclamé roy et prit le Royaume de son frère Chilperic. Le même Gregoire de Tours dit que les Bourguignons et les Austrasiens ayans fait la paix avec les autres Français, élurent Clotaire pour roy des trois royaumes.

In den Soupirs folgen noch zwei weitere Stellen zum Beweis für die Königswahl; etwa 10 Zeilen weiter unten heißt es: Gregoire de Tours ne parle pas non plus autrement: Après la mort de Theodoric, dit-il, les Français élurent pour roy son fils Clovis, qui était encore petit. Et dans la suite, il rapporte que les Français s'établirent pour roy un certain Cilperic, celui-ci étant mort ils éleverent Theodoric sur le Siege du royaume.

Die Gegenüberstellung der Texte zeigt, daß sich die Zitate bei d'Antraigues in derselben Reihenfolge finden, wie sie in den Soupirs stehen. Dem weit ausführlicheren lateinischen Text Gregors an dieser Stelle entnimmt er nichts, was nicht auch die Soupirs bringen. Wenn er sonst Mitteilungen Gregors von Tour bringt, so beruft er sich dabei ausdrücklich auf Bouquet. Bouquets Werk ist erst 1737 erschienen²⁷, die Soupirs aber bekanntlich schon seit 1689. Andererseits kann man kaum damit rechnen, daß die Soupirs und d'Antraigues unabhängig zu der gleichen Reihenfolge ihrer historischen Belege gekommen sind. Wenn man nicht eine andere uns nicht bekannte Quelle annehmen will, auf die beide in ihrer historischen Beweisführung zurückgehen, so bleibt kein anderer Schluß übrig, als daß d'Antraigues seine Beweiskette den Soupirs entnommen hat. Daß der Ver-

27. La grande Encyclopédie VII, 708.

fasser der Soupirs sich auf diese Art und Weise die historische Berechtigung für seine Behauptungen verschafft hat, ist kaum anzunehmen. Die Schrift macht durchaus den Eindruck, als ob in ihr die Quellen nach eigener Untersuchung und aus eigener Kenntnis verwandt sind.

Dazu kommt ein zweites. Seite 55 schreibt d'Antraigues: „Sous les deux premières, le roi recevoit des présents de ses sujets; il leur en faisoit: et les témoignages réels d'une bienveillance réciproque, honoroient le Souverain, sans flétrir la nation.“ Dazu bemerkt er in einer Anmerkung: Sigibert in cronica. ad annum 622. Georgus Credemus, historien grec du onzième siècle, rend le même témoignage. Edition de l'imprimerie royale, 1647.

Nun findet sich in den soupirs VII, 92 folgende Stelle: ... s'ils recevaient des hommages ils en rendaient aussi. C'était la coutume des rois des Francs, dit Sigebert (in Anmerkung: in chronico²⁸ ad annum 662) de présider tous les mois de May sur l'assemblée de toute la nation, de saluer et d'enrecevoir les salutations, les hommages et les présents. Non seulement ils recevoient des salutions de leur peuples, mais ils luy en faisoient, comme il paraît par cet auteur: et la chose était si certaine que la connaissance en était passée chez les Grecs. George Credenus²⁸ Historien Grec de l'onzième siècle dit en termes encore plus forts.

Auffällig ist wiederum, daß beide in demselben Zusammenhang dieselben Quellen zitieren. Merkwürdig ist weiter, daß d'Antraigues sich ganz gegen seine Gewohnheit mit dem Hinweis auf den griechischen Historiker begnügt ohne eine genauere Quellenangabe, obwohl er die Ausgabe mit Angabe des Jahres und der Druckerei nennt. Liegt das etwa daran, daß die Soupirs in diesem Falle auch auf eine genaue Quellenangabe verzichtet haben? Überhaupt bestand ja für d'Antraigues gar kein Anlaß, zwei Quellen zu zitieren. Es ist sicher anzunehmen, daß d'Antraigues auch hier die Soupirs abgeschrieben hat.

Es bleibt nun nur noch die Frage übrig, warum er gerade die Soupirs nicht genannt hat, während er doch sonst nicht sparsam mit Quellenangaben ist. Darauf kann kaum eine andere

28. Die Soupirs haben chronico und Credenus.

Antwort gegeben werden als die, daß er seine eigene Denkschrift nicht durch eine stärker wirkende Flugschrift in den Schatten gestellt sehen wollte, der er seine wichtigsten Gedanken entnommen hatte. Daß eine Flugschrift des Jahres 1788, die sich so weitgehend die Ideen der Flugschrift von 1689 zu eigen machte, eine so aktuelle Bedeutung gewinnen konnte, ist gewiß nicht nur von ideengeschichtlichem Interesse; sie beleuchtet die inneren Zusammenhänge zwischen dem hohlen System Ludwigs XIV. und den Ursachen der großen Revolution. Die ständisch-liberalen Ideen, für deren zähen, erbitterten Kampf im Jahre 1688 eine neue Epoche begann, triumphierten im Jahre 1788. Aber gerade ihr Sieg führte zu ihrem schnellen Untergang.

Dritter Teil.

Der Frontwechsel.

a) Die Politik des Grafen d'Antraigues von der Abfassung seiner Denkschrift über die Generalstände bis zum Verlassen Frankreichs im Frühjahr 1790.

Bei der allgemeinen Charakterisierung haben wir schon auf die weit verbreitete Ansicht hingewiesen, daß d'Antraigues vor der Revolution eine Politik getrieben habe, der die von ihm während des Sommers 1789 und später vertretene vollkommen widersprochen habe. Dieser Eindruck ist nicht erst das Ergebnis der historischen Forschung, er hat vielmehr schon bei seinen Zeitgenossen bestanden. Untersuchen wir die Urteile, die auf Grund eigener Beobachtung gefällt wurden, so erfahren wir, „daß er sein früheres Bekenntnis verleugnet hat; das wird sich bei jedem ereignen, der vor der Erfahrung urteilt“¹. Die gleiche Charakterisierung findet sich im Anténor (p. 104—109): „Der eifrige Verteidiger des Volkes hat die Partei gewechselt.“ Mirabeau war zu demselben Ergebnis gekommen, als er am 27. 5. 1789 schrieb²: „Bisher halte ich alle Gerüchte über den Grafen d'Antraigues für Verleumdungen. Il n'était pas dans mon chapitre des possibilités qu'après avoir été le plus ardent zélateur de la cause populaire, il abjurât solennellement aux états généraux³. Dem haben sich die neueren Historiker angeschlossen; sein Biograph vertritt diese Ansicht⁴, ebenso Wahl, der „den rabiaten und gewissenlosen Grafen“ vor dem Zusam-

1. Urteile seiner Zeitgenossen zitiert nach Champion, La révol. franç. Bd. 26. 1894. p. 212.

2. Champion ebenda p. 5.

3. Histoire par deux amis I. 84: le comte d'Antraigues, le d'Antraigues de 1788, s'élevait avec force contre les abus de la noblesse héréditaire.

4. Pingaud p. 48.

mentritt der Generalstände zu einem „blinden Reaktionär“ nach der Revolution macht⁵. Die Berechtigung der zitierten Urteile wird einer ernsten Prüfung bedürfen, und für den Fall eines bejahenden Resultates unserer Untersuchung werden wir nach den Motiven und Gründen einer inneren Wandlung zu fragen haben.

D'Antraigues hatte, wie gesagt, im Laufe des Sommers 1788 sein *mémoire* verfaßt. Am Ende seiner Schrift schrieb er in einer Anmerkung, die das Datum vom 12. Oktober trägt: „Als man den Druck dieser Schrift beendete, kam zu uns der Beschluß des Rates vom 3. Oktober, den conseil du roi mit einer Versammlung von Notabeln zu vermehren, um die alten Formen festzusetzen und streng ihrem Geist zu folgen.“ Das Werk muß also Mitte bis Ende Oktober veröffentlicht worden sein. Die Antwort des Königs darauf war ein Verbot, in Versailles zu erscheinen⁶. Im Dezember 1788 erschien sein *mémoire sur la constitution des états de Languedoc*⁷. Am 26. April 1789 kam er nach Paris. Wenige Wochen später muß die Aussöhnung mit der königlichen Familie stattgefunden haben, wie ein Brief der Königin beweist. Darin wird die Versicherung ausgesprochen, die früheren unliebsamen und unvorsichtigen Äußerungen vergessen zu wollen, und zugleich wurde der Wunsch geäußert, in Zukunft auf seine Dienste rechnen zu können⁸. Sein erstes aktives Eingreifen in die Politik erfolgte am 10. Mai durch eine Rede vor den vereinigten Ständen der Provinz Languedoc. Der Inhalt bewegt sich auf der konsequent eingehaltenen Linie seiner früheren Angriffe auf die Stände dieser Provinz, denen er das Recht verweigert hatte, Deputierte für die Generalstände zu wählen. Er schlägt in seiner Rede vor, dem König und den Generalständen von der Illegitimität der Ständeversammlung Mitteilung zu machen, und fordert Ermächtigung und Unterstützung der Generalstände, um die Beschlüsse der Vertreter der Provinz Languedoc realisieren zu können. Diese Erklärung, so schließt er, wird an dem Zeitpunkt zu machen sein, an dem die Generalstände die Beratung über die Steuern und finanziellen

5. A. Wahl II, 316.

6. Lescure II, 313.

7. Champion a. a. O. p. 12.

8. Pingaud p. 64.

Opfer beginnen⁹. Eine bedeutende Rolle hat dieser Kampf d'Antraigues' um die Zerstörung der Stände im Languedoc auf dem großen politischen Kampfplatz nicht gespielt. Am folgenden Tage am 11. Mai, hielt er eine Rede, die sich ausschließlich mit der inzwischen akut gewordenen Frage der Beratung beschäftigte. Die in der Sitzung vom 10. Mai behandelten Probleme sind niemals Beratungsgegenstände für die Generalstände gewesen¹⁰.

In seiner Rede in der Adelskammer der Generalstände über die *vérification des pouvoirs* behandelt er einleitend die in früherer Zeit beobachteten Gewohnheiten vor der eigentlichen Beratung der Generalstände. „Früher war es üblich, daß sich jeder Stand in einer Kammer vereinigte, dort zur Wahl eines Präsidenten, Sekretärs und Wortführers für die Verhandlungen mit dem König schritt. Zugleich war es unser Vorrecht, an diesem Tage den König mit unseren Sorgen und Wünschen vertraut zu machen, ihm Wahrheiten zu sagen, die ihm sonst verborgen blieben.“ Dann geht er ausführlich auf die Frage der *vérification* und der Beratungsweise ein. An Hand der *cahiers de la noblesse*, von denen sich die meisten für die alte Form der Beratung entschieden hatten, begründet er seine eigene Stellungnahme. Er hält die Befürchtungen derer für berechtigt, die meinen, die *vérification en commun* greife der Art der Beratung in den kommenden Sitzungen vor und lege die Art der Abstimmung ein für allemal fest¹¹. Ob diese Interpretation der *vérification en commun* berechtigt war, ist immerhin zweifelhaft¹². Vielleicht hätte doch bei rechtzeitiger Ent-

9. Disc. pronon. le 10. Mai p. 26.

10. Allerdings hat in der Sitzung vom 4. August ein Vertreter der Provinz Languedoc der *assemblée nationale* Mitteilung von der „administration inconstitutionnelle et non représentative“ gemacht, und sich dabei ausdrücklich auf den *vœu général de la Province de Languedoc* berufen. (*Moniteur*, I, 286.)

11. Die Rede findet sich in den *arch. parl. I. Serie Bd. 8 p. 32*.

12. In der weiteren Debatte wurde d'Antraigues darauf aufmerksam gemacht, daß die letzte Entscheidung über die Anerkennung der Vollmachten beim König liege, daß außerdem in den früheren Ständerversammlungen die *séparation des ordres* nicht immer einheitlich durchgeführt war: 1356 bald vereint, bald getrennt; 1483 *on y voit que toutes les opérations s'y sont fait en commun*. *Moniteur I, 40 u. 50*.

scheidung der Verfassungsfrage, etwa im Dezember 1788, und bei festem Auftreten der Regierung Neckers Wunsch einer gemeinsamen Beratung in Angelegenheit des gemeinsamen Nutzens und getrennter Beratung in besonderen Standesangelegenheiten weitgehende Zustimmung im Volke finden und nach der *vérification en commun* durchgeführt werden können¹³. So aber wurde durch die ablehnende Haltung der ersten beiden Stände und durch die Unentschlossenheit der Regierung die Geduld des dritten Standes auf eine harte Probe gestellt, bis er am 17. Juni, ermutigt durch den Zuzug aus den Reihen des niederen Klerus¹⁴, die Versammlung des dritten Standes und der mit ihm vereinigten Privilegierten zur *assemblée nationale* erklärte.

Was d'Antraigues in seinem *mémoire* theoretisch über die alte Verfassung dargelegt hatte, suchte er jetzt in die Praxis umzusetzen. Er unterstützt alle, die sich getreu den Instruktionen ihrer Auftraggeber an das gewohnheitsmäßige Recht der Teilabstimmung halten wollten. Ausdrücklich betonte er, daß die Haltung der Adelskammer loyal gewesen sei, da sie einmütig die Achtung vor den alten Formen bewiesen habe¹⁵.

Der Vorschlag zur Abschaffung der finanziellen Vorrechte mit der Begründung, es solle nicht der Eindruck entstehen können, der Adel wolle die von altersher beobachteten Modalitäten wahren zur Sicherung seiner Privilegien, war ursprünglich in der Rede nicht enthalten. Er findet sich auch nicht in der in den *Archives parlementaires* abgedruckten Rede, sondern er ist ein späterer Zusatz; er muß jedoch der als kleine Schrift erschienenen Rede vor dem Eintritt d'Antraigues in die *assemblée nationale*, also vor dem 1. Juli eingefügt sein, denn wenige Zeilen weiter unten heißt es: „*jamais je ne m'y soumettrai*“¹⁶. Welch' erbitterter Kampf von ihm für die Anerkennung seiner

13. Otto Becker, p. 105.

14. Schon am 27. Mai hatte ein Abgeordneter in der Kammer des Tiers gesagt: *Je suis instruit que la pluralité des membres du clergé est en notre faveur; il n'attend que le moment pour se déclarer.* *Moniteur* I, 43.

15. *Disc.* am 11. 5. p. 11 ff.

16. *Disc.* p. 17.

Ansichten geführt wurde, zeigt sein Ausspruch: „Welche Art von Tyrannei will man an die Stelle des Despotismus setzen, der wenigstens bisweilen die Freiheit der Meinungen zuließ.“ Aber trotz dieser kaum erwarteten Worte hatte er die Hoffnung noch nicht aufgegeben, daß über alle Meinungsverschiedenheiten hinweg der Weg zur Übereinstimmung und Einheit doch noch gefunden werden könnte.

Die in Versailles versammelten Vertreter Frankreichs hatten nach allem, was d'Antraigues vor dem Zusammentritt der Generalstände propagiert hatte, diese Stellungnahme nicht erwartet. Wie man über ihn dachte, beweist die Aufforderung des dritten Standes, er allein solle als Vertreter seines Standes im gemeinsamen Sitzungssaal seinen Platz einnehmen¹⁷. Die Deputierten des dritten Standes werden erstaunt gewesen sein, als sie erfuhren, wie d'Antraigues auf diese Bitte reagierte. Er ließ sich als Mitglied einer vom Adel eingesetzten Kommission ermächtigen, am 22. Mai zu erklären, daß der Adel auf die finanziellen Vorrechte verzichte und jede Steuer „consenti dans les états votant par ordre“ zahlen würde¹⁸. Er ließ sich dabei von dem Gedanken leiten, daß der dritte Stand bei Verweigerung der *vérification séparée* als Gegenleistung für das Zugeständnis der Privilegierten verantwortlich würde für die Untätigkeit der Stände. Nach einigen Tagen ergebnisloser Verhandlungen hielt er am 28. Mai erneut eine Rede, die über seine wahre Einstellung nicht den geringsten Zweifel mehr ließ. Wieder war es die alte Verfassung, deren Existenz er stark bedroht sah. Er sprach von einer Demokratie, die in einem großen Reiche nichts anderes als Anarchie bedeute. Dem Klerus müsse ein Verweis erteilt werden für seine geplante Vereinigung mit dem dritten Stande: „Verteidiger des Volkes, wir werden durch die Erhaltung der Verfassung den Bestand ihrer gerechten Rechte sichern“. Einen Tag später, am 29. Mai machte Mirabeau den Vorschlag, an den König eine Adresse zu schicken mit dem Wunsche, die *vérification des pouvoirs* in einer *assemblée natio-*

17. Pingaud p. 66 beruft sich dabei auf einen Brief d'Antraigues', in dem er Rechenschaft über sein Verhalten als Abgeordneter in den Generalständen gegeben hat.

18. Pingaud p. 67.

nale vorzunehmen. Aber es war schon zu spät. Der Adel erklärte noch an demselben Tage, an dem d'Antraigues seine Rede gehalten hatte, die Beratung par ordre für ein verfassungsmäßiges Gesetz der Monarchie.

Die Ereignisse nahmen ihren Lauf; durch die Beschlüsse vom 17. Juni war fast jede Möglichkeit zur Erfüllung der Wünsche d'Antraigues' beseitigt. Dazu kam infolge der revolutionären Vorgänge nach der Séance royale am 23. Juni die Aufforderung des Königs vom 27. Juni an die ersten beiden Stände, sich mit dem dritten Stand zu vereinigen. Der Adel gab nach und zog in den gemeinsamen Sitzungssaal ein, am 1. Juli als einer der letzten auch der Graf aus Vivarais, der sich mit den Worten fügte: *S'il faut sacrifier sa vie aux principes, il faut sacrifier tout ce, qui ne les altère pas au désir de la paix*¹⁹. Seinen Wählern schrieb er am 1. Juli, „Seien Sie versichert, daß ich eher die Zustimmung geben werde, mein Leben zu opfern, als daß ich die Interessen meines Standes verrate“²⁰. Noch schien es also d'Antraigues möglich, daß bei den kommenden Beratungen zwar nicht die Trennung, aber doch wenigstens die Unterscheidung der Stände und das Interesse des Adels aufrechterhalten werden könne. Das wäre möglich gewesen, wenn der König die Macht gehabt hätte, die Verordnungen der séance royale durchzuführen. Tatsächlich aber hatte der König nach dem 23. Juni nicht mehr die Kraft, die Beschlüsse vom 17. Juni rückgängig zu machen. Freilich bedeutete die Aufforderung des Königs vom 27. Juni keine offizielle Zurücknahme seiner Verfügungen in der séance royale. Nicht mit der assemblée nationale, die er offiziell als solche noch nicht anerkannte, sondern mit dem dritten Stand sollten sich die ersten beiden Stände vereinigen zwecks gemeinsamer Beratung der Angelegenheiten des allgemeinen Nutzens gemäß der königlichen Verfügung in der séance royale vom 23. Juni. Er hatte auch zu der gemeinsamen Beratung mit dem bei seinen revolutionären Beschlüssen vom 17. Juni beharrenden dritten Stande nur aufgefordert in der Absicht, Zeit

19. Pingaud p. 68.

20. Pingaud p. 69.

zu gewinnen für militärische Rüstungen, um im kommenden Monat das Programm der séance royale mit Gewalt realisieren zu können²¹.

D'Antraigues weitere Politik war scheinbar voller Widersprüche. Bisweilen zeigte er sich als Freund des Volkes²², blieb jedoch der Nachtsitzung des 4. August fern. Er trat gegen Sieyès in der Versammlung auf und forderte in seiner Rede vom 2. 9. 1789 über die sanction royale ein absolutes Veto für den König. Er will jetzt, daß der König stärker ist als die Versammlung. Mag auch diese Rede in vielen Punkten mit dem in seiner Denkschrift aufgestellten Programm übereinstimmen, in seiner Ansicht über das Verhältnis des Königs zur Legislative ist er seinen früheren Lehren nicht treu geblieben. Das erklärt sich daraus, daß er jetzt die Interessen des Adels nicht mehr in erster Linie vom König, sondern von der assemblée nationale bedroht sah. Die Lage war jetzt derart geworden, daß nur noch ein starkes Königtum den Adel schützen konnte. Was versteht er unter sanction royale? „C'est le pouvoir accordé au roi par la nation, d'intervenir comme partie intégrante du pouvoir législatif, de telle manière que son consentement convertit en loi les actes émanés du pouvoir législatif et qu'il les frappe de nullité par son opposition²³. Mit diesem Satz ist die in der Denkschrift über die Generalstände vertretene Auffassung, daß ein erblicher König der zur Ausübung der Legislative unfähigste Mensch sei, daß man von ihm die legislative Gewalt sans partage trennen müsse, kaum vereinbar. Indem er jetzt dem König das Recht geben wollte, die Gesetze durch Einspruch für ungültig zu erklären, erkannte er den König an als ein mitwirkendes Organ an der legislativen Willensbildung des Staates. Er bekannte sich andererseits auch jetzt zu dem Prinzip: Jede Autorität ruht im Volke, jede Autorität kommt vom Volke, jede legitime Macht

21. Otto Becker, p. 207 ff.

22. Vaschalde spricht von seiner Rede vom 3. 8. 1789 über die Menschenrechte als „le seul discours libéral prononcé à l'assemblée“. Vaschalde p. 18.

23. Moniteur I, 408.

rührt her vom Volke²⁴. Eben diese Gedanken benutzte er für die Begründung seiner Stellung zum königlichen Veto: „C'est de résultat de ces sages idées qu'est née la sanction royale; in ihr findet das Volk den Wall der öffentlichen Freiheit und die Sicherheit, daß wir, die wir seine Repräsentanten sind, niemals seine Herren werden“²⁵. D'Antraigues hatte aus der jüngsten Vergangenheit gelernt. Daß die Vertreter der Nation nicht zu Herren über die Nation würden, glaubte er in seiner Denkschrift durch die Forderung der Mandats impératifs garantiert zu haben. Er übersah dabei aber, wie schnell dieser Wall der *liberté publique* der Zerstörung anheimgefallen war.

Seine Verbindung mit dem Königshofe hatte ihn in den Augen der Mehrheit der Versammlung äußerst verdächtig gemacht²⁶. So verzichtete er mehr und mehr darauf, das Wort zu ergreifen. Umso ausgiebiger beschäftigte er sich in zwei anonym erschienenen Discours mit der augenblicklichen Lage Frankreichs, um seinerseits Wege zur noch möglichen Abwendung des völligen Ruins zu weisen.

Ehe wir auf deren Inhalt eingehen, müssen wir einen Augenblick die Frage nach der Echtheit stellen, da beide Schriften ohne den Namen des Autors gedruckt sind. Pingaud führt sie allerdings unter den von d'Antraigues während der ersten Revolutionsmonate veröffentlichten Schriften auf²⁷ und stützt sich dabei auf Barbier: *Dictionnaire des anonymes*. Auch Querard²⁸ schiebt in seinem 1826 erschienenen *Dictionnaire bibliographique des savants, historiens et gens lettrés* die fraglichen Stücke d'Antraigues zu; er fügt hinzu: *publié sous le nom d'Audenail, anagramme de celui de l'auteur*²⁹.

24. *Moniteur* ebd.

25. „Der König verteidigt die Nation vor dem Despotismus seiner Repräsentanten“. *Lettre à MM. +++ Comm.* p. 8 Anm.

26. Pingaud p. 78. *Vogue* p. 453.

27. Pingaud p. 77.

28. II. 422. Ebenso werden die beiden Reden in der *Biographie universelle* (Michaud 1815) unter den Werken d'Antraigues' aufgeführt. Bd. 13, p. 169—176.

29. In den von der preußischen Staatsbibliothek entliehenen Ausgaben fehlt auch der Name d'Audenail als Verfasser.

Innere, in den Werken selbst liegende Momente vermögen nicht gegen die Autorschaft des Grafen d'Antraigues zu sprechen, im Gegenteil, sie entsprechen nicht nur seiner Haltung nach Eröffnung der Generalstände, sondern enthalten auch einen Kerngedanken seines *mémoire*. Zweifel erwecken könnte vielleicht die den beiden Reden zu Grunde liegende systematische Gliederung, da die anderen Schriften des Grafen eine sorgfältig durchgeführte Disposition in den meisten Fällen vermissen lassen. Auch der Eindruck einer im Vergleich zu seinen übrigen Veröffentlichungen milden Sprache besteht bei der Lektüre wohl nicht ganz zu Unrecht. Aber ein weniger scharfer Ton läßt sich aus dem den beiden Reden eigenen Zug einer gewissen Resignation erklären; jedenfalls reicht diese Unterscheidung, soweit sie berechtigt sein sollte, nicht aus, um die Autorschaft ernsthaft zu erschüttern.

Die Veröffentlichung der beiden Discours ist sicherlich nach dem 4. August erfolgt, da der Redner die Beschlüsse in der Nachtsitzung vom 4. August als übereilt kritisiert³⁰. Außerdem beklagt er sich bitter über den Einfluß des Palais Royal³¹. Der Satz: „In drei Tagen ist der Herrscher entthront, und wir sind die Herren über die Souveränität geworden“, deutet vielleicht auf die Ereignisse vom 5. und 6. Oktober hin. Aber mit Bestimmtheit vermögen wir die diesen Worten zugrunde liegenden Geschehnisse ebenso wenig zu erkennen wie die in der ersten Rede erwähnten *tragédies sanglantes*.

D'Antraigues geht aus von der Feststellung, daß die Versammlung vor der Vollendung ihres Werkes stehe, soweit das Ziel ihrer Arbeit der Ruin Frankreichs gewesen sei. Unheilvoll und verderblich sei der Weg gewesen, den die Versammlung bisher gegangen sei. „Was mußten wir machen? Was taten wir? Was müssen wir erwarten?“ lauten die drei Fragen, bei deren Beantwortung er die Arbeit der Versammlung einer scharfen Kritik unterzieht. Er beklagt die Angriffe auf Adel und Klerus, bedauert die mangelnde Disziplin im Militär, ver-

30. Disc. d'un membre p. 10.

31. ebd. p. 19.

urteilt die langweiligen Debatten über den Verfassungsentwurf, qu'on ne nous demandait point³². Aber das Streben der Versammlung richte sich auf die Schwächung der Autorität des Monarchen, um damit die assemblée zu bekleiden³³. Er deckt den Gegensatz zwischen den Wünschen der Commettants und den Handlungen der Vertreter auf, empfindet bitter das Schicksal des Königs, und er glaubt den Todesstoß für den Bestand des französischen Reiches in der Vernichtung des esprit national zu sehen³⁴. Furchtbar ist das Schicksal Frankreichs, das in diesem Zustand der Rechts- und Gesetzeslosigkeit, von der rohen Gewalt räuberischer Banditen beherrscht, dem sicheren Verderben entgegengeht. Scharfe Worte findet er auch um den Einfluß des Palais Royal zu verurteilen, das den Kern der Korruption und der politischen Pest bilde, und in dessen Umgebung sich ein Schwarm müßiger Menschen, Feinde jeder allgemeinen Prosperität, herumtreibt³⁵.

Der Erfolg seines ersten Discours kann nicht groß gewesen sein, denn er beginnt seine zweite Schrift mit der Konstatierung, daß die Wirkung der ersteren ausgeblieben sei. Um den Mut wieder zu wecken, um einen aussichtsreichen Weg für einen günstigen Abschluß der Beratung zu weisen, wolle er sich erneut an die Öffentlichkeit wenden. Eingangs schildert er den Zustand Frankreichs, der in jeder Beziehung hoffnungslos erscheint. Voll Anarchie und Gesetzeslosigkeit im Innern, ohne Ansehen und Prestige nach außen, bietet Frankreich eines der großen Beispiele, die der Himmel der Erde bereitet, wenn er den Völkern eine furchtbare Lektion erteilen will. Die Nation steht tatsächlich hart am Rande des Abgrundes. Wer trägt die Schuld? D'Antraigues stellt folgende drei Anklagepunkte gegen die Versammlung auf: „Wir haben die Übel Frankreichs gewollt, wir haben sie verursacht, sie waren unseren Plänen notwendig³⁶“. Jeder einzelne dieser schweren Vorwürfe ist Gegenstand

32. Dis. p. 12.

33. Disc. p. 13.

34. Disc. p. 18.

35. Disc. p. 20.

36. Sec. Disc. p. 17.

ernstester Untersuchung, wobei auf der einen Seite eine Art Selbstbeschuldigung eigenartig berührt, da d'Antraigues doch bei anderen Gelegenheiten nicht heftig genug den seiner Ansicht nach Schuldigen angreifen kann, während er jedoch andererseits die Ereignisse in seinem Sinne zurechtzubiegen versucht zur Rechtfertigung seines Plädoyers. Den entscheidenden Grund für den Mißerfolg der Versammlung wie für die katastrophale Lage des Landes sieht er — und darin zeigt er sich als Verteidiger seiner schon vor der Revolution vertretenen Anschauungen — in der Mißachtung der von den Auftraggebern erteilten Instruktionen durch die Abgeordneten³⁷. Er bejaht die Schuldfrage für die Versammlung; diese sei einzig und allein für die unheilvolle Entwicklung verantwortlich zu machen. „Die Übereinstimmung der eigenen Wünsche mit den zur Erreichung unserer Ziele tatsächlich gegangenen Wege ist so deutlich, daß ein anderes Urteil nicht gefällt werden darf“³⁸.

Im Schlusse untersucht er, ob eine Rettung Frankreichs noch möglich ist. Der Versuch erscheint ihm nicht aussichtslos, wenn man sich zu der kürzesten und am wenigsten gefährvollen politischen Maßnahme entschließen könnte, die in einer Wiedereinsetzung der alten Regierung besteht nach Beseitigung der Mißbräuche und nach Genehmigung der vom König vorgeschlagenen Reformen durch die Provinzen³⁹. Um diese Behauptung glaubwürdig zu machen, sucht er den Nachweis zu liefern, daß die nouvelle organisation keine Geltung gewinnen könnte. Sie sei nur unter Zwang angenommen, sie zerstöre die alten Formen, verfüge neue Einteilungen, gegen die die Provinzen protestieren würden. Der Hauptgrund, der seiner Ansicht nach gegen die Einrichtung der neuen Verfassung spricht, ist jedoch der Plan „der katholischen Religion ihren beherrschenden Titel zu nehmen und alle Kultarten ohne Unterschied zuzulassen, das Zölibat der Priester zu zerstören, das Recht der Ehescheidung zum Gesetz zu machen, aus dem Souverän nur

37. Sec. Disc. p. 17 ff.: Vous avez méprisé vos instructions, vous n'avez tenu nul compte de vos serments.

38. ebd. p. 28.

39. ebd. p. 32.

einen Sekretär des Staates, aus der Armee nur eine bürgerliche Miliz, aus dem ganzen Staat nur eine ligue fédérative nach dem Beispiel der amerikanischen Provinzen zu machen, oder um das Rätselwort zu sagen, um das Hirngespinnst des Bayle, die Republik der Gottlosen einzurichten⁴⁰. Die Verfassung wird keinen Bestand haben, da ihr die ethischen, in der Nation ruhenden Grundlagen fehlen; sie wird den gouvernement populaire zur Folge haben und Vernunft und Erfahrung lassen erkennen, daß das Volk seine Sicherheit nur in einem blinden Gehorsam finden wird, um Übertreibungen seiner Zuchtlosigkeit wieder gut zumachen. Der Gehorsam wird aber nicht der Versammlung, sondern dem König geleistet werden⁴¹. Er appelliert an die Versammlung, die alten Formen des Staates, die alten Rechte der Stände und Bürger wieder herzustellen, und schließt seine Rede mit dem Hinweis, daß schon eine große Zahl von Mitgliedern der Versammlung sich freiwillig entferne, um sich nicht weiter der Zerstörung des französischen Staates schuldig zu machen⁴².

Diese beiden Reden sind zugleich die letzten Bemühungen d'Antraigues', seinen Einfluß in der assemblée nationale geltend zu machen. Im Anfang des Jahres 1790 leistet er seinen Eid auf die Verfassung, allerdings in Form einer schriftlichen Erklärung. Dagegen erhebt sich Widerspruch, aber ein Vertreter des Adels, seines eigenen Standes, meint, man solle d'Antraigues, dem es ohne Zweifel un grand besoin d'écrire sur les objets de politique sei, die Freiheit zu schreiben gänzlich lassen. „Hat die Verfassung etwas von der Feder eines Menschen zu fürchten, der sich so oft mit sich selbst in Widerspruch gesetzt hat⁴³“? D'Antraigues hat ausgespielt, sein eigener Stand läßt ihn fallen. Seine Verbitterung über das Ende seiner mit so großen Hoffnungen begonnenen politischen Laufbahn macht es begreiflich, daß er sich bei seiner Abreise in die Schweiz zu Äußerungen hinreißen ließ, die Zweifel an der Ehrlichkeit seines Patriotis-

40. Sec. Disc. p. 36.

41. ebd. p. 42.

42. Sec. Disc. p. 45.

43. Arch. parl. IX. p. 443.

mus zu erwecken geeignet sind. Kurz vor der Überschreitung der Grenze antwortet er dem Wirt, bei dem er wohnt, auf seine Frage nach Nachrichten aus der assemblée, daß die Versammlung sich überhaupt nicht klar sei über ihr Tun, daß der Bankrott und der Bürgerkrieg unvermeidlich seien, daß man sich hüten müsse „de porter de l'argent à la contribution patriotique et qu'il valait mieux le cacher⁴⁴“. In auffallendem Gegensatz dazu steht seine im April 1790 in Lausanne verfaßte Schrift: Quelle est la situation de l'assemblée nationale, die eine relativ milde, im Verhältnis zu seiner späteren Kritik sogar sehr milde Beurteilung der assemblée nationale aufweist. In dieser Broschüre erhebt er vor allem die Forderung nach einer neuen Legislative, die die neue Verfassung zu prüfen hätte. Denn die Schöpfer einer Verfassung könnten nicht zugleich ein Urteil über ihre praktische Durchführung abgeben. Außerdem hält er es für wesentlich, daß kein Abgeordneter der assemblée nationale Mitglied der neuen Legislative sein darf.

b) Vergleich seiner Reden und Schriften nach dem Zusammentritt der Generalstände mit seinen früheren Lehren.

Die Grundgedanken der von d'Antraigues in den ersten Revolutionsmonaten vorgetragenen Reden stehen kaum im Widerspruch zu seinen vor der Revolution vertretenen Ansichten. Die Forderung nach Erhaltung der alten Rechte, der Kampf für die alte Regierungsform, sein Gutachten über die neue Verfassung als eine unhaltbare Grundlage des staatlichen Daseins zeigen ihn als den uns schon aus der vorrevolutionären Zeit bekannten Vorkämpfer für das Ständetum, der die alte Verfassung als einzig mögliches Regulativ des politischen Lebens hinstellt. Man könnte deshalb geneigt sein, eine Gesinnungsänderung d'Antraigues' zu leugnen, wenn sich nicht neben dieser klar zu verfolgenden Linie deutlich eine zweite Linie abheben würde, die keinerlei Berührungspunkte mit der ersten hat. 1792 schreibt er an einige Vertreter des Adels einen Brief, in dem sich, ähnlich wie in den beiden Discours, schon vor der Revolution geäußerte Gedanken

44. Moniteur III. p. 595.

finden neben Äußerungen, die absolut im Gegensatz zu ersteren stehen und einen Ausgleich unmöglich machen.

Zur Beratung des Verfassungsentwurfes bemerkt er: „Ein Teil der Versammlung vertrat die Forderung, der König solle die Gesetze nur deshalb kennen, weil er über ihre Anwendung zu wachen habe; wir sollten sie ihm diktieren¹“. D'Antraigues kritisiert jetzt also Forderungen, die er in seinem *Mémoire* selbst propagiert hat². Das Volk, schreibt er 1789, läßt sich nicht mehr zurückhalten, es ist zum Bewußtsein seiner Macht gelangt, es weiß, daß es nur durch seine eigene Macht existiert³. Was er mit diesen Worten als Vorzeichen eines drohenden Unterganges wertet, war der Inhalt der Sätze, die ihn 1788 in den Augen der Öffentlichkeit zu einem offenen Parteigänger des dritten Standes machten. Überhaupt sieht er nach dem Sieg des dritten Standes die gesamte verfassungsgeschichtliche Entwicklung Frankreichs unter einer ganz anderen Perspektive. Es ist zwar noch von Despoten und Mißbräuchen die Rede, aber die Beurteilung vor allem der Person des Königs vollzieht sich jetzt unter einem ganz anderen Aspekt. Ein besonders deutliches Beispiel mag dies beleuchten. In seinem *Exposé*⁴ (1792) schreibt er: „Seit dieser Zeit bis zu Beginn des 14. Jahrhunderts gab es in Frankreich keine gesetzmäßige Verfassung, aber eine dauernde Tyrannei ohne Beispiel, ohne Grund und ohne Grundsatz, von der uns alle unsere Könige zu befreien suchten, und über die sie nur triumphieren konnten, indem sie uns unsere alte Verfassung zurückgaben“. Man vergleiche damit, wie er in seinem *Mémoire*⁵ dieselbe Epoche französischer Geschichte sieht: „Seit der Thronbesteigung Hugo Capets sah man bald, daß die einzige Beschäftigung der Könige des dritten Herrscherhauses war, de relever le peuple pour anéantir le pouvoir des grands, nicht um der Nation ihre Freiheit zurückzugeben, sondern immer, um alle der absoluten Herrschaft

1. Disc. p. 14.

2. *Mém.* p. 28. Dieselben Motive, die von einem König die Legislative sans partage trennen . . .

3. Sec. Dis. p. 14.

4. *Exposé* p. 35.

5. *Mém.* p. 73/74.

entgegenstrebenden Mächte zu zerstören“. Im September 1788 schrieb er: „Unter Ludwig XV., als der Staat vor dem Zusammenbruch stand, zeigten sich die ersten Strahlen einer glanzvollen Zukunft mit dem Erscheinen neuer Ideen, die die Unabhängigkeit von Prinzip und Meinung propagierten und uns auf die endliche Freiheit vorbereiten sollten⁶“. Wie stark hat sich sein Urteil gewandelt; 1792 hieß es in seinem Schreiben an seine Wähler: „In diesem Jahrhundert hat die moderne Philosophie alle Hindernisse gebrochen, sie hat das Gewissen der Gesamtheit zerstört, indem sie die Existenz Gottes selbst angriff. Die wahre Doktrin der modernen Philosophie ist der Atheismus⁷“. Jeder Versuch einer Milderung der Widersprüche muß fehlschlagen nach der Lektüre folgender Sätze: „Der König kann gegen die Generalstände ein Gesetz annullieren, und die Generalstände können mit Hilfe der königlichen Autorität alles machen. Wenn beispielsweise die Parlamente durch oppositionelles Verhalten den König zur Berufung der Generalstände zwingen, können sie sogar das leichteste Anzeichen ihrer Existenz verlieren, denn sie bestehen nicht, wie der König und die drei Stände notwendig, sondern mittelbar durch den vereinigten Willen beider Mächte⁸“. Wie oft hatte d'Antraigues betont, daß die Parlamente im Verlaufe der verfassungsgeschichtlichen Entwicklung zu einem *corps national inhérent à la constitution* allein durch die Sanktion der Generalstände, also ohne Mitwirkung des Monarchen geworden waren⁹.

Ein weiterer Widerspruch liegt vor, wenn er 1792 versichert, daß in Frankreich die Gesetze dafür gesorgt haben, daß man von einem schlechten Minister nichts zu fürchten hat, im Gegensatz zu anderen Ländern ohne Verfassung, in denen die Wahl des Königs auch einen schlechten Minister treffen kann¹⁰. Wir haben gesehen, wie sich vor der Revolution seine heftigen Angriffe gerade gegen die französischen Minister richteten, die er allein

6. *Mém.* p. 215 f.

7. *Lettre à MM.* p. 13.

8. *Lettre à MM.* p. 29.

9. *Mém.* p. 173.

10. *Lettre* p. 30.

für die furchtbare Lage Frankreichs verantwortlich macht. Jetzt setzt er ausführlich auseinander, welche Handhabe das Gesetz bietet zu einem Vorgehen gegen einen schuldigen Minister; er fährt dann wörtlich fort: „Wenn Mißbräuche stattgefunden haben, so sind diese Handlungen des ministeriellen Despotismus handgreifliche Verletzungen, also ungesetzmäßiges Verhalten und man sieht, wohin uns das geführt hat. Fordern wir also Wiederherstellung der alten Verfassung, so heißt das zugleich, die Mißstände abschaffen. Die alte Verfassung gibt alle Mittel, gegen einen schuldigen Minister vorzugehen. Jedes politische Recht der Verfassung bietet auch eine Handhabe, um Mißbräuche zurückzudrängen¹¹. Wenn die alte Verfassung wirklich soviel Möglichkeiten bot, die Mißbräuche zu vermindern und unwirksam zu machen, dann fragen wir, warum denn diese Möglichkeiten niemals ausgenutzt worden sind, warum die Mißbräuche so ungeheuer zahlreich wurden, und warum man nicht schon weit früher als 1789 mit allen Mitteln gegen einen schuldigen Minister vorgegangen ist¹². Der mögliche Einwand, daß zur Zeit des Absolutismus die alte Verfassung gar nicht mehr bestand und somit ihre Bestimmungen nicht zur Anwendung gebracht werden konnten, ist wirkungslos, weil wir dann weiter fragen müssen: Wie konnte es kommen, daß die alte Verfassung außer Kraft gesetzt wurde, wenn alle Möglichkeiten vorhanden waren, Vergehen gegen die Verfassung mit gerechter Bestrafung zu beantworten?

Nach d'Antraigues' neuer Ansicht konnte man indessen von der Möglichkeit, einen Minister in Anklagezustand zu versetzen, bi. kurz vor Ausbruch der Revolution Gebrauch machen. D'Antraigues nennt besonders zwei Fälle, in denen sich ein Verfassungsbruch auswirken kann: wenn ein Minister die Grundlage der Verfassung zerstört — oder wenn er einzelne Bestimmungen der Verfassung mißachtet¹³. In beiden Fällen bietet nach seiner revi-

11. Lettre p. 25 u. 26.

12. 1792 macht er den Parlamenten zum Vorwurf, gegen Necker nicht in dem Augenblick vorgegangen zu sein, als sein verbrecherischer Bericht vom 27. 12. 1788 erschien, „car dès ce jour il est certain qu'il était criminel de lèze majesté. Lettre p. 27 Anm.

13. Lettre p. 21.

dierten Ansicht die Verfassung genügend Spielraum, um den angeschuldigten Minister zur Verantwortung oder Bestrafung heranzuziehen. Entweder kann man sich an den König selbst wenden als die Quelle der Gerechtigkeit, oder man kann den schuldigen Minister vor dem Parlament angreifen, in dem die Verteidigung der Bürger sichergestellt ist; „ein ebenso leichtes wie imponantes Mittel¹⁴“. Wenn aber d’Antraigues früher trotzdem gegen die ministerielle Willkür gewettert hat, so lag es eben doch daran, daß diese Wege nicht ausreichten, um die Machtbefugnisse der Minister durch Verfassungsbestimmungen fest zu begrenzen. Worin anders lagen denn die Gründe des Hasses für d’Antraigues, als in der fast unangreifbaren Stellung der Minister, deren Willkürherrschaft und Autokratie von ihm immer und immer wieder angeprangert wurde¹⁵? Die einzigen Institutionen der alten Verfassung, die durch Opposition ein Nachgeben der Minister erzwingen konnten und daher eine wirkliche Macht innerhalb des Ständetums darstellten, waren die Parlamente. Gerade sie hat d’Antraigues 1792 als Resultate des im König und den Generalständen wirkenden Willens bezeichnet¹⁶, allerdings hat er in demselben Zusammenhang ihre Notwendigkeit zur Erhaltung der Verfassung, zur Sicherheit der Religion und des Thrones betont¹⁷. Zur Erhaltung der Verfassung? War eine solche überhaupt vorhanden? „Welch absurder Gedanke zu glauben, daß es zur Vernichtung unserer Rechte genügen würde, die Urkunden zu zerstören, in denen die Könige unsere Rechte anzuerkennen gezwungen wurden. Welch wunderliche Idee, sich vorzustellen, daß die Freiheitsrechte von 20 Millionen Menschen in dieser oder jener Urkunde, in der Ludwigs XI. z. B. ruhen!“¹⁸. So hatte er schon 1788 in seinem *Mémoire* geschrieben. Dieser Auffassung ist er treu geblieben, wenn er einige Jahre später betont: Das Gut der Gesetze liegt nicht

14. Lettre p. 25.

15. Am Ende seines sec. *Mém.* sur les états généraux fordert er responsabilité des ministres p. 82.

16. Lettre p. 29.

17. Lettre p. 23, 24: Détruire les parlements me paraît le comble de l’impolitique.

18. *Mém.* p. 17.

19. Lettre p. 24.

in Archiven, sondern es muß im Herzen sein¹⁹. Er hat ausdrücklich das Recht abgestritten, die Existenz einer Verfassung zu leugnen²⁰.

Die von d'Antraigues vertretene Ansicht wurde von seinen Standesgenossen keineswegs allgemein geteilt²¹. Im Adel — vom dritten Stand ganz zu schweigen — erhoben sich zahlreiche Stimmen, die den Mangel einer Verfassung beklagten. In vielen cahiers des Adels forderte man eine *Déclaration des droits qui appartiennent à tous les hommes en leur qualité d'être sensibles, raisonnables et capables d'idées morales*. In einem cahiers war die Forderung einer Verfassung der Beratung über Steuern und Anleihen vorangestellt²². Mounier sprach sogar davon, daß alle Deputierten des Adels in dem Verlangen nach einer Verfassung einig seien²³.

Während also der größte Teil der Nation die tatsächlich vorhandenen Schwächen der angeblichen *ancienne constitution* klar

20. „Man leugnet die Existenz dieser (alten) Verfassung, man behauptet, daß ein ungeheures Reich 14 Jahrhunderte ohne Gesetze, ohne Grundsätze, ohne irgend einen Schutz gegen die Tyrannie existiert hat; ich habe die Sammlung unserer Gesetze dargelegt und habe die Verfassung, die sie uns gegeben haben, nachgebildet.“ (*Lettre sur l'état de la France* nach Pingaud postérieur à la constitution de l'an III.) Zitiert nach Lemarié p. 144. Bourgin p. 22 macht den Unterschied zwischen allgemeinen Grundsätzen des geltenden Staatsrechtes und einer Verfassung. Es ist sicher, daß d'Antraigues die sich im Laufe der geschichtlichen Entwicklung herausgebildeten staatsrechtlichen Grundsätze als *ancienne constitution* bezeichnet. Aber wir sahen schon, daß die Wiederherstellung dieser Verfassung keineswegs die schädlichen Auswirkungen des absolutistischen Regimes mildern oder beseitigen konnte.

21. Mit d'Antraigues ging in dieser Beziehung Eprémèsnil in seiner im Januar 1789 veröffentlichten Schrift: *Réflexions impartiales sur la grande question qui partage les esprits concernant les droits du roi et de la nation assemblée aux états généraux*. Er äußert sich über die Verfassung folgendermaßen: Wie die Verfassung Frankreichs auch sei, es ist Tatsache, daß Frankreich eine Verfassung hat. Diese Verfassung ist nicht despotisch, nicht aristokratisch, nicht demokratisch; die französische Verfassung ist also rein monarchisch: *cette forme de gouvernement tient au caractère de la nation qui est accoutumée depuis tant de siècles*. *Moniteur: Intr. hist.* p. 603.

22. *Champion: La rév. franc.* Bd. 26. 1894. p. 19.

23. *Lavis: IX.* p. 185.

erkannte und die Möglichkeit individueller und politischer Freiheit in einer neu zu schaffenden Verfassung herstellen wollte, vertrat d'Antraigues auch weiterhin die These von der absoluten Zweckmäßigkeit der alten Verfassung. Wie wenig er sich von diesem Dogma freimachen konnte, zeigt die schon genannte *Lettre à MM. commissaires* aus dem Jahre 1792. Der Brief war eine Antwort auf eine Anfrage, die den Ursprung der Königsherrschaft zum Gegenstand gehabt haben muß, da er zu Beginn seines Schreibens dies Problem behandelt und auf die Gesetze verweist, auf Grund deren der König seine Macht und seine Rechte besitze. Aber die Worte, die er jetzt für das Königtum fand, haben doch einen anderen Klang als jene Tiraden seiner Denkschrift über die Generalstände; jetzt heißt es: „Dem König, dem höchsten Diener der Gesetze, gehorchen, dem König die Treue halten, sterben, um ihn zu verteidigen, ihn zu erhalten, die Feinde des Staates in denen sehen, die er als Feinde erklärt, sich mit dem Schwert auf seinen Befehl bewaffnen, auf sein Geheiß das Schwert aus der Hand legen, das sind die sicheren Kennzeichen eines treuen Untertanen“²⁴. Allerdings hat er auch schon vor der Revolution über Ludwig XVI. in einer Art und Weise gesprochen, die mehr Lob als Tadel erkennen ließ. Aber dahinter verbarg sich doch die unverkennbare Hoffnung, die Zerstörung des *crédit ministériel* zur Sicherung der eigenen Macht herbeiführen zu können.

1792 formulierte er ganz konkrete Forderungen für die Wiederherstellung der alten Verfassung in vollem Umfange. Man lese nur sein 1792 verfaßtes Werk über die einzig legale und nationale Verfassung Frankreichs, und man wird erstaunt sein, mit welcher geradezu unglaublichen Beharrlichkeit er an seiner Meinung festhält: „Ich wiederhole die Verfassung, die 1614 existierte, ist die einzig legale²⁵, die einzig nationale: Man muß zurückkehren und wird zurückkehren.“ Man hat seine unerschütterliche Verteidigung der *ancienne constitution* mit Wahnsinn bezeichnet. Was sagt d'Antraigues dazu? Wenn es schon Wahnsinn ist, so ist er auf meiner Seite wenigstens voll-

24. *Lettre* p. 9.

25. *Exposé* p. 65.

ständig, denn er zeigt sich mir „sous tous les traits de la raison“, und die Überlegung festigt nur in mir diese heilsame Halsstarrigkeit²⁶. Denn es gibt keinen größeren Widerstand gegen den Despotismus als die Wiederherstellung unserer Verfassung, und die, die eher sterben als die Zerstörung der alten Verfassung anerkennen wollen, sind die wahren Märtyrer der Gesetze und der Freiheit²⁷. Diese Schrift ist übrigens auch ein interessanter Beweis dafür, daß sein Ziel schon vor der Revolution die Wiederherstellung der alten Verfassung gewesen ist. Es läßt sich nämlich der Nachweis führen, daß sich d'Antraigues in den Grundzügen dieser Schrift auf das gleiche Material stützt und z. T. wörtlich dieselben Zitate wie vor 1789 gebraucht²⁸. Während in seiner Heimat die Vertreter der Nation an der politischen Neuordnung Frankreichs arbeiteten, schrieb d'Antraigues eine einzige große Verteidigung der vor 1614 bestehenden Ordnung. Daraus erklärt sich auch seine Beurteilung der *assemblée nationale* als einer Verbrecher- und Pöbelherrschaft²⁹.

„Wer gemäß den durch unsere Gesetze vorgeschriebenen Formen das Heiligtum unserer durch eine Jahrhunderte währende Tradition überlieferte Konstitution betritt, um ein Gesetz zu verkünden, ist ein Gesetzgeber (*Législateur*). Wer diesen Umkreis bricht, nur einen einzigen unserer verfassungsmäßigen Grundsätze verletzt, ist ein Tyrann.“ Eine Nichtachtung der alten Formen ist ein Verbrechen gegen Gott, den König und die Nation. Gesteht man diese Prinzipien zu, so ergibt sich, daß der König selbst den Bestimmungen der Verfassung unterworfen ist³⁰.

Wie sehr er die Lagerung der Kräfte in den ersten Jahren der Revolution verkannte, beleuchtet die Tatsache, daß er sich noch 1792 — man bedenke: wenige Wochen vor Ausrufung der Republik! — ernsthaft mit der Frage beschäftigte, wen

26. Exposé p. 64. Vgl. auch Lettre p. 17: „Denn schließlich, was fordern wir: Le rétablissement parfait et intact de la constitution.“ p. 46: „Schwören, nur unserer alten Verfassung zu gehorchen.“

27. Exposé p. 73.

28. Mém. p. 178. und Exposé p. 55.

29. Lettre p. 6 Anm.

30. Lettre p. 11.

der König im Falle einer Zurückgewinnung der Macht zum Minister berufen würde: Calonne oder Breteuil. Die Entscheidung fiel restlos zugunsten Calonnes aus: „Er hat der Verfassung seines Landes Gehorsam geleistet, er ist während der Gefangenschaft des Königs der legitimen Autorität gefolgt“³¹. Barcen de Breteuil hatte er wegen des Schadens, den jener dem Vaterlande im Juli 1789 zugefügt hatte; er sah schwarz in die Zukunft, falls Breteuil zum Minister ernannt werden sollte. Freilich darüber ließ er keinen Zweifel: Wenn der König seine Wahl in diesem Sinne träfe, dann wäre er der letzte, der dem König auf diesem Wege die Gefolgschaft versagen würde. Er würde auch gegen seine eigene Überzeugung gehorchen aus Achtung vor den Gesetzen³².

Ein Gedanke verdient noch besonders hervorgehoben zu werden, der sich nicht nur in seinem Werke vor 1789, sondern auch in den späteren Schriften findet: die Aufforderung an den König, sein eigenes Schicksal mit dem des Volkes untrennlich zu verbinden. Schon bei der Beschreibung seines Staatsideals ist uns dieser Gedanke besonders aufgefallen; wir haben auf das Vorwort seiner Denkschrift aufmerksam gemacht, in dem es heißt: „Unser König wurde uns wiedergegeben in dem Augenblick, als er gezwungen war, für immer unser Glück mit dem seinigen zu verbinden, die öffentliche Freiheit mit seiner Macht zu vereinigen“³³. Die gleiche Formulierung findet sich auch in den genannten Schriften aus den Jahren 1790 — 92, als er seinen Anhängern gegenüber die Möglichkeit von Belohnungen für den opferwilligen Kampf zur Erhaltung der in der Verfassung wurzelnden Monarchie darlegte und Entschädigungen nur von einem solchen König für angemessen hielt, der das Interesse des Staates auch als das Seinige erkannt hat³⁴.

c) Erklärung der Wandlung d'Antraigues'.

Champion hat in seinem Aufsatz: *La conversion du comte d'Antraigues* darauf verzichtet, eine Erklärung für die in wesent-

31. Lettre p. 15.

32. Lettre p. 15.

33. Mém. p. 4.

34. Lettre p. 34.

lichen Punkten erfolgte Sinneswandlung zu geben, nachdem er Furcht oder Käuflichkeit als Motive ausdrücklich aus dem Bereich der Möglichkeit verwiesen hat. Er erklärt die Beantwortung des Warum der Sinneswandlung für unmöglich auch auf die Gefahr hin, ein offenes *ignoramus* bekennen zu müssen. Diese Ehrlichkeit mag sympathisch berühren, aber sie stellt doch keineswegs zufrieden. Auch wenn wir keinen so weitgehenden Gesinnungsumschwung wie Champion anerkennen, so fordern doch die oben dargelegten Widersprüche d'Antraigues einen Erklärungsversuch.

In der Öffentlichkeit erschien er zum ersten Male mit sich selbst in Widerspruch zu geraten, als die Frage der *vérification des pouvoirs* akut wurde. Der Konflikt zwischen ihm und dem dritten Stand entbrannte an der Abstimmungs- und Beratungsfrage. Seine Motive liegen in diesem Falle klar. Sein absolut konstantes Bekenntnis zu den alten Formen der Beratung diktierte ihm sein Handeln. Er konnte nicht in seiner Denkschrift die absolute Notwendigkeit der *mandats impératifs* betonen, dann aber bei der praktischen Anwendung der erste sein, der dieses Prinzip durchbrach¹. Wenn man auf Seiten des dritten Standes diesem wesentlichen Zug seines *mémoire* mehr Beachtung geschenkt hätte, so hätte man auch Verständnis für die Weigerung des Grafen, die *vérification en commun* vorzunehmen, aufbringen müssen². Aber man hat eben auf Grund des Tones und der Tiraden seiner Denkschrift in ihm

1. Der Artikel 2 seines *Cahier* lautet: *L'ordre de la noblesse autorise ses députés à suivre les dispositions du résultat du conseil du 27. XII. 1788 sur la manière du tenir la première délibération par ordre et au cas qu'il s'élève des difficultés sur la perpétuité de cette manière de délibérer, les députés sont autorisés à se prêter à tous les moyens conciliatoires, propres à rétablir l'union et la concorde entre tous les ordres et à se soumettre à ce qui sera décidé à cet égard par les états généraux.*

2. Noch ehe die Frage par ordre oder par tête entschieden war, erklärte d'Antraigues in einer Anmerkung seiner am 11. 5. 1789 gehaltenen Rede, die er hatte drucken lassen: *Si j'ai cru avoir mérité l'indulgence du public, c'est sur tout par le respect, que j'ai toujours témoigné pour les mandats confiés aux députés et par la rigueur de mes principes à cet égard. Disc. pron. le 11. 5. 1789, p. 15.*

viel zu sehr den Freund des dritten Standes gesehen, als daß man diesen hartnäckigen Widerstand für möglich gehalten hätte. Hinzu kam, daß die Frage *par ordre* oder *par tête* über Sein oder Nichtsein des Ständetums überhaupt entschied. Es war also nicht allein die Rücksicht auf die vor der Revolution vertretenen Prinzipien über die *mandats impératifs*, die seine Politik bestimmte, sondern zugleich das Bewußtsein, für die Erhaltung der Macht seines Standes zu arbeiten. Zugleich hegte er die Hoffnung, in bestimmten Fällen den ersten Ständen die Möglichkeit zu geben, die Rolle eines Oberhauses zu spielen³.

Wir machen allerdings auch im Mai 1789 den Einschnitt, ohne in seiner Stellung zur Abstimmungsfrage einen Widerspruch zu sehen. Aber der Gegensatz, in den er jetzt durch diese Haltung geriet, führte ihn nun zu Äußerungen, die in Widerspruch zu seinen früheren Reden standen. Diese Widersprüche hatten ihren Grund fast durchweg in der völlig veränderten Situation. Wir sahen schon, daß er bei der Beratung über die *sanction royale* sich selbst korrigierte, indem er dem König einen entscheidenden Einfluß auf die Legislative zuerkennen will. Ist es nicht verständlich, daß er nach dem Siege der Revolution die Herrschaft des Despotismus in einem ganz anderen Lichte sah, als zu einer Zeit, in der der dritte Stand noch nicht seinen Machtkampf gegen die ersten Stände begonnen hatte, und in der man auf die bevorstehende Versammlung der Generalstände alle Hoffnung für ein kommendes Zeitalter der Freiheit setzte? Das Hauptgewicht muß aber doch darauf gelegt werden, daß viele der angeblichen Widersprüche mit seinem vorrevolutionären politischen Programm durchaus in Einklang zu bringen waren. In allen seinen Reden während dieser Epoche, mit denen er in die Debatte eingreift, weist er auf die Bestimmungen der alten Verfassung hin und sucht mit der Beachtung der in der Verfassung enthaltenen Grundsätze seine Handlungsweise zu motivieren und zu rechtfertigen. Die Stände mußten nach seiner Auffassung sich erst auf Grund der alten Gesetze konstituieren, ehe sie an eine Änderung der Verfassung denken konnten. In diesem Konflikt mußte d'Antraigues

3. Carré: p. 355.

seine innerste Überzeugung enthüllen. Jetzt mußte er offenbaren, was in seinem *Mémoire* Tirade und Propaganda, und was sein wirkliches Kampfziel gewesen war, welchen Weg er gehen wollte: den des Bündnisses mit der Nation — so hatte er in seinem *Mémoire* den dritten Stand selbst bezeichnet — oder den einer entschiedenen Verteidigung der *ancienne constitution*, die den Grundakkord seines *Mémoire* bildete. Er hat den zweiten Weg gewählt und sich damit unzweideutig als Vertreter des ständisch gegliederten Staates offenbart, was bei einer aufmerksamen Analyse seines *Mémoire* gar nicht so sehr hätte überraschen dürfen. Er konnte für sich nur das historische Recht geltend machen. Er war unfähig zu der Erkenntnis, daß das historisch gewordene Recht zum krassen Unrecht geworden war. Indem er an den 1614 geübten Formen der Berufung und Beratung hartnäckig festhielt, verkannte er die großen Leistungen der Regierung eines Mazarin und Richelieu und die notwendigen Konsequenzen des seitdem erfolgten großen Aufstiegs des Bürgertums, eine politische Entwicklung von nahezu 200 Jahren. Er sah wohl die Gefahren, zu denen der krasse Radikalismus der Doktrinäre des dritten Standes führen mußte, aber er sah nicht, daß das Heil des Staates nur in einer Synthese der beharrenden und der wandelnden Kräfte zu finden war.

Bei einem Deutungsversuch seiner extrem politischen Ansichten vor und nach dem Mai 1789 darf außerdem ein charakteristischer Zug seiner Persönlichkeit nicht außer acht gelassen werden: seine Neigung zu Übertreibungen und krasser Stellungnahme. Er konnte sich zeitweilig für die wichtigste Persönlichkeit Europas halten, kurze Zeit danach neigte er dazu, aus einem Minderwertigkeitsgefühl heraus seinem Leben ein Ende zu machen; nur die Rücksicht auf Frau und Kind hinderte ihn daran. Es entspricht also seinem innersten Wesen, wenn er sich in seinem *Mémoire* zu leidenschaftlichen Worten rücksichtsloser Kritik hinreißen läßt, aber auch in Lob und Anerkennung ihm sympathischer Könige fast unerschöpflich ist. Ist es nicht denkbar, daß der Autor des *mémoire* in seinem blinden Haß gegen den Despotismus die Lehre von der Volkssouveränität in überschwenglichen Worten pries, ohne sich in dem vorrevolutionären Frankreich des Jahres 1788 über die Auswirkungsmöglichkeiten

dieses Grundsatzes vollkommen klar zu sein? Seine Wut richtet sich seit 1789 gegen den Despotismus der Demagogen des dritten Standes. „Ein Hauptereignis seit der Verbrecherherrschaft ist, daß der Pöbel der ersten Versammlung im König einen Feind zu bekämpfen bemerkt hat, daß die irreführte Nation diese Gefühle geteilt hat. Das Ziel der Führer der ersten Versammlung war, auf den Thron das abscheulichste Monstrum zu placieren oder die Monarchie zu vernichten. Die zweite Versammlung, plan- und ziellos, hassenwertes Instrument der Verbrecher in allen Parteien ist der Dreck der Nation in eine Kloake geworfen; ihre Meinungen und ihre angeblichen Gesetze sind nicht wert, geprüft zu werden. Der größte Teil der Nation würde dieser Schande die Herrschaft Neros vorziehen; sie war weniger grausam und weniger erniedrigend“⁴. Schon in seinem *mémoire* hatte er gesagt: Die Tyrannei ist kein *Specificum* der Könige, sie gehört zum Wesen aller Menschen⁵. Aber die Anwendung ist jetzt eine wesentlich andere: „Das ärgerlichste Beispiel dieser Wahrheit schlägt heute alle Blicke; aber indem wir unsere Augen von diesem Haufen von Kot und Gemeinheit, die unter dem Namen *assemblée nationale* den scheußlichsten Schlupfwinkel aller niedrigsten Laster darstellt, sage ich, daß alle Menschen die heftigste Neigung zur Tyrannei haben“⁶.

In seiner Erregung über die neuen Zustände vermag er sein Temperament ebenso wenig zu zügeln wie in der Zeit vor 1789. In dem einen wie in dem anderen Falle wird diese Tatsache zur Erklärung seiner Tiraden mit herangezogen werden müssen.

Die Untersuchung führt also zu dem Ergebnis, daß d'Antraigues unter dem Eindruck der ersten Revolutionsergebnisse eine Revision seines politischen Bekenntnisses vorgenommen und in vieler Beziehung das Gegenteil von dem propagiert hat, was er vor 1789 vor einer breiteren Öffentlichkeit vertrat. Absolut vorherrschend war jedoch vor wie nach dem 5. Mai

4. Lettre p. 8. Anm.

5. Mém. p. 76.

6. Lettre p. 12.

1789 sein Kampf für die alte Verfassung. Die Situation des Kampfes hatte sich geändert, deshalb mußte er jetzt gegen einen andern Gegner kämpfen. Der bisherige Vorkämpfer gegen den ministeriellen Despotismus kämpft jetzt für die königliche Macht als eine Schutzwehr gegen den Despotismus der Demagogen. Aber sein Verfassungsideal ist im wesentlichen das gleiche wie vor der Revolution. Daß er später einer doctrine toute opposée gehuldigt habe⁷, daß der Autor des „Mémoire inflammatoire sur les états généraux fut le premier à désavouer sa propre doctrine, dèsqu'il fut admis aux états généraux⁸“, ist also keine haltbare Formulierung. Es ist allerdings bezeichnend, daß seine Zeitgenossen, unter ihnen auch Mirabeau⁹, diese Auffassung vertraten; man erkennt daraus, wie d'Antraigues infolge seines unvorsichtigen Spieles als „le plus ardent zéléateur de la cause populaire“ die öffentliche Meinung getäuscht hat. Eine Ausnahme macht nur sein Onkel Saint Priest, der meint, man gäbe der Wahrheit die Ehre mit der Behauptung, daß er seinem Mandat treu geblieben sei und nicht Lafayette nachgeahmt habe, „qui'n'ent rien de plus pressé que de trahir les intérêts de son ordre aux états généraux¹⁰“. Gewiß war er als nahestehender Verwandter über die politische Denkweise seines Neffen besser unterrichtet als alle anderen, die sich nur auf Grund revolutionär gefärbter Schriften ein Urteil über ihn zu bilden vermochten.

Als Wortführer der Opposition gegen den absolutistischen Staat hat d'Antraigues entscheidenden Anteil an der Revolution gehabt. Man hat seine Schrift mit Recht eine der ersten Brandfackeln genannt, die das große Feuer der Revolution entzünden sollte¹¹. Aber einen neuen gangbaren Weg zu zeigen, fehlte es ihm trotz seines geschichtlichen Interesses an geschichtlichem Sinn. Er vermochte die Bedeutung der neuen

7. Höfer: Nouvelle biographie II, 866.

8. Weber: Mémoires I, p. 279.

9. Mirabeau schrieb am 27. Mai 1789: j'avoue qu'il (d'Antraigues) m'a fallu des preuves écrites pour croire à son aristocratie. Champioui a. a. O. p. 5.

10. Mémoires de Saint Priest: I, p. 214.

11. Vaschalde p. 14.

politischen Kräfte in Frankreich nicht zu erkennen. So wenig er bei seinem Rückblick auf die Geschichte Frankreichs die historische Berechtigung des Absolutismus erkannte, so wenig er den innen- und außenpolitischen Aufgaben des absolutistischen Staates gekehrt wurde, so wenig konnte er einen Weg zeigen, der aus dem politischen und wirtschaftlichen Chaos des *ancien régime* zum modernen Einheitsstaat führen konnte.

Meine Arbeit verdankt ihre Entstehung einer Anregung von Herrn Professor Dr. Otto Becker. Ihm für seine stets bereitwillige und fördernde Mithilfe zu danken, ist mir angenehme Pflicht.

Literatur.

A. Nachschlage- und Sammelwerke.

- Archives Parlementaires de 1789 à 1860 hg. von Mavidal und Laurent.
Serie I (Bd. I—IX., Paris 1875.
- Biographie universelle, ancienne et moderne. Michaud 1815.
- Brette, A.: Recueil de documents relatifs à la convocation des états généraux. Paris 1894—96.
- Brockhaus: Allgemeine Handenzyklopädie für die gebildeten Stände. 1817.
- Caron: Bibliographie des travaux publiés de 1866 à 1897 sur l'histoire de la France par Pierre Caron. Paris 1912.
- Depping, G. B.: Collection de documents inédits sur l'histoire de France. Correspondance administrative sous le règne de Louis XIV. Bd. I, Paris 1850.
- Hoefler: Nouvelle Biographie générale depuis les temps les plus reculés jusqu' à nos jours. Bd. I. II. Paris 1852.
- Moniteur ou gazette nationale (Réimpression): Introduction historique; Bd. I—IV.
- Monod, G.: Bibliographie de l'histoire de France. Paris 1888.
- Lanson, G.: Manuel bibliographique de la littérature française moderne. Nouv. édition. Paris 1925.
- Répertoire général des ouvrages modernes relatifs au dixhuitième siècle < 1715—1789. > Suppl. Paris 1926—27. ed. von C. du Peloux.
- Répertoire bibliographique de l'histoire de France par Caron et Stein. Paris 1923.
- Querard: La France littéraire ou dictionnaire bibliographique des savants, historiens et gens lettres de la France. Paris 1828.

Werke von d'Antraigues.

- Mémoire sur les états généraux, leurs droits et la manière de les convoquer., 1789.
- Second mémoire sur les états généraux, sur les pouvoirs que doivent donner les bailliages à leurs représentants et sur la constitution des états de Languedoc. Troisième édition beaucoup augmentée. 1789.
- Exposé de notre antique et seule légale constitution française d'après nos lois fondamentales. 1792.
- Lettre de M. le comte d'Antraigues à MM., commissaires de la noblesse de B. 1792.

Discours prononcé par le comte d'Antraigues, Député aux états généraux dans la chambre de la noblesse le 11. V. 1789.

Discours prononcé par le comte d'Antraigues à l'assemblée des députés des trois ordres de la province de Languedoc le 10. V. 1789.

Discours d'un membre de l'assemblée nationale à ses codéputés 1789.

Second discours d'un membre de l'assemblée nationale à ses codéputés. 1789.

Quelle est la situation de l'assemblée nationale? par le comte d'Antraigues. Lausanne 1790.

Supplément à la première et seconde édition du mémoire sur les états du Languedoc par le comte d'Antraigues. 1789.

Staatstheoretische und geschichtliche Werke, die zum Vergleich mit d'Antraigues herangezogen wurden.

1. Boulainvilliers: Histoire de l'ancien gouvernement de la France, Amsterdam 1727.
 2. Fénelon: Les aventures de Télémaque, fils d'Ulysse. Lpzg. s. a.
 3. Grotius: De belli ac pacis iure. Leipzig 1707.
 4. Locke, J.: Zwei Abhandlungen über die Regierung. Deutsch von Wilmans. Halle 1906.
 5. Mably: Bemerkungen über die Geschichte Frankreichs. Leipzig 1768.
 6. Montesquieu: Der Geist der Gesetze. Deutsch und mit Anmerkungen begleitet von Adolf Ellissen. Leipzig 1854.
 7. Rousseau: Der Gesellschaftsvertrag oder die Grundsätze des Staatsrechtes. Deutsch von H. Denhardt. Leipzig s. a.
 8. Sieyès, E.: Was ist der dritte Stand? Klassiker der Politik. Bd. 9. Übersetzt von Otto Brandt. Berlin 1924.
 9. Sidney: Discourses concerning government. London 1763.
 10. Soupirs de la France esclave. Vollständige französische Ausgabe. Amsterdam 1689.
 11. Les vœux d'un patriote. Neudruck der Soupirs. Amsterdam 1788. Briefe und Memoirenwerke.
- de Barante: Comte de Saint Priest Mémoires; règnes de Louis XV. und XVI. Paris 1929.
- Campan: Mémoires sur la vie privée de Marie Antoinette. Paris 1823.
- Flammermont, J.: Les correspondances agents diplomatiques et étrangers en France avant la révolution. Paris 1896.
- Ferrières: Mémoires du marquis de Ferrières in der Bibliothek der mémoires relatifs à l'histoire de France pendant le 18. siècle par le M. de Lescure Bd. 35. Paris 1880.
- Grimm: Correspondance littéraire, philosophique et critique. Nouv. éd. Paris 1831.
- Haug, E.: Der Briefwechsel der Brüder Joh. Georg Müller und Joh. von Müller. 1789—1809. Frauenfeld 1893.

- Lescure: Correspondance secrète inédite sur Louis XVI. Marie Antoinette, la cour et la ville. 1777—1792. Bd. 2. Paris 1886.
- Montigny: Memoiren Mirabeaus übersetzt von Dr. le Petit Bd. 7. Leipzig 1838.
- Maurer Constant: Briefe an Johannes von Müller. 6 Bde. Schaffhausen 1840.
- Montgaillard: Souvenirs du comte de Montgaillard agent de la diplomatie secrète pendant la révolution, l'empire et la restauration par Clément de Lacroix. Paris 1895.
- Müller, Joh. von: Gesammelte Werke: Die Briefe ed. von Joh. Georg Müller. Tübingen 1810.
- Pingaud, L.: Correspondance intime du comte Vaudreuil et du comte d'Artois pendant l'émigration (1789—1815) Paris 1815.
- Rocheterie et le marquis de Beaucourt: Lettres de Marie Antoinette. Bd. I. Paris 1895. Bd. II. Paris 1896.
- Vivenot: Vertrauliche Briefe des Freiherrn von Thugut. Eine Rechtfertigung der Thugutschen Politik zur Zeit der Revolutionskriege.
- Weber, J.: Mémoires concernant Marie Antoinette. Londres 1804.

Darstellungen.

- D'Almuras, Henri: Marie Antoinette et les pamphlets royalistes et révolutionnaires. Paris 1908.
- Aulard, A.: Histoire politique de la révolution française. Deutsche Übersetzung von Oppeln Bronikowski. München und Leipzig 1924.
- La révolution et le régime féodal. Paris 1919.
- Becker, O.: Die Verfassungspolitik der französischen Regierung bei Beginn der großen Revolution. Berlin 1910.
- Baldensperger: Le mouvement des idées dans l'émigration française (1789—1815) 2 Bde. Paris 1924.
- Belin, J.: Le mouvement philosophique de 1748 à 1789. Paris 1913.
- Bourgin, G.: Die französische Revolution. Stuttgart und Gotha 1922.
- Brunn: Une traduction anglaise du faux rapport de Saint Juste redigé par d'Antraigues. Ann. hist. de la révolution franc. Mai—Juni 1927. p. 275—277.
- Champion, E.: La conversion du comte d'Antraigues. In La révolution française. 1894, Bd. 26.
- Carré, H.: La noblesse de France et l'opinion publique au XVIII siècle. Paris 1920.
- Champion, E.: J. J. Rousseau et la révolution française. Paris 1909.
- Chuquet: Les républicains en 1789. Feuilles d'histoire du XVIII au XX siècle. 1910. p. 294.
- Daudet, E.: Histoire de l'émigration. 3 Bde. Paris 1887.
- Dietz, M.: Geschichte des musikalischen Dramas in Frankreich während der Revolution bis zum Direktorium. 1787—1795. Wien, Leipzig 1885.
- Eppensteiner, F.: Rousseaus Einfluß auf die vorrevolutionären Flugschriften und den Ausbruch der Revolution. Tübingen 1914.

- Fabre, J.: Les pères de la Révolution. Paris 1910.
- Gierke, Otto: Johannes Althusius und die Entwicklung der naturrechtlichen Staatstheorien. 2. Ausgabe. Breslau 1902.
- Glagau, H.: Reformversuche und Sturz des Absolutismus in Frankreich. (1774—1788) München und Berlin 1908.
- Gautherot, G.: L'assemblée constituante: Le philosophisme révolutionnaire en action. Paris 1911.
- Guglia, E.: Die konservativen Elemente Frankreichs am Vorabend der Revolution. Gotha 1890.
- Hintze, H.: Staatseinheit und Föderalismus im alten Frankreich und in der Revolution. Berlin und Leipzig. 1928.
- Hoeffding, H.: Rousseau und seine Philosophie. Stuttgart 1902.
- Hoffmann Linke, E.: Zwischen Nationalismus und Demokratie. Gestalten der französischen Vorrevolution. München 1927.
- Holtzmann, R.: Französische Verfassungsgeschichte. München und Berlin 1910.
- Hoelzle, E.: Die Idee einer altgermanischen Freiheit vor Montesquieu. München u. Berlin 1925.
- Histoire de la révolution française par deux amis de la liberté. Paris 1790.
- Jaurès, J.: Histoire socialiste. 1790—1900.
Bd. I. J. Jaurès: Constituante et Législative Paris 1901.
Bd. V.: G. Delville: Du 9. Thermidor au 18. Brumaire. 1904.
- Kern Fritz: Recht und Verfassung im Mittelalter. H. Z. 120. 1—79.
— Gottesgnadentum und Widerstandsrecht im früheren Mittelalter. Leipzig 1914.
- Kupfer, G.: Studien zur Broschürenliteratur der französischen Revolution. 1786—1792. Tübing. Diss. 1931.
- Lameth, A.: Histoire de l'assemblée constituante. 2 Bde. Paris 1828.
- Lavergne, L.: Les assemblées provinciales sous Louis XVI, Paris 1864.
- Lemaire, A.: Les lois fondamentales de la monarchie française d'après les théoriciens de l'ancien régime. Paris 1907.
- Lemarié, L.: Les assemblées franques et les historiens réformateurs du XVIII^e siècle. Paris 1906.
- Lavissee, E.: Histoire de France contemporaine. Bd. I. La révolution par Ph. Sagnac. 1920.
- Lotheisen, F.: Literatur und Gesellschaft in Frankreich zur Zeit der Revolution (1789—1794). Wien 1873.
- Mathiez, A.: Etudes Robespierriennes II. Paris 1918.
- D'Antraigues et son agence secrète. Ann. rév. Bd. 14. 1922. p. 509—511.
- Mattschaff, A.: Die Entwicklung der politischen Ansichten des Pariser Parlamentes in den Jahren 1715—1789, Tübing. Diss. 1929.
- Mäkel, K.: Die französischen Provinzialvertretungen im ancien régime. Leipzig Diss. 1922. (Maschinenschrift).
- Mignet, F. A.: Geschichte der französischen Revolution Leipzig 1843.

- Montgaillard, G. H.: Histoire de France. Bd. I. II. V. Paris 1827.
- Meinecke, F.: Montesquieu, Boulainvilliers, Dubos. Ein Beitrag zur Entstehungsgeschichte des Historismus. Hist. Z. Bd. 145 Heft 1, p. 53—68.
- Müller, G.: Die Gesellschafts- und Staatslehren des Abbés Mably und ihr Einfluß auf das Werk des Konstituante. Berlin 1932.
- Osterloh, R.: Fénélon und die Anfänge der literarischen Opposition gegen das politische System Ludwigs XIV. Göttingen 1913.
- Pingaud, L.: Un agent secret sous la révolution et l'empire: le comte d'Antraigues. Paris 1893.
- Redslob, R.: Die Staatstheorien der französischen Nationalversammlung und ihre Grundlagen in der Aufklärungszeit. Leipzig 1912.
- Rocquain, F.: L'esprit révolutionnaire avant la révolution (1715—1789). Paris 1878.
- Sackmann, P.: Voltaire als Kritiker Montesquiens. Archiv f. d. Studium der neueren Sprachen. Bd. 113. p. 374—391.
- Sagnac, Ph.: Les cahiers de 1789 et leur valeur. (Revue d'histoire moderne et contemporaine Bd. 8. p. 329—349).
- Sée, H.: L'évolution de la pensée politique en France, au XVIII^e siècle. Paris 1925.
- Struck, W.: Zur Genesis der französischen Revolution. Stralsund 1911.
- Die Notabelnversammlung von 1787. Hist. Vierteljahrschr.: 1905. VIII, 362—420.
- Montesquieu als Politiker. Historische Studien, Berlin 1933.
- Taine, H.: Die Entstehung des modernen Frankreich. Deutsche Übersetzung von L. Katscher. Leipzig.
- Treitschke, H.: Deutsche Geschichte Bd. I. Leipzig 1886.
- De Vogue: Le comte d'Antraigues par l'ouvrage de L. Pingaud. Rev. des deux mondes. Bd. 115. p. 449—465.
- Vaschalde, H.: De Launay comte d'Antraigues; écrivain et agent politique: sa vie et ses oeuvres. Privas 1882².
- Voßler, O.: Die amerikanischen Revolutionsideale in ihrem Verhältnis zu den Europäischen. München und Berlin 1929.
- Wahl, A.: Zur Vorgeschichte der französischen Revolution. Bd. I. Tübingen 1905. Bd. II. 1907.
- Besprechung von W. Struck: Zur Genesis der französischen Revolution Deutsche Literaturzeitung 1911 p. 1839—43.
- Zweig, Egon: Die Lehre vom Pouvoir constituant. Ein Beitrag zur Staatslehre der französischen Revolution. Tübingen 1909.

